

LEIPZIGER ZUSTÄNDE ^{DEZ2016}

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig



Herausgeberin: chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

Redaktionsschluss: November 2016

Rechte: © bei den Autor_innen und dem Projekt chronik.LE. Alle Rechte vorbehalten. Alle Bildrechte liegen, falls nicht anders vermerkt, bei den jeweiligen Fotograf_innen.

Nachdruck: Die Veröffentlichung von Artikeln ist nach Absprache möglich. Die Broschüre steht unter www.chronikLE.org zum Download zur Verfügung. Die Broschüre kann gegen eine Versandgebühr bestellt werden. „Leipziger Zustände“ wird in Leipzig und an ausgewählten Orten ausgelegt.

V.i.S.d.P: J.Frohburg, chronik.LE
Engagierte Wissenschaft e.V.
Ecksteinstraße 29, 04277 Leipzig

Kontakt:
chronik.LE@engagiertewissenschaft.de
www.chronikLE.org
www.twitter.com/chronik_LE
www.facebook.com/chronik.LE

Wir freuen uns über Ihre Spenden:
Engagierte Wissenschaft e.V.
IBAN: DE 8443 0609 6711 3965 5701
BIC: GENODEM1GLS
GLS Bank
Verwendungszweck: Spende chronik.LE

ISSN 2191-3501

chronik.LE
Ein Projekt bei EnWi e.V.

**ENGAGIERTE
WISSENSCHAFT e.V.**



Gefördert im Rahmen der Kommunalen Gesamtstrategie „Leipzig. Ort der Vielfalt“



Gefördert durch



Unterstützt durch die
Rosa Luxemburg Stiftung Sachsen



Im Rahmen des Bundesprogramms



LEIPZIGER ZUSTÄNDE

DEZ2016

chronik.LE - Dokumentation und Analyse faschistischer, rassistischer und diskriminierender Ereignisse in und um Leipzig

04 EDITORIAL

01 LEGIDA & FRIENDS

06 Zwei Jahre Legida

Eine Chronologie der Ereignisse
von Tim Wagner

10 Der Ami, der Jude, der Russe und ich

Ein Besuch bei Legida
von Schubél

14 Angst

von Nhi Le

16 Rechte Hetze im Hochglanzformat

Das Compact-Magazin des Jürgen Elsässer
von Paul Simon und Andreas Raabe

18 Weg von links und rechts, hin zum Verstand?

Lokale Querfront-Bestrebungen in Nordsachsen
von chronik.LE

20 Worauf Bettina Kudla anschlägt

CDU-Bundestagsabgeordnete twittert sich ins Abseits
von shadab

22 Die Angst des weißen Mannes

Professor Rauschers Twitter-Account erregte 2016 viel Aufmerksamkeit
von Kritische Jurist*innen Leipzig

02 ALTE UND NEUE RECHTE

26 »Oldschool Society«

Gescheiterte Nazi-Terroristen mit Schwerpunkt im Landkreis Leipzig
von Sebastian Lipp

28 NPJ - JN - Die Rechte:

Neonaziparteien und ihr Nachwuchs

Aktuelle Entwicklung der Neonaziparteien in Leipzig und Umgebung
von Simone Knusper

30 „Nicht zu viel lospoltern, alles im Hintergrund tun, ein Fundament schaffen“

Der angebliche Ausstieg des langjährigen Delitzscher Neonazis Maik Scheffler

32 Mehr Schein als Sein

Die Identitäre Bewegung in Leipzig
von Kim Richter

33 Zwischen bürgerlichem Konservatismus und völkischem Nationalismus

Die AfD im Spannungsverhältnis
von Sarah Ulrich

36 Wer wählt die AfD – reloaded

Soziale Merkmale und politische Einstellungen 2016
von Johannes Kiess

03 RASSISMUS

41 Das Wohnen in Wohnungen lernen?

Die Stadt Leipzig und ihre Unterbringungspraxis für Geflüchtete
von Initiativkreis: Menschen.Würdig

44 »Leipzig wurde mein Hasaka«

Ein Interview mit Aziz Al-Ayyoobi

46 »Im Krieg siehst du, wie alles zusammenbricht«

Ein Interview mit Salah Massoud

48 »Wir wollten die Zustände nicht hinnehmen«

Ein Interview mit Sandra Münch von Bon Courage

50 »Das alles ist kein Zustand«

Ein Interview mit Isabel Schmidt, Sozialbetreuerin in einer Gemeinschaftsunterkunft

53 »Manchmal habe ich keine Lust mehr auf Leipzig«

von Bernard Kololo

54 Anarbeiten gegen eine falsche Gegenüberstellung

Antimuslimischen Rassismus zu Antisemitismus in Beziehung setzen
von Nicola Eschen

04 RECHTE SUBKULTUR

58 Neonazis feiern – ein Dorf resigniert

In Staupitz treffen sich fast monatlich Rechtsradikale aus ganz Deutschland
von Stefan Hantzschmann

60 Der »letzte Akt«

Das »Runes & Men«-Festival im Eventpalast: Eine Bühne für den rechten Rand des Neofolk-Spektrums
von Juliane Nagel

62 Zwischen »Gauener« und Imperium Fight Night

Rechte Aktivitäten der Fanszene Lok Leipzig
von chronik.LE

64 Sport frei von Menschenfeindlichkeit?

Ergebnisse einer Studie im Breitensport in Sachsen
von Hannes Delto

05 RECHTE GEWALT

68 Rassistische Mobilisierungen und Rechte Gewalt in der Region Leipzig

von Steven Hummel

70 Dem Krieg entflohen – im Krieg gelandet

Zur rassistischen Situation im Leipziger Umland, den Folgen für die Betroffenen und den Herausforderungen für die Unterstützer_innen
von Lena Nowak

72 Rechte Anfeindungen und Angriffe

gegen demokratische Institutionen und ihre Vertreter_innen
von chronik.LE

74 11. Januar 2016 - Angriff auf Connwitz

Von Surina Kleinermann

76 Die verschwiegenen Toten

Ein Beitrag zur Aufarbeitung rechter Gewalt im Landkreis Leipzig
von „Rassismus tötet!“-Leipzig & Initiativkreis Antirassismus

78 Aus der Chronik

Eine kleine Auswahl aus Leipzig und Umland

06 SERVICE

81 Film & Literaturempfehlung

82 Beratung – Bildung – Engagement

Anlaufstellen für Leipzig und Umgebung

LIEBE LESER_INNEN,

hiermit halten Sie und ihr die fünfte und bisher umfangreichste Ausgabe der LEIPZIGER ZUSTÄNDE in den Händen. Der Seitenumfang ist in diesem Fall allerdings kein Grund zum Feiern, denn seit der letzten Broschüre vor zwei Jahren ist vieles passiert. Wir beobachten eine Verschärfung des gesellschaftlichen Klimas auch in Leipzig und Umgebung. Im Internet hetzen Nazis und „besorgte Bürger“ gegen Geflüchtete, Muslime und die „Lügenpresse“. Wir sahen 40 LEGIDA-Demonstrationen seit Anfang 2015, zahlreiche Anschläge auf geplante und bestehende Unterkünfte für Asylsuchende, Angriffe auf Parteien, Politiker_innen und zivilgesellschaftliche Akteur_innen.

Wir erheben mit dieser Broschüre, die in freiwilliger, ehrenamtlicher Tätigkeit entsteht, keinen Anspruch auf Vollständigkeit, wollen aber einen möglichst umfangreichen Überblick bieten. Ein Schwerpunkt dieser Ausgabe liegt bei LEGIDA, dem Leipziger Ableger der Dresdener PEGIDA-Bewegung, sowie deren Fürsprecher_innen in Politik, Medien und Zivilgesellschaft. Unter der Rubrik „Alte und neue Rechte“ stellen verschiedene Autor_innen die Entwicklung von Parteien, Gruppen und Personen dar, die Rassismus und Diskriminierung zum maßgeblichen Teil ihrer politischen Aktivitäten gemacht haben. Ein weiterer Schwerpunkt setzt die schon in der letzten Broschüre aufgegriffene Debatte um Asylunterkünfte und Alltagsrassismus fort. Neben den LEGIDA-Demonstrationen kamen wir besonders hier in manchen Wochen kaum mit der Dokumentation von Übergriffen hinterher, so sehr überschlugen sich die Ereignisse. Über einzelne Ereignisse hinaus wollen wir in mehreren Interviews vor allem der Perspektive der von Rassismus Betroffenen Raum geben. Die Rubriken „Rechte Subkultur“ und „Rechte Gewalt“ beleuchten die Ausprägungen diskriminierender Ideologien in alltäglichen gesellschaftlichen Bereichen (z.B. dem Breitensport) und deren Folgen in Form zunehmender gewaltvoller Angriffe.

Dass eine regelmäßige Bestandsaufnahme der „Leipziger Zustände“ notwendig ist, zeigen auch die Reaktionen auf ihr Erscheinen. So warf uns im Dezember 2015 die AfD-Fraktion im Leipziger Stadtrat in einer Anfrage vor, „tendenziös [gegen eine] bestimmte politische Richtung Stimmung“ zu machen. Maßstab für die Berichterstattung auf www.chronikle.org und in der Broschüre sind die universellen Menschenrechte und die Gleichwertigkeit aller Menschen. Auf unserer Webseite werden seit November 2008 neonazistische, rassistische und diskriminierende Ereignisse in der Stadt Leipzig sowie den Landkreisen Leipzig und Nord-sachsen dokumentiert. Dazu gehören Gewalt- und Propa-

gandahandlungen organisierter und nicht-organisierter Neonazis, rechte Übergriffe, Alltagsrassismus, aber auch anderweitig diskriminierende Vorfälle.

Wir verstehen diese Broschüre als Teil einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit verschiedenen Formen von Diskriminierung auf dem Weg zu einem „demokratisch-vielfältigen“ und „weltoffenen“ Leipzig (vgl. „Kommunale Gesamtstrategie für Vielfalt und Demokratie“), das nicht einfach schon da ist, sondern das über eine nachhaltige Zurückdrängung von Ideologien der Ungleichwertigkeit wie Rassismus, Antisemitismus, Chauvinismus, Nationalismus, Sexismus, Homophobie und Obdachlosenfeindlichkeit erst noch erreicht werden muss. In dieser Auseinandersetzung spielt es keine Rolle, wie sich diejenigen, die eine solche „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ zur Grundlage ihres Handelns machen, (partei-)politisch positionieren. Es geht also nicht gegen eine „bestimmte politische Richtung“, sondern um die Ermöglichung gleichberechtigter und diskriminierungsfreier Teilhabe aller Einwohner_innen am öffentlichen Leben in Leipzig und Umgebung. Erfreulich in diesem Sinne antwortete übrigens Sozialbürgermeister Thomas Fabian im Stadtrat auf die AfD-Anfrage: „Auch mein Dezernat und meine Person werden hin und wieder kritisiert. Ich halte das aus. Die Förderung solcher Projekte dient auch der demokratischen Bildung. Das müssen Verwaltung und Politik auch mal aushalten.“

Wir danken allen Menschen, die auf vielfältige Weise zur Entstehung dieser Broschüre beigetragen haben, insbesondere den Fördermittelgeber_innen der STADT LEIPZIG und der ROSA-LUXEMBURG STIFTUNG SACHSEN. Und natürlich den zahlreichen Gruppen, Initiativen und Einzelpersonen, die diese Ausgabe mit ihren Artikeln bereichert haben. Dank auch an Layout, an Fotograf_innen und Korrekturleser_innen.

Wie immer gilt, dass sich die Redaktion die namentlich gekennzeichneten Artikel nicht unbedingt zu eigen macht. Wir haben uns zudem bemüht, in allen Artikeln den verschiedenen Geschlechtsidentitäten gerecht zu werden, statt wie durch die deutsche Grammatik suggeriert nur Männer anzusprechen, oder das einschränkende Mann-Frau-Schema zu bedienen. Daher verwenden unsere Autor_innen verschiedene Schreibweisen. Falls Sie und ihr beim Lesen darüber stolpern sollten, so war das unsere Absicht. Diese Schreibweisen verwenden wir nicht bei Personen, die auf den patriarchalen Vorstellungen der Geschlechter beharren.

Die Redaktion

photo: De Havilland bei Flickr unter CC BY 2.0 - Format geändert



01 KAPITEL

LEGIDA AND FRIENDS

Legida am 6. Juni 2016



ZWEI JAHRE LEGIDA

Eine Chronologie der Ereignisse

von Tim Wagner

Je nach Zählweise haben seit Januar 2015 in Leipzig mindestens vierzig Demonstrationen der „Leipziger gegen die Islamisierung des Abendlandes“, dem lokalen PEGIDA -Ableger, stattgefunden. Hinzu kamen Demos der OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND (OfD) und Aufmärsche von THÜGIDA (Thüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes). Es waren die ersten erfolgreichen, für Neonazis anschlussfähigen, rechten Aufmärsche seit über 15 Jahren in der Leipziger Innenstadt und eine Demonstrationsserie neuer Qualität.

Damit einher ging zumindest teilweise der „Mythos der roten Hochburg Leipzig“ zu Bruch sowie die temporäre Etablierung von Angsträumen für Migrant*innen, Linke und „Vermeintlich Andere“. Im Laufe des Jahres 2016 wurden die Demos jedoch zunehmend unregelmäßiger und seit Herbst zeichnet sich vermutlich ein Ende der LEGIDA-Aufmärsche ab.

Im **Oktober 2014** findet der erste PEGIDA-Aufmarsch in Dresden statt. Die Demos wachsen rasch an und erhalten weltweite Aufmerksamkeit^[1]. Im Dezember veröffentlicht PEGIDA ihr Positionspapier und LEGIDA kündigt ihren ersten „Abendspaziergang“ für Januar 2015 an. Ende Dezember folgt LEGIDA ebenfalls mit einem Papier was inhaltlich deutlich radikaler ist und über die Dresdener Forderungen hinausgeht. Unter anderem fordert es die „Beendigung des Kriegsschuldultes“. PEGIDA-Gründer Lutz Bachmann ist nicht begeistert und LEGIDA überarbeitet die Forderungen leicht.

Die ersten LEGIDA-Demos im **Januar 2015** in Leipzig sind städtische Großereignisse mit vielen Superlativen. Bei den Gegenprotesten am 12.01. kommen bis zu 30.000 Menschen zusammen, jedoch läuft LEGIDA relativ unbehelligt mit ca. 3000 Personen durchs Wald-

straßenviertel. Bei der zweiten Demo, am 21.01., mobilisiert PEGIDA aufgrund eines Demoverbots in Dresden nach Leipzig. Dort findet mit ca. 5000 Polizist*innen laut Medienberichten einer der größten Polizeieinsätze seit der Wende statt. LEGIDA hatte bis zu 60.000 Demonstrierende angemeldet, schlussendlich beteiligen sich ca. 5000. Am Tag selbst kommt es zu einer völligen Stilllegung der gesamten Innenstadt und zu einer bundesweiten Neonazibeteiligung an der rechten Demo über den Leipziger Ring. Bei dieser kommt es unter den Augen der Polizei zu Angriffen auf Gegendemonstrierende und Journalist*innen. In einer chaotischen Aufmarsch-Situation schaffen sich Neonazis für kurze Zeit einen rechtsfreien Bedrohungsraum, in dem das Gefühl der spontanen Selbstermächtigung sichtbar zu Freude bei den Beteiligten führt.

Am folgenden Mittwoch, dem 30.01.2015, dem Jahrestag der Machtübernahme durch Hitler, wird LEGIDA, unter den Eindrücken der Vorwoche sowie fehlender Polizeikräfte nur eine stationäre Kundgebung erlaubt. Die Teilnehmendenzahlen auf beiden Seiten gehen am 30.01. deutlich zurück und LEGIDA radikalisiert sich im Verhältnis zur Teilnehmerzahl mit noch mehr Hooligans und Neonazis weiter. Die Polizei greift jedoch weiterhin vor allem hart gegen Gegendemonstrant*innen durch und verhaftet vorübergehend einen Fotojournalisten.

In der Zwischenzeit werden die Streitigkeiten zwischen PEGIDA und LEGIDA größer und PEGIDA prüft angeblich sogar eine Unterlassungsklage. Auch wenn die Differenzen später ausgeräumt werden, bleibt das Verhältnis zwischen den beiden Gruppen angespannt und es gibt immer wieder Konflikte.

Die nächste eigentliche Demo am 09. **Februar 2015** wird von der Stadt Leipzig mit Verweis auf einen Polizeinotstand in Sachsen untersagt. Dabei handelt

[1] Die Europa-Ausgabe des Time Magazins hatte im Februar 2016 PEGIDA als Cover-Foto.



Photo: Tim Wegner

Insgesamt 65 Kilometer lang waren die Aufmarschstrecken der LEGIDA-Aufmärsche.

es sich um einen viel diskutierten Grundrechteingriff. Stadt, Land, Polizei schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Dennoch versammeln sich spontan ca. 150 Personen, vorrangig Neonazis, in Leipzig. Diese werden von der Polizei zum Hauptbahnhof geleitet und erhalten Ordnungswidrigkeitsbescheide. Auch am 16.02. wird LEGIDA nur eine stationäre Kundgebung auf dem Augustusplatz gestattet, auf der sie die Gründung eines Vereins bekannt geben.

Die folgenden Demos im **März 2015** sind deutlich ruhiger. LEGIDA läuft fünfmal nord-östlich vom Augustusplatz um das Wintergartenhochhaus und bei den Gegenprotesten hat sich die Zivilgesellschaft praktisch komplett zurückgezogen. Unter den rechten Demonstrierenden sind regelmäßig Personen aus Neonazi-Kameradschaften. Auch die NPD läuft einmal offen mit eigenem Transparent mit. Aus der Demo ertönen, ähnlich wie in den ersten Wochen, Rufe wie „Frei, sozial und national“ und „Antifa Hurensöhne“. Zu diesem Zeitpunkt haben bei LEGIDA, neben dem Orga-Kreis, schon einige prominente Redner gesprochen, z.B. Götz Kubitschek^[2], Jürgen Elsässer^[3] und Lutz Bachmann. Über Ostern macht LEGIDA Pause und mobilisiert zur Großdemo mit Geert Wilders^[4] nach Dresden.

Bei der einzigen Demo im **April 2015** sorgt vor allem die Polizei mit Gewalt für Aufmerksamkeit. Auf der zukünftigen „Standard-Route“ von LEGIDA über den West Ring besprühen bis zu vier Beamte gleichzeitig eine friedliche Sitzblockade der Gegendemonstrierenden mit Pfefferspray. Weiter tritt ein Beamter auf eine am Boden liegende Person ein und ein Pferd reitet in die Menge.

Die nächste erwähnenswerte Demo findet am 15. **Juni 2015** statt. LEGIDA Chef Silvio Rösler verlässt das Orga-

Team und gründet die neue Initiative OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND (OFD).^[5] Markus Johnke aus Wurzen übernimmt die Führung von LEGIDA. Außerdem schließt sich erstmals und einmalig ein eigener Block der IDENTITÄREN-Bewegung^[6] der Demo an. Götz Kubitschek spricht als Redner und Ester Seitz macht Werbung für WIDERSTAND OST WEST (WOW)^[7].

Zum Spätsommer und Herbstbeginn kommt es bei vier LEGIDA-Demos zu Sitzblockaden. Im **August** versucht sich LEGIDA im Waldstraßenviertel und muss trotz eines brutalen Polizeieinsatzes Streckenverkürzungen durch Gegendemonstrierende hinnehmen. Im September wird LEGIDA dann dreimal teilweise am Hauptbahnhof und auf dem Westring blockiert. Hervorzuheben ist der 14. **September**, an dem ca. 100 Personen aus dem Hooligan- und Neonazi-Spektrum nördlich vom HBF zur LEGIDA Kundgebung ziehen. Sie haben ein Transparent dabei, welches auch schon bei Lok Fußballspielen zum Einsatz kam. Auf diesem steht geschrieben: „Wir sind Leipzig ihr Fotzen“. Vor Beginn der Demonstration versuchen Teilnehmende die Polizeiketten zu durchbrechen und den LEGIDA-Aufzug eigenmächtig zu beginnen. Es kommt zu Jagdszenen auf Gegendemonstrierende und die Polizei verliert offenbar kurzzeitig die Kontrolle. Der LEGIDA-Aufzug wird abgebrochen. Nach weiteren Blockaden in der Folgewoche melden die längst Totgeglaubten frustriert für Mittwoch den 23. **September** einen Trauermarsch an. Sie wollen die Versammlungsfreiheit zu Grabe tragen und ziehen deswegen mit einem schwarzen Sarg vor das Rathaus der Stadt. Der Trauermarsch verläuft nicht sonderlich ruhig, sondern muss um ein gutes Dutzend Sitzblockaden geleitet werden. Es wird nicht die einzige skurrile Darbietung der Rechten gewesen sein. So läuft LEGIDA im April 2016 mit einem „Kot-Haufen“ aus Pappmaché zur Polizeidirektion Dimit-

[2] Götz Kubitschek ist ein wichtiger Vordenker der „neuen Rechten“ und Mitbegründer des „Instituts für Staatspolitik“.

[3] Jürgen Elsässer ist Herausgeber des neu-rechten Magazins Compact und sprach mehrmals bei Pegida, siehe Artikel zu Compact in diesem Heft, S. 16

[4] Gerd Wilders ist Vorsitzender der rechtspopulistischen „Partij voor de Vrijheid“ (Partei für die Freiheit) in den Niederlanden.

[5] Die OFD ist eine rechte Abspaltung von LEGIDA, die sich noch früher offen für extrem rechte Positionen gab.

[6] Siehe Artikel zur IDENTITÄREN BEWEGUNG in diesem Heft, S. 32

[7] WOW war der Versuch auch in Westdeutschland große, überregionale „rechtspopulistische“ Demos zu organisieren. WOW versuchte dabei an „Hooligans gegen Salafisten“ (HoGeSA) aus Köln anzuknüpfen.

[8] Chemtrails sind eine Verschwörungstheorie in Verbindung mit Kondensstreifen am Himmel, über die angeblich Gifte in der Bevölkerung verbreitet werden.

[9] KATEGORIE C ist eine Band aus Bremen, die der neonazistischen Hooliganszene zugeschrieben wird. Das C ist auf die Kategorisierung als „gewaltsuchende Fans“ bei Sportereignissen zurückzuführen.

[10] Ignaz Bearth war und ist in verschiedenen rechten Kleinstparteien tätig.

[11] Tatjana Festerling war von Februar 2015 bis Mitte April 2016 eine führende Person bei den Dresdner PEGIDA-Demonstrationen.

[12] Siehe Artikel zu Rechten Anfeindungen und Angriffen gegenüber demokratischer Institutionen in diesem Heft, S. 72

[13] http://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2016/02/15/ein-jahr-Legida-ein-jahr-angriffe-auf-die-pressefreiheit_21224

[14] Der nicht offiziell von PEGIDA anerkannte Ableger wird von Neonazi-Kadern aus NPD und DIE RECHTE mitgetragen und stellt seinen Antisemitismus offen zur Schau. <http://jungle-world.com/artikel/2016/15/53828.html>

roffstraße. Auslöser war eine ungenaue Darstellung in einer Pressemitteilung der Polizei zu einem Hakenkreuz eines LEGIDA-Teilnehmenden. Außerdem finden sich auf der Straße regelmäßig Portraits der Autokraten Vladimir Putin und Viktor Orbán sowie vereinzelt verschwörungstheoretische Schilder, z.B. gegen Chemtrails^[8].

Im **Herbst 2015** sind LEGIDA und die Gegenproteste ein ritualisiertes Spektakel. Der rechte Protest hat sich zwischen 500-900 Personen stabilisiert und startet fast immer auf dem Richard-Wagner-Platz. Die Route lässt sich von der Polizei gut abriegeln und erfüllt dennoch das Innenstadt-Bedürfnis der Rechten. Größere Zwischenfälle oder Blockadeversuche sind selten, nur bei der Abreise zum Hauptbahnhof kommt es regelmäßig zu Pöbeleien und kleineren Zusammenstößen. Bei der letzten Demo im **September 2015** behauptet der Redner Friedrich Fröbel: „Bei IQ-Tests schneiden Weiße und Asiaten deutlich besser ab als Afrikaner“.

Es folgen einigen Klagen und Possen um die Aufzugsstrecke. Eine LEGIDA-Veranstaltung wird abgesagt, die Teilnehmenden treffen sich alternativ zum Glühwein trinken. LEGIDA marschiert im Dezember aufgrund des Weihnachtsmarkts nur einmal am Bayerischen Bahnhof. Dies wird von den Anwohner*innen mit Musik und Wasserbomben quittiert.

Die zweite Demo im **Januar 2016** zum einjährigen Jubiläum von LEGIDA wurde groß beworben. Knapp 3000 Menschen folgen dem Aufruf. Mit Hannes Ostendorf, Sänger der Band KATEGORIE C^[9], und Ignaz Bearth^[10] aus der Schweiz stehen offen rechtsextreme Personen auf der Bühne. Die eigentlichen Ereignisse finden jedoch abseits von LEGIDA statt. Denn während Tatjana Festerling^[11] in der Innenstadt die Unterstützung bulgarischer Menschenjäger fordert und gegen Journalist*innen hetzt, machen Neonazis im Leipziger Süden ernst. In einem koordinierten Angriff auf Connewitz zerstören über 250 Rechte mit Pflastersteinen, Baseballschlägern und Feuerwerkskörpern bewaffnet die Hauptstraße des links geprägten Stadtteils.^[12]

Nach der Demo im **Februar 2016** herrscht vor allem Interesse an der Berichterstattung über LEGIDA. Die LEIPZIGER INTERNET ZEITUNG (L-IZ) kündigt aufgrund der vielen Übergriffe auf Journalist*innen die Einstellung dieser an und erhält damit bundesweit Aufmerksamkeit. Sie beklagt die dauerhaft mangelnde Unterstützung der Polizei, das Nicht-Unterbinden von Angriffen sowie Drohungen aus dem rechten Lager. Allein 2016 hat es zu diesem Zeitpunkt bereits ein Dut-

zend Übergriffe auf Journalist*innen gegeben. Diese sind jedoch nicht neu, sondern seit Beginn von LEGIDA allgegenwärtig. Der STÖRUNGSMELDER-Blog von ZEIT-ONLINE schreibt in einem lesenswerten Artikel^[13] dazu: „Die mantraartigen „Lügenpresse“- Rufe wurden zunehmend zu einer Art Selbstrechtfertigung für physische wie verbale Angriffe“. Nach Zusicherungen über mehr Sicherheit für Journalist_innen seitens der Polizei setzt die L-IZ ihre Berichterstattung jedoch fort.

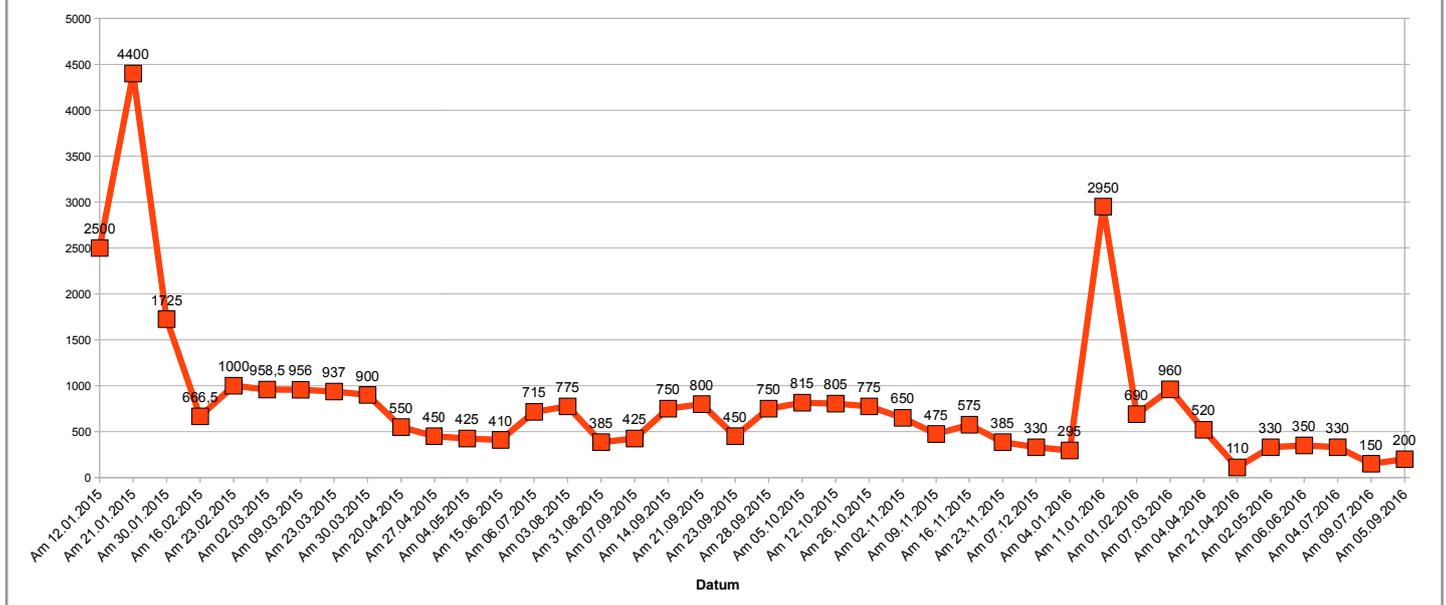
Die letzte LEGIDA-Demo mit Unterstützung von PEGIDA findet Anfang März statt. Lutz Bachmann kommt nochmals in die Messestadt, bevor Markus Johnke Mitte des Monats seinen Rücktritt vom Vorsitz erklärt. Auf FACEBOOK macht er dabei Andeutungen, dass es inhaltliche Differenzen mit PEGIDA gab. Die über den gesamten Zeitraum andauernden regelmäßigen Rechtsstreitigkeiten um jede Demoroute und die damit verbundenen Gerichtsgänge sind zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr das größte Problem von LEGIDA. Denn es zeigen sich starke Ermüdungserscheinungen auch bei den Organisatoren.

Im **April 2016** macht LEGIDA endgültig kein Geheimnis mehr aus ihren Sympathien für Neonazi-Gruppen und geht in einer parallelen Demo mit WIR LIEBEN SACHSEN/THÜGIDA „gegen imperialistische Kriegstreiber“ auf die Straße^[14]. Es ist der endgültige Bruch mit PEGIDA und der wohl gescheiterte Versuch LEGIDA neue Attraktivität zu verleihen. Nun auch wieder mit dabei Silvio Rösler, einstiger Gründer von LEGIDA, der bereits im Dezember versuchte mit OFD und THÜGIDA durch Connewitz zu demonstrieren.

In der folgenden Zeit übernehmen Edwin Wagenfeld und Tatjana Festerling zunehmend bei LEGIDA. Die geschasste PEGIDA-Frontfrau gründet mit FESTUNG EUROPA eine eigene Initiative in Dresden, die in offener Konkurrenz und im Streit mit PEGIDA steht. Im Juni fordert Festerling von der LEGIDA-Bühne öffentlich ein „klares Bekenntnis zu rechts“. Im Hintergrund steht noch auf dem LEGIDA-Transparent aus früheren Zeiten geschrieben „nicht links, nicht rechts.“

Beim Gegenprotest ist vor allem die Kesselung und Personalienfeststellung von ca. 160 Aktivist*innen erwähnenswert, denen es im Mai erstmals gelang, Teile der Aufzugsstrecke auf dem Westring zu blockieren. Währenddessen ist es 2016 deutlich ruhiger als im Vorjahr. Nur ein Drittel so viele Demos und stagnierend niedrige Teilnehmenden-Zahlen läuten ab Mitte des Jahres langsam den Abgesang von LEGIDA ein. Die rechten Vorkämpfer gegen eine vermeintliche Islami-

Entwicklung der Teilnehmerszahl bei Legida-Versammlungen



Quelle: Mittelwert des Schätzintervalls der „Forschungsgruppe Durchgezählt“ (www.durchgezählt.org)

sierung des Abendlandes in Leipzig, welche sich gerne in der Tradition der friedlichen Revolution sehen und sich vieler Anleihen aus dem Herbst 89 bedienen - bis hin zu Selbstermächtigungs- und Revolutionsphantasien - sind auf eine kleine, immer gleiche Gruppe geschrumpft.

Die vorläufig letzten Demos von LEGIDA sind unspektakulär. Nachdem der Ordner „Ronny“ auf seinem Nachhauseweg von der Demo am 04. Juli angegriffen und verletzt wird, veranstaltet LEGIDA wenige Tage später eine Sonder-Demo unter dem Motto „Wir gegen Gewalt“. Nur ca. 150 Personen kommen. Die Anmeldung für August zieht LEGIDA beim Ordnungsamt zurück und im September wird aus der angemeldeten Demo, aufgrund der wenigen 200 Teilnehmenden, nur eine stationäre Kundgebung. Parallel dazu entsteht eine weitere neue Facebookseite, da es wohl Schwierigkeiten mit der Administration gibt. Im **Oktober 2016** muss LEGIDA wegen verschiedener Gerichtsverfahren ihre Anhänger*innen um Geldspenden bitten. Für die nächste ausstehende Demo Anfang November gibt es zwei Wochen vorher noch keinerlei Mobilisierung.

LEGIDA hat mit ihren knapp 65 km gelaufener Gesamtstrecke Leipzig nachhaltig verändert. Zwar ist es LEGIDA nicht gelungen, eine Massenbasis wie in Dresden aufzubauen, dafür gerierte sie sich von Anfang an offen neonazistisch und trat umso aggressiver auf. Dies verstärkte sich im Laufe der Zeit durch die immer stärkere Anbiederung an neonazistische Gruppen, während die Zahl der Teilnehmenden kontinuierlich sank. Mit den zweitweise wöchentlichen Demos legte LEGIDA auch

in Leipzig den Grundstein für ein Klima, in dem sich Rechte legitimiert und befähigt sahen, Angriffe auf Linke und Asylsuchende durchzuführen.

LEGIDA war und ist Teil der neuen überregionalen sozialen Bewegung von rechts, die vor allem in Sachsen sehr erfolgreich ist und auch vor Leipzig nicht haltmacht. Hier speziell blieb LEGIDA jedoch ein isolierter rechter Aufmarsch, dem es in Leipzig nicht gelang, diesen Bewegungscharakter zu entfalten und größere Teile der Bevölkerung oder gar die Zivilgesellschaft zu erreichen. Dies unterscheidet Leipzig und LEGIDA vom restlichen Sachsen, in dem rechte Strukturen oft bis tief in Stadt- oder Dorfgemeinschaften reichen und es eine lang tolerierte Geschichte von Neonaziaufmärschen gibt. Es ist Antifaschist*innen und linken Netzwerken mit ihren Gegenprotesten, ihren Interventionen und ihrem öffentlichen Druck zu verdanken, dass eine solche Erosion der Zivilgesellschaft nach rechts in Leipzig ausblieb. ■

Tim Wagner ist Fotojournalist, studiert Soziologie und begleitete viele LEGIDA Demos.

Zum Weiterlesen über rechte Bewegungen:

Geiges, L., S. Marg & F. Walter, 2015: PEGIDA die Schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?. Bielefeld: transcript Verlag.

Häusler, A. & F. Virchow (Hrsg.), 2016: neue soziale Bewegung von rechts? Hamburg: VSA Verlag.

Liske, M. & M., Präkels (Hrsg.), 2015: Vorsicht Volk! Oder: Bewegungen im Wahn? Berlin: Verbrecher Verlag.

DER AMI, DER JUDE, DER RUSSE UND ICH

Ein Besuch bei Legida

von Schubé

Am 1. Februar 2016 habe ich an der LEGIDA-Demo teilgenommen. Ich wollte wissen, was das für Menschen sind, wie sie reden, wie sie denken oder fühlen. Reden wir also über Standpunkte.

Der Artikel erschien zuerst als dreiteiliger Erlebnisbericht zur Demonstration von LEGIDA und den Gegenprotesten vom 01. Februar 2016 auf dem Blog www.blog.flohbu.de. Zur Veranschaulichung verwendet der Autor Formulierungen, wie sie bei LEGIDA üblich sind.

Um einen „abgesicherten Zu- und Abgang“ zu gewährleisten, treffen sich die LEGIDA-Teilnehmer im Leipziger Hauptbahnhof. Ich stelle mich wie selbstverständlich zu herzhaft debattierenden Leuten. Um die Tarnung zu perfektionieren, habe ich mir eine Dose Bier gekauft und starre nun schein-grimmig auf die Menschheit. Es fällt mir schwer, den Blick soweit zu entleeren, bis er nicht mehr neugierig wirkt. Das Misstrauen gegen jeden, selbst gegen den Nachbarn im Pulk, ist mit Händen zu greifen. Was treibt diese Menschen an? Sind das hier wirklich alles Nazis und beinharte Rassisten? Die eine Hälfte wirkt, als stünde sie regelmäßig vor oder hinter mir an der Kasse des Supermarkts, während die andere sich gar keine Mühe macht, ihre potenzielle Aggressivität zu verbergen.

Der Zug setzt sich in Bewegung. Einzelne skandieren „Jung muss weg!“, andere stimmen mit ein. Man sammelt sich vor dem Hotel Astoria, ist solidarisch, wartet aufeinander. Es geht weiter. Wir erreichen die Unterführung - ein steinerner Darm durch den sich die Masse auf die andere Straßenseite ergießt. Es riecht auch so. Akustiktest: „Unsre Fahne | unser Land | Maximaler Widerstand!“. Jemand hat wohl auf den Stufen Buttersäure vergossen. Der Zug trottet weiter vorbei am Einkaufszentrum, an dem sich Gegenprotest formiert hat. Der Chor stimmt „Antifa – Hurensöhne“ an. Ein Einzelner: „Warum seid ihr Huren so wenig?“. Wir erreichen den Richard-Wagner-Platz. Am Eingang des Demonstrationsgebietes steht ein junger Mann und versucht auf dem letzten Meter aufzuklären: „Mit der NPD stellt ihr euch da hin, wisst ihr das?“. Man legt ihm nahe, das Maul zu halten und arbeiten zu gehen.

Männer mit Dosen gehen umher: „Eine Spende für LEGIDA“. Neben der Bühne werden bedruckte T-Shirts angeboten. Ein Imbiss verkauft Punsch, Kaffee, Würstchen und das gute Gefühl, mit dem Verzehr LEGIDA zu unterstützen. Am Transporter ist ein Schild der „Pa-

triotischen Plattform“ - der Rechtsaußen-Flügel der Rechtsaußen-Partei AfD - angebracht. Der politische Schulterchluss zwischen Würstchen und Obertrikotagen entlarvt die politische Stoßrichtung der Beteiligten. Wer AfD sagt, meint *GIDA und umgekehrt. Die Versammlung beginnt mit der Titelmusik des „Schwarzen Kanals“, der Propaganda-Sendung des DDR-Fernsehens. Das Licht auf dem Platz erlischt, als die Versammlungsaufgaben verlesen werden. Mittlerweile stehen 500 Leute lose auf dem Platz.

Ein Mann verteilt Flyer einer neuen Bewegung namens „Einprozent“. Professionell gestaltet, nicht zu viel Text, dafür jede Menge Sendungsbewusstsein. Ich frage ihn, was das denn für ein Anliegen sei. Einprozent. Klingt irgendwie seltsam klein.

– Nein! Das ist so ein neues Projekt. Da steckt der Elsässer dahinter.
 – Der Elsässer...
 – Kennste den?
 – Elsässer? Ist das der mit der Zeitung?
 – Ja, genau, der. Von COMPACT. Den sein Ding ist das.
 – Kann man sich ja mal angucken. Aber Ruhe nun, die Rede beginnt.

[An dieser Stelle in Gänze zu beschreiben, was zu hören ist, mag ich dem werten Leser nicht zumuten. Alle, so die Redner, haben Angst. Alle, so die Redner, bewaffnen sich. Ständig, so die Redner, werden unsere Frauen und Töchter vergewaltigt. Andauernd, so die Redner, werden die Deutschen bestohlen und beraubt. Grundsätzlich, so die Redner, berichtet die Presse nicht darüber. Und alle anderen, außer den Rednern und den stolzen Patrioten, sind daran Schuld, so die Redner.] Das Publikum wird im Wechselspiel zynisch lachend, empört aufheulend, zustimmend klatschend und kehlig „Jawoll“ rufend gemacht. Präambel des Abends: Die USA sind der Satan. Da wir aber nicht in Teheran sind, wird differenziert: Es sei ja nicht alles schlecht an den USA. Es gäbe da ja noch „Harley Davidson, die Rocky Mountains und Las Vegas“.

LEGIDA entreißt der Raumzeit den mit Hamburger Gittern umzäunten Richard-Wagner-Platz. Über uns bildet sich eine Blase die gegen alle Vernunft wirksam abschottet. Während der Redebeiträge herrscht die



photo: Tim Wagner

Wladimir Putin: Hoffnungsträger vieler LEGIDA-Anhänger_innen

eine, schillernde Wahrhaftigkeit im Kasernenhof der eigenen Empathiereste. Der hier miteinander geschlossene Friede durch Einigkeit ist so stark, dass man alles Mögliche tun kann, außer den Rednern wirklich zu folgen. Schließlich verpasst man nichts, wenn einem nach dem Maul gesprochen wird.

Johnke spricht: Wir „hier unten“ werden gegeneinander aufgehetzt. Aber LEGIDA hat den Plan erkannt, aber „leider sind wir noch zu wenige“. Die ganzen Volksverräter, die Lügenpresse und all die anderen Verbrecher, die uns gegeneinander ausspielen und unterdrücken müssen endlich zur Rechenschaft gezogen und entmachtet werden!

Niemand hört mehr so recht zu. Aber Johnke hat noch ein AfD im Ärmel. Der Anwalt Roland Ulbricht gibt sich einleitend servil, entschuldigt sich für den nun kommenden „juristischen Zwischenruf“. Dann legt er los: die Lügenpresse und Höcke; die Kommunikation der deutschen Gerichtsbarkeit; Petrys „kolportierter“ Schießbefehl; die Blockade von Demonstrationen... Spätestens jetzt hat man es amtlich beglaubigt und hoheitlich gesichert erzählt bekommen. Der Mann ist schließlich Jurist.

Dies expertokratische JAWOLLJA! der ganzen Welt! Das „Wir“ in dieser Raum-Zeit-Singularität kann wahrlich nicht mehr aus schlechten Menschen bestehen, sondern aus formal sauberen, permanent Bedrohten. Da kann sich der Gutmensch aber mal einen Senkel draus drillen! Der Anwalt schließt: „Es lebe unser heiliges Deutschland!“. Kleine Gruppen gibt es nun nicht mehr. Die Menge ist wieder ganz Menge. Die von mir anfänglich wahrgenommene Zurückhaltung in den untereinander getätigten Äußerungen ist nicht mehr wahrnehmbar. Johnke ruft zum Spaziergang. Eilig wird in Rucksäcken gekramt, Taschenlampen hervorgeholt.

Da die Straßenbeleuchtung noch funktioniert, ist klar, weshalb diese Flugabwehr-Strahler mitgeführt werden. Aber man erzählt es gerne jedem nochmal: „Die das hier fotografieren, das ist alles Antifa!“.

Die Ordnungsbehörden der Stadt haben LEGIDA den Weg bereitet, in dem sie den Gegenprotest systematisch ins nicht mehr Wahrnehmbare abgegrenzt haben. Den Rest der Strecke dürfen sie sich als Sieger fühlen. Die Straßen sind gespenstisch leer. Nur wenige Polizisten halten sich weit entfernt von der Menge auf. Das muss diese so viel besprochene Deeskalation sein. So bleiben auch die unsägliche Hetze im Innern des Aufmarsches oder die Absprachen bezüglich der Gegendemonstrierenden oder die sich wiederholende Hatz auf Journalist*innen und vieles mehr unbeachtet.

Manchmal wird der Zug lauter, wenn beispielsweise aus einem „Merkel muss weg!“ ein „Ferkel muss weg!“ wird. „Das Volk“ indes ist sehr sendungsbewusst. Sobald man sich einem Demonstranten nähert, bekommt man seine hauseigene Theorie über den Lauf der Welt zu hören. Es existiert offenbar ein Urmythos, der aus diesen Menschen heraus drängt, erzählt werden will, seine Wahrhaftigkeit dadurch erlangt, weil alle diesen Mythos kennen und erzählen: Vom Bösen da draußen und vom Guten hier drinnen. Die Bösen sind eindeutig identifiziert: Das internationale Finanzkapital. Die USA. Die Araber. Die Muslime. Die Kirchen. Die Gewerkschaften. Die Regierung. Die Ölscheichs. Die Multis. Die Moslems. Die USA. Neger. Die Multis. Die Guten: Wir. Exklusiv.

Ich stelle mich ahnungslos, biete mich als Projektionschirm für all die Schmalfilme an, die aus den schwach erleuchteten Köpfen hasserfüllt strahlen wollen. Mir wird schlecht. Um nicht aufzufallen und den Rede-

fluss bei meinem Gegenüber nicht versiegen zu lassen, nuschele ich immer irgendwas von „Verstehe“ und „Ja. Aha. Ok!“. Nichts liebt man hier mehr als eine ordentliche Dozentur und so merkt auch niemand, wie schnell man „gemeinsam“ die Zone der Differenzierung verlässt, um im Sumpfland des Hasses über die braunen Flecken in der Hose des jeweils Anderen zu debattieren. Denn eins ist klar: Nazi ist hier mal schon gar keiner. Nur weil Deutschland damals dieser Krieg passiert... Vom „Sie“ zum „Du“ in unter zehn Sekunden. Im Antisemitismus sich vereint glaubend, überspringt der Demonstrant in nur wenigen Augenblicken die Distanz zu mir. Diese Reihen sind wahrlich fest geschlossen. Der Widerstand braucht das.

Wir erreichen die „Runde Ecke“. In der langgezogenen Kurve hat sich eine Sitzblockade formiert. Die Menge fordert die Exekutive zum Handeln auf: „Räumen! Räumen! Räumen!“. Schnell wird hier ein spartanergleiches Gemetzel herbei gewünscht, gerne auch unter Einsatz der beiden Wasserwerfer. Von der Hochschule für Musik und Theater ruft es herunter. Junge Menschen rufen laut „Refugees Welcome“. Man ist erregt. Weitere junge Menschen winken aus den Fenstern des Schauspiels. Das stürzt die Spaziergänger in arge Selbstzweifel. Man sucht Halt aneinander, aber nicht nur geistige Wagenburgen sind so eng, dass man nur Rücken an Rücken nach außen schreien kann. Die Chöre genossen bisher den Imperativ des „Jung muss weg!“, betrieben Abstammungslehre via „Antifiaaaaa!!! Hurensöhneeeee!!!“, wussten zu sagen, wie viel man Deutschland lieben muss, um hier bleiben zu können und antworteten auf die nie gestellte Frage, wer denn eigentlich das Volk ist. Nach dem Schauspiel gelangt man nun an die zweite lautstarke Gegenbewegung, bei der man sich aber sicher ist, dass es dieselbe wie auf dem Richard-Wagner-Platz ist.

Im Spiel der Elemente wächst der Mensch. Der Himmel stürmt, der Gegenprotest tobt. Links und rechts stehen Journalisten in sicherer Entfernung. Und immer wieder blitzen die Lichter, einerseits entlang an Fassaden, um sich potenzielle Fensterfeinde vom Hals halten zu können, andererseits in die Objektive der Kameras. Irgendwo sieht man Abgeordnete an der De-

mostrecke, erkennt sie und taxiert sie auf einen gewissen „Fickbarkeits-Marktwert“. Dieses Gespräch findet zwischen Frauen statt. Männer feixen. Überhaupt wird an dieser Stelle auch der Charakter als egalitäre Graswurzelbewegung deutlich: Alle anderen gehören gleich schlecht behandelt, das Wir hingegen darf sich so beschissen benehmen wie es will. Dies ist der Dung, an dem die Wurzeln zehren. Er kommt aus des Volkes Mund.

Der Zug wendet. Protest in Hör- und Sichtweite wird an dieser Stelle von der sächsischen Polizei strategisch gedehnt ausgelegt. Als „Wir sind das Volk“ vorm Zugang zum Burgplatz abdrehen, hört man, wie der Wasserwerfer seine Aggregate hochfährt. Es muss nicht betont werden, dass dieser stets auf die Gegendemonstration gerichtet ist. Doch es scheint nur so, als läge ein handfester Widerspruch vor. Während der Leipziger Polizeipräsident beklagt, dass im gesamten Land eine Pogromstimmung herrsche, lassen Ordnungsbehörde und Polizei nichts unversucht, denjenigen, die diesem Treiben Einhalt gebieten wollen, das Leben so schwer wie möglich zu machen. Die Polizei kontrolliert nach ihren eigenen, unhinterfragbaren Maßstäben die Szene. LEGIDA ist unter sich. Einwände stören hier nur. Die Parade defiliert wieder zum Ring. Das gegenseitige Angebrülle ebbt ab. Eine polizeiliche Kontrolldicke ist bei LEGIDA kaum wahrnehmbar, währenddessen in der Vergangenheit Einsatzfahrzeuge an der Hainspitze durch die Gegendemos bretteten. Freistaatlich wird ein Demonstrationserlebnis organisiert, der Besitz der Straße gefeiert und ausgekostet.

Wir sind auf dem Rückweg. Schlecht ist mir seit einer ganzen Weile schon. Ich schäme mich weil ich mir einbilde, dass die Menschen auf der anderen Seite mich ansehen und denken: So sehen also Rassisten aus. An der Spitze des Zuges läuft ein Fronttransparent der BÜRGERBEWEGUNG ALTMARK neben dem von LEGIDA. Jemand hat ein T-Shirt mit der Aufschrift „Asylwahn stoppen“ darüber gehangen. Daneben: Ein Schild mit der Aufschrift „Deutsche Volksherrschaft PEGIDA“. The Walking Dead.

Bunte Fahnen tanzen: Die Wirmer-Flagge läuft neben



photo: visual change

Grüß aus Dresden bei LEGIDA am 7. März 2015

der des Königreichs Preußen, hinter der der Bundesrepublik Deutschland, neben der des Königreichs Sachsens, flankiert von einer DDR-Fahne mit verdrehtem Emblem, eine „Islamists not welcome“-Fahne mit identitärem Minilogo verdeckend, kontrastierend zu einem Schland-Russland-Mix, gespenstisch angeflattert vom kaiserlichen Schwarz-Weiß-Rot, vor der Sachsenflagge. Die Fahnenstangen bestehen aus metallischen Teleskop-Besenstielen, florettartigen Angelruten, und massiven Billard-Queues.

Woher kommt der Hass? Ich vermute: Absurderweise aus einem Gefühl tiefster Verunsicherung. Scheinbar angegriffene Selbstwertgefühle knicken vor einer extern produzierten Angst ein. Die Gründe des Hasses stammen nicht aus eigenen Erlebnissen von bedrohlichen, klar benennbaren Situationen, sondern aus Narrativen, eingeflüstert von fahrbaren Rednerpulten, quer verteilt durch ganz Deutschland, bequem erreichbar in innerstädtischen Fußgängerzonen bei Mondschein oder Tablet-PCs auf heimischen Sofas. Eine von allen direkten Erlebnisformen der Welt abgekoppelten Mittelschicht ist von dem Gefühl beherrscht, aufgrund von Bedingungen, die sie selbst nicht kontrollieren kann, unter ihren Möglichkeiten geblieben zu sein. Obschon man nach den Regeln des Systems gespielt hat, ist man im System selbst nur Letzter. Ganz im Gegenteil zu den Anderen, den Fremden, den Fremdartigen, den Unartigen, den Nutzlosen, den Systemverweigerern: Deren Sorgen werden gehört, meine nicht. So weint es sich

bequem in der wohligh beheizten Drei-Zimmer-Wohnung, so marschier es über den Ring of Rumgeleier.

Müde trotten wir auf den Platz der Kundgebung zurück. Es ist kalt, Nasen laufen. Wenn man eine Flüssigkeit abkocht, bleibt ihr fester Bestandteil zurück. So nun auch hier. Die Gesichter sind grimmiger, die Jacken schwärzer, die Haare kürzer, die Fäuste geballter. Die ursprüngliche Melange aus Kleinbürgertum und rechts-spektraler Klientel hat eine Phasenverschiebung durchgemacht. Mich überkommt zum ersten Mal am Abend das Gefühl, dass nur noch ein Funke benötigt wird, um die Eskalation zu initiieren. Der letzte Redner: Graziani aus Berlin, menschgewordener Brandsatz unterwegs im Namen der Verachtung. Hörten schon bei Johnke nur noch Wenige zu, ist beim Gastredner aufgrund des Abwanderungsverlustes noch weniger Anklang zu registrieren.

Die Kundgebung ist beendet. Wir verlassen den Platz. Am Eingangsgatter kommt es kurz zum Tumult. Die Rechten sammeln sich flugs und brechen Richtung Gegendemonstranten auf. Diese stehen nahe an der Fahrbahn und können nicht ausweichen. Der Tross lässt also verbal noch einmal alles raus, was drin ist. Hier gehen Hunderte an einem Dutzend vorbei und fühlen sich volker als Volk. Wir gehen den selben Weg wie bei der Anreise zurück zum Bahnhof. Mir ist kalt. Ich bin fertig. ■



von Nhi Le

Ich sitze am Fenster mit Blick auf die Hannoveraner Limmerstraße. Der türkische Supermarkt hat für heute zugemacht. Neben der Sparkasse ist ein Bekleidungsshop, dann kommen Kioske. In Leipzig nennt man das anders, Spätis zum Beispiel. Aber in Leipzig ist es sowieso ein bisschen anders. Ich liebe die Stadt, aber nicht was dort mittlerweile wöchentlich zu sehen ist. LEGIDA nennt sich das Phänomen und die Bewegung zeigt sich offen rassistisch.

Die Hälfte meines Monats verbringe ich in Leipzig, die andere in Hannover. Statt in unterschiedlichen Bundesländern, fühle ich mich wie in zwei Welten. Während mir in Leipzig ständig neue hässliche Seiten der besorgten Bürger und Bürgerinnen gezeigt werden, sperre ich in Hannover alles aus. Das ist nicht der dauerhafte Umgang und auch hier gibt es Nazis, aber in Hannover spüre ich nicht dieses enge Gefühl in der Brust. Denn während ich die Limmer runterlaufe und sich die junge Familie beim türkischen Bäcker Baklava kauft und der Herr im Anzug sich etwas bei Viet Street Kitchen über die vietnamesische Küche erklären lässt, kommt niemand auf die Idee zu bemerken, dass ich ja irgendwie Angst haben müsste, da ich ja anders bin.

Eigentlich fühle ich mich nicht anders, es ist eher so, dass ich anders gemacht werde.

Freude, Staunen, Begeisterung sind Reaktionen auf Sätze, die aus meinem Mund kommen, weil sie so schön klar klingen. Weil mein Deutsch so gut sei. Diese Leute gestehen es mir nicht zu, dass ich ganz normal sprechen kann, weil ich ja so anders aussehe. Aus Thüringen, aus Leipzig, aus der Innenstadt sind Antworten, mit denen man sich nicht zufrieden zeigt,

da man wissen wolle wo ich WIRKLICH herkomme. Ein Nest an der Werra könnte doch nicht meine Herkunft beschreiben, weil ich ja so anders aussehe.

Hitze, Verkehrschaos und Reis, sind Dinge, die ich doch mögen müsste, weil sie mir so nahe stehen, einfach weil ich ja so anders aussehe.

Da ist man 18 Jahre lang in einer thüringischen Kleinstadt aufgewachsen und war meist nur Nhi Le. Nicht „die kleine Asiatin“ oder „die kleine Vietnamesin“ oder „die Kleine mit den Schlitzaugen“. Menschen tun so, als sei ich eine Fassade, angekettet an den Migrationshintergrund.

Aber eigentlich wäre das ja alles egal. Man könnte immer noch sagen, dass je mehr Menschen in einer Stadt leben, desto mehr auch blöde Fragen und Kommentare von sich geben können und ich liebe mein Leipzig doch, aber ich gehe auch gerne fremd mit Hannover.

12. Januar

Die Freundin der Freundin sagt, dass diese Antifas ja nur auf Krawalle aus seien. Ich drehe mich um. Wir laufen die Jahnallee entlang und ich habe das Gefühl, dass das nicht das letzte Mal Gegen-demo sein wird. Zuerst steht nur ein kleiner Haufen mit Deutschlandfahnen am Waldplatz einer brüllt uns „Geht zurück nach Istanbul“ zu. Das ist also ein Leipziger, der hier gegen die Islamisierung des Abendlandes protestiert. Und alles daran ist falsch. Dieses Abendland ist so ein blödsinniger Begriff, so blödsinnig, dass es perfekt zu der Bewegung und all seinen Widersprüchen passt. In Leipzig fordert man respektvollen Umgang mit Kultur und Sprache und schafft es kaum, einen rechtschreiberfehlerfreien Facebookpost zu verfassen. Man stellt ein Thesenblatt zusammen, das vor rechtspopulistischen und

ANGST

Nhi Le studiert in Leipzig Kommunikations- und Medienwissenschaft und ist Slam Poetin, Model und Bloggerin.

Auf nhi-le.de schreibt sie u.a. über Feminismus, Anti-Rassismus und Popkultur. Der Text „Angst“ entstand nach den ersten LEGIDA-Demos. Auch wenn die Demos weniger geworden sind, ist seit dem Aufkommen ein Angstgefühl geblieben.

verschwörungstheoretischen Forderungen nur so wimmelt und letztlich könnte man auch das NPD Wahlprogramm abgedruckt haben. Das würde dann auch erklären, warum so viele NPD-Mitglieder dort drüben auf der Straße stehen. Gut 5000 besorgte Bürger und 30000 dagegen. Man feiert sich. Aber wir sehen heute keinen wirklichen Erfolg, denn laufen konnte Legida trotzdem. Ich bin müde, aber ich habe keine Angst.

21. Januar

Anderer Wochentag, andere Route. Es herrscht Ausnahmezustand in der Innenstadt, die Uni ist voller Polizisten, der Hubschrauber macht mich wahn-sinnig. Vor uns die Polizei und vor der Polizei LEGIDA. Sie winken und jubeln und wir können wieder mal nichts tun.

Mein Kumpel müsste zurück nach Hause, zurück nach Delitzsch. Ich halte ihn fest. „Am Bahnhof hat es geknallt“ flüstere ich und sage, dass er bei mir schlafen soll. Wir sitzen vor der Heizung und hängen vor Twitter. Unter dem No Legida Hashtag wird die Timeline geflutet. In unmittelbarer Nähe werden Journalisten verprügelt, die Polizei sieht zu. Ich bin sauer und ich habe ein bisschen Angst.

30. Januar

Auf der Facebookseite steht, dass man vor und nach der Demo nicht alleine durch die Straßen gehen sollte. Ich habe sehr viel Angst. Wir stehen am Schwanenteich.

Im schwarz rot goldenen Getümmel sind auch Russlandfahnen zu sehen. Und schon wieder ein Widerspruch. Die Leute, die sich eine neutrale Haltung zu Russland und einen starken Politiker wie Putin wünschen, sind sicher auch die Leute, die über die

russischen Menschen im Neubaugebiet schimpfen. Man fordert ein friedliches Europa, doch verflucht alle Flüchtlinge, selbst wenn sie aus einem europäischen Staat kommen. Denn letztlich sind Ausländer nur dann okay, wenn sie Pizza oder Baguettes verkaufen, aber der Rest überschwemmt doch nur das Land.

Montag, Mittwoch und heute Freitag. „Pervers, dass man die Demo extra auf den Jahrestag der Machtergreifung gelegt hat“ bemerkt eine Freundin und reißt mich aus meinen Gedanken. Außerdem wurden LEGIDA-Demos für jeden Freitag bis zum Ende des Jahres angekündigt. Ich drehe durch. Freitags kann ich nicht, da fahre ich doch immer nach Hannover. Ich bin richtig sauer und die Angst ist egal.

16. Februar

Das vierte Mal, keine Lust mehr, kein Elan mehr. Jeden Tag liest man etwas neues, das frustriert. Es gibt Leute, die immer noch nicht akzeptieren wollen, dass die Demonstranten da drüben auf dem Augustusplatz Nazis sind. Und diese Demonstranten sind nicht in einem Bus-Shuttle gekommen, sondern wohnen hier. Leipzig – das sind deine Hools, ja Leipzig – das sind deine Nazis. Ich bin sauer, ich habe Angst und ich muss erstmal weg.

In den letzten Tagen gab es zu viel Furcht davor, alleine irgendwo hinzugehen und zu oft rollte ich mit meinen Augen, weil ein „Wo kommst du WIRKLICH her?“ nicht nur eine nette Smalltalk-Floskel ist. Und im Hannoveraner Linden tauche ich einfach ab. Tue so, als gäbe es die Probleme in Leipzig nicht, weil auch eine Stadt recht leicht ersatzbar scheint. Und Freitag und Samstag wird ein langes Wochenende und daraus noch ein paar Urlaubstage mehr. 7 Tage ohne Angst. ■



RECHTE HETZE IM HOCHGLANZFORMAT

Das COMPACT-Magazin des Jürgen Elsässer

von Von Paul Simon und Andreas Raabe

Die AfD hofiert ihn, für Ex-LEGIDA-Chef Johnke ist er ein „persönlicher Freund“, für seine Gegner ein rechter Hetzer: Jürgen Elsässer ruft zum Sturz der Regierung auf und sieht sich als Stichwortgeber einer rechten Volksbewegung. Seine Zeitschrift COMPACT ist die Stimme der Ausländerfeinde. Redaktionsadresse ist ein Leipziger Postfach. Er selbst wohnt schon seit mehreren Jahren im Leipziger Osten.

PEGIDA als publizistischer Durchbruch

Für die meisten Menschen ist COMPACT bloß irgendein unseriöses Heft mit reißerischen Titelbildern, über das man in letzter Zeit immer öfter im Bahnhofskiosk stolpert. Für Tausende treue Leser aber ist die COMPACT viel mehr. Wahrheiten, die ihnen die „Mainstreammedien“ und „Blockparteien“ verschweigen, werden ihnen hier enthüllt – und ihre Ressentiments bestätigt. Den Chefredakteur Jürgen Elsässer verehren sie dafür wie einen Helden. Im düsteren Boulevardstil warnt das Blatt vor der fremden Bedrohung und seit Monaten geht es um wenig anderes als „Morde, Massaker und Migrantent“. Auch Interviews mit AfD-Spitzenpolitikern erscheinen regelmäßig: Gauland, Petry, Höcke. Ein Nischenblatt für Verschwörungstheoretiker ist die Zeitschrift schon lange nicht mehr. Manchmal scheint es, als habe das Magazin weniger Leser als vielmehr Jünger, Fußsoldaten im Infokrieg, die immer wieder dazu aufgerufen werden, sich für die Zeitschrift einzusetzen: „Sorgen Sie so dafür, dass wir immer stärker werden – und unsere Gegner in den Teppich beißen“, fordert Elsässer sie auf. Im Webshop werden „Bekennner“-Utensilien verkauft, die ihre Träger als COMPACT-Anhänger zu erkennen geben. Als die PEGIDA-Aufmärsche begannen, erkannte der Herausgeber gleich das große Potenzial. „Liebe Leute, das ist der Wahnsinn! So etwas gab es zuletzt vor zig Jahren!“, konnte er sich vor Begeisterung kaum halten. Im letzten Jahr sei die Auflage dann auch „explodiert“. Mehr als 100.000 Leser erreiche man nach eigenen Angaben bereits jeden Monat, die COMPACT-Website hätten allein im Januar 2016 mehr als zwei Millionen Besu-

cher angeklickt – und auf keiner asylfeindlichen Demonstration im Land scheinen die COMPACT-Plakate zu fehlen.

Auch bei den beginnenden LEGIDA-Demos in Leipzig soll Werbung für COMPACT gemacht worden sein. Dreimal trat Elsässer dort als Redner auf. „Meine Zielgruppe ist das Volk“, ruft er dann ins Mikrofon – „Und ihr seid das Volk!“ Die allgegenwärtigen Demo-Plakate mit COMPACT-Titelbildern werden den Lesern auf der Website kostenfrei angeboten. Ein Geniestreich des Politmarketings: Woche für Woche wird so in Dresden, Leipzig und anderswo nicht nur gegen die Überfremdung demonstriert, sondern auch für die Zeitschrift Werbung gemacht. Ein Titelbild vom Januar 2015, das eine verschleierte Angela Merkel zeigt, wurde gar zum zentralen Symbol der PEGIDA-Bewegung. Während Elsässer den nationalen Widerstand beschwört, baut er so auch an seinem eigenen kleinen Medienimperium.

Vom Antideutschen zum Amerikafeind

Wer COMPACT einmal in Händen gehalten hat, mag kaum glauben: Jürgen Elsässer ist nicht einfach „irgendein Rechtspopulist“. Seine publizistische Karriere hatte ihre ersten Höhepunkte in der radikalen Linken des wiedervereinigten Deutschlands. Elsässer gilt gar als Begründer der Antideutschen Bewegung in den neunziger Jahren. Der Ex-Linke, Ex-Antideutsche, Mitbegründer der antirassistischen Zeitschrift BAHAMAS, Ex-Mitherausgeber der linken Wochenzeitung JUNGLE WORLD, langjähriger Autor von KONKRET und NEUES DEUTSCHLAND, der heute vom Befreiungskampf des deutschen Volkes predigt, ist wie die Bewegung, der er jetzt die Stichworte liefert: widersprüchlich, für Außenstehende ein Rätsel. Noch immer steckt in ihm das Revoluzzertum, das ihn offenbar einst zum KOMMUNISTISCHEN BUND trieb, für dessen Zeitung ARBEITERKAMPF er zu Beginn seiner Karriere schrieb. Politik betreibt Elsässer heute mit der Unerbittlichkeit eines rechten Jakobiners: Die AfD ist für ihn „der Stock, mit dem wir die Blockparteien prügeln müssen, bis sie grün und blau sind“. Anfang der neunziger Jahre war Elsässer ein scharfer

Jürgen Elsässer am 21. Januar 2015 als Redner bei LEGIDA

Kritiker des Völkischen. „Meine damaligen Schwachsinnigkeiten“ nennt er das jetzt. Dass er nun selbst die Ressentiments unter die Leute bringt, die er damals noch knallhart auseinander nahm, lässt viele an seinen Motiven zweifeln. Pure Geschäftemacherei mit den leichtgläubigen Wutbürgern unterstellen ihm manche, Selbstdarstellerei die anderen. Aus dem scharfen Kritiker des neuen deutschen Antisemitismus wurde ein Anti-Zionist, ein Kritiker der „Israel-Lobby“, und schließlich aus dem Linksradikalen ein Wiederentdecker des nationalen Gedankens.

Und es scheint ihm ernst zu sein: Während andere „Merkel muss weg“ schreien, entwirft Elsässer in seiner Zeitschrift COMPACT das dreistufige Programm dafür. Erst müsse geklagt werden, dann bei den Wahlen mit der AfD dem „Regime“ ein Denkzettel verpasst, und schließlich, falls das noch nicht genügt, komme die Stunde des Massenprotestes: „eine zentrale Großdemonstration“, um die Regierung zum Abtreten zu zwingen. Im Oktober bereits malte er sich aus, mit 500.000 Anhängern den Reichstag zu belagern. „Es kann jetzt keine Entschuldigung mehr geben, zu Hause zu sitzen – das Haus brennt“, sagte er auf einer Konferenz in Berlin. „Und wenn 500.000 den Reichstag belagern – friedlich! –, dann hat Merkel fertig!“ Immer wieder kommt er in seinen Reden auf diese 500.000 zurück, es scheint eine fixe Idee zu sein. So wie 1989 könnten sie die Regierung stürzen, glaubt er, oder scheint es zu glauben.

Der Traum vom Volksaufstand

Seit es PEGIDA und seine zahlreichen Ableger gibt, tourt Elsässer von Leipzig aus immer öfter durch die



Das COMPACT-Titelbild, das Angela Merkel mit einem Kopftuch zeigt, wurde zum Symbol bei PEGIDA und LEGIDA.

Provinz und probt den nationalen Aufstand. Beispiel Zwickau im Februar 2016: Trotz des eisigen Regens drängen sich mehr als 3.000 Menschen auf dem historischen Marktplatz und verwandeln ihn in ein rechtes Fahnen- und Schildermeer. Ein Netzwerk regionaler Graswurzelgruppen hatte zum Aufmarsch gerufen, mit Jürgen Elsässer als Publikumsmagnet. Auch aus Bautzen, wo noch in derselben Nacht eine leer stehende Flüchtlingsunterkunft in Flammen aufgehen wird, sei eine Abordnung angereist, wird später gemeldet. Die Menge jubelt, als Elsässer das Podium betritt. Er lächelt, hebt die Faust zum Gruß. Überall sieht man Plakate mit Motiven des COMPACT-Magazins. „Mein Name ist Jürgen Elsässer“, hallt es endlich in seinem unverkennbaren badischen Dialekt über den Platz. „Ich bin Deutscher und ich werde nicht zulassen, dass dieses Land vor die Hunde geht!“

Elsässer tritt im schwarzen Mantel auf, trägt sonst bei seinen Vorträgen meist Anzug und Krawatte. „Wir sind hier die neue Mittel!“, ruft er. „Die Extremisten und Faschisten sitzen in Berlin in der Regierung!“ Als er Anfang 2015 erstmals bei LEGIDA sprach, hatte er noch erklärt: „Wir sind keine Ausländerfeinde.“ Seitdem ist auch in der Rhetorik Elsässers viel passiert. In Zwickau hetzt er gegen „Gang-Bang-Migranten“ und die „Türken, Araber und andere asoziale und schlecht erzogene Orientalen“ – er weiß, wie er auf einem sächsischen Marktplatz Applaus kriegt. Er spricht vom „Hass auf das eigene Volk“, der die deutschen Eliten treibe. „Wir lassen uns nicht betrügen durch Humanitätsschwindel!“, gibt er als Losung aus. Immer wieder wird seine Rede durch Sprechchöre unterbrochen. „Wir dürfen nicht zulassen, dass wir auf zwölf dunkle Jahre reduziert werden“, fordert er. Er spricht von der „Islamisierung“, der „Kolonisierung und Invasion“. Und vom Widerstand. In prophetischen Worten beschwört er den Weg zum Umsturz: „Jetzt, in diesem Frühjahr, können wir in die Offensive gehen. Das Regime hat Angst vor uns!“ Er träume davon, hier wird seine Stimme weich, fast andächtig, dass „aus dieser Bevölkerung, einer amorphen Masse atomisierter Individuen, dass aus dieser gesichtslosen Masse wieder ein Volk wird.“ Es scheint, als hätte er das Massenpublikum gefunden, das er als Linker nie hatte. ■

Paul Simon ist freier Journalist, Andreas Raabe ist Redakteur beim Leipziger Stadtmagazin KREUZER. Der Text ist eine Kurzfassung des Artikels „Wehe uns“, der zuerst im KREUZER erschien (Ausgabe April 2016, <http://kreuzer-leipzig.de/2016/06/22/wehe-uns>)



WEG VON LINKS UND RECHTS, HIN ZUM VERSTAND?

Lokale Querfront-Bestrebungen in Nordsachsen

Diskussionsforum des nordsächsischen Vereins SPEKTRUM AUFRECHTER DEMOKRATEN mit LEGIDA-, AfD- und COMPACT-Vertretern am 13.02.2016 in Audenhain.

von chronik.LE

Nach einem Abflauen der PEGIDA-Demonstrationen und der Nein-zum-Heim-Initiativen haben sich rechte Gruppierungen zunehmend als Vereine eintragen lassen. In Nordsachsen gibt es mit dem SPEKTRUM AUFRECHTER DEMOKRATEN einen Verein, der Deutschland „dauerhaft besser und souveräner machen“ möchte.

In Audenhain, einem knapp 1000 Einwohner zählenden Dorf zwischen Eilenburg und Torgau, wird im Januar 2016 das SPEKTRUM AUFRECHTER DEMOKRATEN E.V. – VEREIN FÜR MEINUNGSFREIHEIT UND DEMOKRATIEFÖRDERUNG (SAD) gegründet. Vorsitzender des Vereins mit dem wohlklingenden Namen ist Sandro Oschkinat. Der Mitte-Dreißigjährige ist auch Betreiber der Veranstaltungsstätte „Trailer Audenhain“ und Vorsitzender des BEACH PIT E.V. – VEREIN FÜR KULTURFÖRDERUNG UND FREIZEITGESTALTUNG. Seit 2014 sitzt er zudem für die Freien Wähler im Gemeinderat von Mockrehna.

Welche Vorstellung von Demokratie und Meinungsfreiheit das SAD gerne fördern möchte, wird seit Ende 2015 in öffentlichen Veranstaltungen der Gruppe deutlich. Im November 2015 lädt Oschkinat zum „1. Demokratischen Diskussionsforum“ in seinen Club. Der Einladung folgen immerhin 200 Besucher_innen. Das vorgegebene Thema lautet nach dem Vorbild großer Fernseh-Talkshows: „Waffenhandel, Kriegsterror, Massenflucht, Asylchaos – Verschweigen uns Regierung und Mainstream-Medien die wahren Ursachen und Auswirkungen?“ Auskunft auf diese rhetorische Frage geben neben Oschkinat, der das Forum als Moderator mit einem halbstündigen Monolog eröffnet, insgesamt sieben Gäste. Nach eigenen Angaben wurden im Vorfeld Vertreter_innen verschiedener politischer Richtungen dafür angefragt. Das von Plastikpalmen umsäumte Podium weist trotzdem eine recht(s) eindeutige Schlagseite auf.

Kommunale Querfront?

Quasi als Vertreter des „Establishments“ stellt sich der örtliche Bundestagsabgeordnete und CDU-Kreisvorsitzende Marian Wendt den Fragen Oschkinats und des Publikums. Der Vize-Bürgermeister von Mockrehna (DIE LINKE) hat kurzfristig abgesagt – of-

fiziell aus gesundheitlichen Gründen. Möglicherweise ist ihm aber auch noch rechtzeitig klar geworden, in welche Gesellschaft er sich sonst begeben hätte. Neben einem CDU-Stadtrat aus Torgau und einem lokalen Mitglied von PRO ASYL, der jedoch nicht im Namen dieser Organisation spricht, ist der Rest des Podiums mit Vertreter_innen der AfD, der PEGIDA-Bewegung, des verschwörungsideologischen Magazins COMPACT^[1] sowie Alexander Milyutin von der russischen Botschaft in Berlin durchaus prominent besetzt. Letzterer glänzt u.a. mit der Behauptung, dass es in Russland eine größere „Meinungsverschiedenheit“ in den Medien gäbe als in Deutschland.

Unter den Personen, die sich aus dem Saal äußern, ist auch der damalige LEGIDA-Vorsitzende Markus Johnke aus Wurzen.^[2] Ein paar Tage später tritt Oschkinat selbst als Redner bei LEGIDA in Leipzig auf. Gegenüber der TORGAUER ZEITUNG verkündet er anlässlich der Vereinsgründung im Januar, er plane keinen weiteren Auftritt bei LEGIDA.^[3] Trotzdem äußert er Respekt für deren Demonstrationen: „Ich finde es in Ordnung, dass dort Protest geäußert wird. Aber ich will Lösungen anbieten, das tut LEGIDA nicht und ich persönlich finde es falsch, alles auf den Islam zu projizieren.“ Zudem kritisiert Oschkinat, dass sich im LEGIDA-Umfeld auch „extreme Rechte tummeln“.^[4]

Antiamerikanismus und DDR-Nostalgie

Der Verein gibt sich bei seiner Gründung ein aus 31 Punkten bestehendes „Grundsatzprogramm“ mit dem Titel „Der Weg zur Freiheit und Gerechtigkeit – Wie wir Deutschland dauerhaft besser und souveräner machen können“. Ohne es explizit auszusprechen wird unterstellt, Deutschland sei zurzeit kein wirklich souveräner Staat. Stattdessen müsse „jede bevormundende Einflussnahme von Seiten fremder Staaten“ abgewehrt werden. Gefordert wird der Austritt aus der NATO und der Abzug „aller amerikanischen Besatzungstruppen“. Klare Überschneidungen zur Ideologie der „Reichsbürger“ werden erkennbar. Diese extrem rechte Bewegung geht davon aus, dass anstelle der Bundesrepublik nach wie vor das Deutsche Reich bestand habe, jedoch von den Siegermächten des Zweiten Weltkriegs in seiner Souveränität unterdrückt werde.

[1] Siehe de Artikel „Rechte Hetze im Hochglanzformat“ in diesem Heft S. 16.

[2] Vgl. Paul Simon: Wutbürger unter Plastikpalmen, in: Kreuzer 1/2016, S.14

[3] Im Mai 2016 spricht Oschkinat doch ein zweites Mal bei LEGIDA.

[4] TORGAUER ZEITUNG VOM 16.01.2016.

Auf ihrer Homepage kündigen die „aufrechten Demokraten“ an, „an parlamentarischen Wahlen teilnehmen und [ihr] Programm kompromisslos umsetzen“ zu wollen, sobald „eine ausreichende Mitgliederzahl erreicht ist und es politisch zweckmäßig erscheint“. An der Gründungsversammlung im Januar 2016 haben nach eigenen Angaben 26 Personen teilgenommen, kurz danach sei die Mitgliederzahl auf 32 gestiegen. Eines der Gründungsmitglieder trägt auf einem Gruppenfoto stolz ein T-Shirt mit dem Wappen der DDR zur Schau.^[5] Die Vereinsaktivitäten beschränken sich in den nächsten Monaten auf die Organisation weiterer „Diskussionsrunden“, einen Ausflug zur russischen Botschaft in Berlin und die Teilnahme an einem Triathlon in einheitlichen Vereinshemden.

Jenseits von links und rechts?

Ansprechen will der Verein vor allem Menschen, die „zur politischen Mitte gehören, aber unzufrieden mit der aktuellen politischen Lage sind.“ Gegen die Einstufung als Querfront-Gruppierung hat Oschkinat nichts einzuwenden: „Tatsächlich ist das Spektrum so etwas ähnliches wie eine Querfront, aber ungefährlich. Im Mittelpunkt stehen der Dialog und die Ablehnung von Gewalt. Wir wollen weg von links und rechts, hin zum Verstand.“^[6] Ganz so harmlos ist die Sache jedoch nicht. Die Vorstellung, die politischen Kategorien links und rechts zu überwinden und stattdessen eine „richtige“, nämlich „vernünftige“ Politik zu verfolgen, prägte schon antidemokratische Strömungen in den 1920 Jahren: Damals organisierten sich Vertreter_innen von NSDAP und Gewerkschaften in der „Querfront“ zur Förderung der „deutschen Volksgemeinschaft“.

Im Februar sitzt LEGIDA-Chef Johnke wie selbstverständlich beim „2. Demokratischen Diskussionsforum“ auf dem Podium zum Thema: „Was können wir alle tun, um die Gefahren, Ängste und Fehler der Asylkrise zu beheben?“ Die AfD sowie das COMPACT-Magazin sind ebenfalls wieder vertreten. Für eine gewisse politische Ausgewogenheit soll ein Gemeinderat der Partei DIE LINKEN aus der Gemeinde Arzberg bei Torgau sorgen. Der angekündigte Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion sagt kurzfristig ab. Wegen Krankheit nicht dabei ist Rico Albrecht von der sogenannten Wissensmanufaktur. Dieses „unabhängige Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftspolitik“ hat sich besonders der Kritik des Zins- und Geldsystems verschrieben – ein beliebtes Thema unter Verschwörungstheoretiker_innen.

Im April widmet sich das „3. Demokratische Diskussionsforum“ einem außenpolitischen Anliegen,

das Oschkinat besonders am Herzen liegt: „Braucht Deutschland ein Bündnis mit Russland oder gehören wir den USA?“ Anders als bei den gut besuchten Foren zu den Aufregertemen „Asylchaos“ und „Asylkrise“ sind diesmal jedoch viele Sitzplätze freigeblieben. Die Veranstaltung wird live über den Youtube-Kanal von LEGIDA gestreamt.

Meinungsfreiheit und Demokratieförderung?

Aufschluss über die Ziele der „aufrechten Demokraten“ gibt aber nicht nur die Zusammensetzung des Podiums. Auch ein Blick ins Publikum zeigt, welches politische Spektrum sich angesprochen fühlt. Ein Publikumsgast klagt beim „4. Demokratischen Diskussionsforum“ im September unwidersprochen in antisemitischer Manier über den Einfluss einer namenslosen Macht aus den USA, die die Politik in Europa bestimmt und die „Neue Weltordnung“ (NWO) anstrebt. Diese Gruppe würde die Globalisierung vorantreiben, habe zu diesem Zweck die EU gegründet und den Euro eingeführt. „Wir“ zahlen angeblich die Hälfte des israelischen Staatshaushalts und die Kosten für die „Besatzungsmächte“. Der Mann, der nach eigenen Angaben erst seit kurzem „im Widerstand“ aktiv ist, geht wie selbstverständlich davon aus: „Wir sind besetzt, die meisten werden es wissen.“

Auch wenn es schwer fällt, die wirren Gedankengebäude von Personen rund um das SAD ernst zu nehmen, ist eine kritische Distanz geboten. Ob das SAD jemals wie angekündigt zu Wahlen antreten und über die kommunale Ebene hinaus Wirkung entfalten wird, erscheint zweifelhaft. Mit seinen „Diskussionsveranstaltungen“ trägt es aber zur Normalisierung extrem rechter Akteure und deren Positionen unter dem Vorwand von „Meinungsfreiheit und Demokratieförderung“ bei. Das zugrundeliegende Demokratieverständnis fördert damit gerade nicht die gleichberechtigte Teilhabe aller, sondern zielt auf eine homogene Volksgemeinschaft, aus der große Teile über eine simple Gut-Böse-Einteilung ausgeschlossen werden sollen. Jan Rathje, der sich als Referent der AMADEU-ANTONIO-STIFTUNG mit Verschwörungstheorien auseinandersetzt, warnt davor, dass Akteur_innen, die vorgeben „eine ‚Volksbewegung‘ aus Linken und Rechten zu bilden, eine Gefahr für eine demokratisch verfasste Gesellschaft darstellen. Eine notwendige Kritik an den Gesellschaftsverhältnissen wird dabei auf bestimmte Feindbilder reduziert, die eng mit antisemitischen Stereotypen verbunden sind. Die medialen Netzwerke der aktiven Personen finden eine immer größere Beliebtheit, womit sich ihre Propaganda von ‚Volksverrat‘ und ‚Lügenpresse‘ immer weiter ausbreitet.“^[7] Dessen sollten sich gerade die Mitglieder demokratischer Parteien bewusst sein. ■

[5] Vgl. Kathrin Kabelitz: Spektrum aufrechter Demokraten gegründet, online abrufbar unter: www.lvz.de/Region/Eilenburg/Spektrum-aufrechter-Demokraten-in-Audenhain-gegruetet

[6] Torgauer Zeitung vom 16.01.2016.

[7] Erath, Roxana (2016): Nicht links, nicht rechts, sondern gegen die da oben, <http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2016/nicht-links-nicht-rechts>

CHRONIK.LE beobachtet neonazistische, rassistische und diskriminierende Aktivitäten in Leipzig und den umliegenden Landkreisen. Die von uns gesammelten Ereignisse machen deutlich, Diskriminierung und menschenfeindliche Einstellungen sind nicht beschränkt auf einen bestimmten sozialen Status oder einfach nur eine Frage der (fehlenden) Bildung. Auch in gesellschaftlich angesehenen Positionen und im Milieu der „gesellschaftlichen Mitte“ finden sich alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Dies wollen wir mit den zwei folgenden Artikeln zu den Leipziger Persönlichkeiten Bettina Kudla und Thomas Rauscher exemplarisch aufzeigen, die sich aus machtvollen Positionen wiederholt rassistisch in der Öffentlichkeit geäußert haben.

WORAUF BETTINA KUDLA ANSCHLÄGT

CDU-Bundestagsabgeordnete twittert sich ins Abseits

von shadab

[1] Als im Februar dieses Jahres ein Ferkelkadaver mit der Aufschrift „Mutti Merkel“ auf dem Baugelände der Moschee gefunden wurde, ermittelte der polizeiliche Staatsschutz nicht wegen einer islamfeindlichen Straftat, sondern wegen „Beleidigung der Kanzlerin.“

[2] Wenige Monate zuvor hatte sie im Bundestag gegen den NPD-Verbotsantrag der SPD gestimmt.

[3] Siehe Artikel „Angriff auf Connewitz“ in diesem Heft auf S. 72

Bereits als die Leipziger Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla (CDU) vor drei Jahren gegen den Moschee-Bau der Ahmadiyya-Gemeinde in ihrem Wahlkreis-Stadtteil Gohlis kämpfte, spielte für sie das Thema Flucht und Asyl eine maßgebliche Rolle. Jene Anhänger der muslimischen Minderheit, „die bisher [!] im Leipziger Osten leben“, kämen überwiegend aus Pakistan, ließ sie wissen, wo es rund vier Millionen von ihnen gäbe. Weil sie dort in der freien Ausübung ihrer Religion diskriminiert werden, hatten unter anderem das Sächsische Obergericht und das Verwaltungsgericht Gießen Anhänger der Ahmadiyya-Bewegung aus Pakistan den Asylstatus nach deutschem Recht zuerkannt. Scharf kombiniert, erkannte Kudla sofort, dass damit auch die restlichen vier Millionen Anhänger aus Pakistan bereits so gut wie auf dem Sprung nach Leipzig sein könnten: „Hier sollte die Frage schon erlaubt sein, ohne dass man als ausländerfeindlich oder rechtsradikal gilt, warum Leipzig die Ausbreitung einer muslimischen Bewegung in Deutschland fördern will?“ Die Fluchtursache erfasst sie wohl, wendet sie jedoch gegen die Geflüchteten aufgrund unterstellter wesenhafter Unvereinbarkeit: „In Deutschland, das seiner Gesellschaft per Grundgesetz die Grundrechte“ - also auch das der Religions- und Glaubensfreiheit - „garantiert, herrschen eben ganz andere Lebensbedingungen, nämlich freiheitliche, als zum Beispiel in Pakistan.“^[1] Oder anders ausgedrückt: Für muslimische Minderheiten gehören religiöse Diskriminierung und Verfolgung in Pakistan so sehr zum Lebensalltag, dass ihnen die freie Ausübung ihres Glaubens in Deutschland nicht zuzumuten wäre.

Bereits ein Jahr darauf sah Kudla die „Attraktivität“ des Stadtteils erneut bedroht, als Pläne bekannt wurden, das Interim-Erstaufnahmelager im südlichen Stadtteil Dölitz bis 2017 nach Gohlis zu verlegen. Wie beim Moschee-Bau die Nähe zur Grundschule, musste auch hier wieder das angeblich bedrohte Wohl der Kinder her-

halten. So hielt sie es „für höchst problematisch, wenn man in ein Gebiet, das sich in den letzten Jahren als attraktiver Wohnstandort mit einem starken Zuzug von Familien mit Kindern entwickelt hat, ein Erstaufnahmelager errichtet.“ Warum, muss nicht weiter ausgeführt werden. Das Ticket des Biedermeiers verweist auf jene Aspekte der Alltagsreligion, welchen die Brandstifter bereits öffentlich Geltung verschafft haben. Der BÜRGERVEREIN GOHLIS sprach ihr jedenfalls ab, damit allgemein die Ansichten der Stadtteilbewohner zu vertreten.

Doch sollen von der rassistischen Stimmungsmache nicht die falschen profitieren. Schon beim Moschee-Bau hatte Kudla befürchtet, dass „der Boden für Resentiments und Ängste bereitet wurde, woraus z.B. die NPD ihren Nutzen zieht.“^[2] Als im Januar 2016 zum einjährigen Bestehen LEGIDAS das parteiübergreifende Bündnis LEIPZIG BLEIBT HELLE zum Gegenprotest in Form einer Lichterkette aufrief, erklärte sie jedoch ihre weitgehende Ablehnung zu den Zielen der Initiatoren, da die Lichterkette „die Bemühungen der Bundesregierung um eine Reduzierung und Eingrenzung der Asylbewerberzahlen“ - dem ebenfalls erklärten Ziel LEGIDAS - „torpediert.“ Stattdessen verwies sie auf einen notwendigen Kampf gegen den „[Links-]Extremismus im Leipziger Süden“ und forderte, dass sich „die Vertreter der Bundes- und Landesparlamente [...] für weitere Gesetze zur Bewältigung der Asylthematik einsetzen.“ Als dann zeitgleich zum Geburtstagsständchen des Frontsängers der rechten Hooligan-Band KATEGORIE C auf der LEGIDA-Bühne rund 250 Neonazi-Hooligans in einer koordinierten Aktion ziemlich wahllos zwanzig Geschäfte in Connewitz überfielen, Passanten traten und schlugen und Pyrotechnik auf die umliegenden Wohnhäuser abfeuerten, übte sich Kudla im Feindstrafrecht.^[3] Nachdem Bundesjustizminister Heiko Maas (SPD) die „rechte Randale“ „abscheulich“ genannt und konsequente Ermittlungen und das Belangen der Täter gefordert hatte, schrieb sie: „Bitte ob-



Tweets von Bettina Kudla 2016

ktiv sein! Es sind die Linksradikalen!“, und verwies auf die Ausschreitungen Linksautonomer im Zusammenhang mit einer Neonazi-Demo im Jahr zuvor. „Natürlich waren es am 11.01. auch [sic!] Rechtsradikale“, schob sie nach, doch „vorher haben es mehrfach die Linksradikalen getan. Darum geht’s“.

Die Anhänger der PATRIOTISCHEN EUROPÄER GEGEN DIE ISLAMISIERUNG DES ABENDLANDES (PEGIDA) umwarb sie hingegen bereits zuvor damit, dass die CDU als „Volkspartei“ „seit langem auch die von PEGIDA [...] angesprochenen Themen auf ihrer Agenda“ habe. „Wer die Ausbreitung des Islam in Deutschland [...] beklagt“, schlussfolgerte sie, „sollte sich demnach zur CDU hinwenden.“^[4]

Zuletzt sorgte Bettina Kudla bundesweit für Aufsehen, als sie sich im Juni 2016 zum ideellen deutschen Gesamtkapitalisten aufschwang und als einzige Abgeordnete gegen die Bundestags-Resolution zum türkischen Völkermord an den Armeniern stimmte. Beweggründe waren für sie die nicht kalkulierbaren „politischen, als auch finanziellen Folgen“. Einerseits befürchtete sie aufgrund der darin eingestandenen deutschen Mitschuld das „Aufmachen von Wiedergutmachungsforderungen seitens Armenien“, andererseits das Scheitern des EU-Abschiebeabkommens mit der Türkei, das neben gravierenden humanitären Folgen auch „erhebliche finanzielle Mehrbelastungen für Deutschland“ bedeuten würde.

Angesichts eines solch großen Einsatzes und Stellvertretungsanspruchs für Volk und Vaterland war es eigentlich nur eine Frage der Zeit, bis sie zum Ziel von Linksautonomen werden würde. Ende August kam es zu Sachbeschädigungen an ihrem Wahlkreisbüro. Unbekannte warfen die Scheiben ein und versprühten Bitumen in den Räumen. Später wurde ein Bekennerschreiben beim linken Informationsportal indymedia veröffentlicht, das Kudlas eben skizzierte Politik, aber auch die der CDU im Allgemeinen als Gründe für den Anschlag nennt.^[5]

Wo es an Tatverdächtigen mangelt, greift man schnell zu liebgewonnenen Feindbildern. So erhob Kudla gegenüber der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG die alte CDU-Forderung nach der Beendigung einer „Subventionierung der Szene“ und nannte unter Hinweis auf den sogenannten Verfassungsschutz als Beispiel das CONNE ISLAND. Nun wurde dieses, ohne dass hier die Sinnhaftigkeit dieser Argumentationsschiene beurteilt werden soll, zuletzt vor vier Jahren als „zentrale Anlaufstelle der autonomen Szene in Leipzig“ bezeichnet. In einer internen Lageeinschätzung relativierte der Inlandsgeheimdienst jedoch wenig später seine Aussage, indem er als Grund der Nennung „einzelne ›Problemkader‹“ nannte, „die zu den Besuchern gehören könnten“. Folglich konnte Kulturbürgermeister Michael Faber Anfang des Jahres in seiner Antwort auf eine schriftliche Anfrage der CDU-Stadtratsfraktion darauf verweisen, dass der Trägerverein des CONNE ISLANDS PROJEKT VEREIN E.V. selbst kein Beobachtungsobjekt von Polizei und Inlandsgeheimdienst sei und „wie alle anderen Trägervereine soziokultureller Zentren auf dem Boden des Grundgesetzes“ arbeite. Doch was hilft selbst die staatstragendste Aufklärung gegen Beißreflexe?

Nachdem Kudla zuletzt bundesweit öffentlich in die Kritik geriet, weil sie den staatskritischen türkischen Journalisten Can Dündar als „Dünnschiss“ beleidigt und im Nazi-Jargon von einer „Umvolkung Deutschlands“ phantasiert hatte, schien sie für die Mehrheit der Leipziger CDU politisch nicht mehr tragbar. Allerdings demonstrierten die Stadträte Ansbert Maciejewski und Achim Haas bereits vor Kudlas verlorener Wiedernominierung als Bundestagsdirektkandidatin, dass sich mithilfe von BILD auch bequem aus der zweiten Reihe kleben lässt. Was der einen politisches, das der anderen alltägliches Geschäft. ■

Der Autor ist Redakteur beim CONNE ISLAND NEWSFLYER CEE IEH.

[4] Den Leipziger Ableger Legida findet Kudla denn auch aus gänzlich anderen Gründen, etwa „in Betracht von Forderungen, wie z.B. Austritt aus der NATO, zu „sehr radikal“.

[5] Vielleicht diene als Anlass für den Anschlag ja auch Kudlas wenige Tage zuvor via Twitter verbreitete Meinung: „Auf dem Reichstag steht: ›Dem Deutschen Volke‹. Zwischen Staatsbürgerschaft und Zugehörigkeit zu einem Volk besteht Unterschied!“ Am 3.10.2016, zum „Tag der deutschen Einheit“, wiederholten sich die Sachbeschädigungen; diesmal ohne Bekennerschreiben.

DIE ANGST DES WEISSEN MANNES

Professor Rauschers Twitter-Account erregte 2016 viel Aufmerksamkeit

von Kritische Jurist*innen Leipzig

„Manche würden mich als konservativ beschreiben“ - so stellt sich Thomas Rauscher, Professor für Internationales Privatrecht, Rechtsvergleichung und Bürgerliches Recht an der Universität Leipzig in der ersten Familienrechtsvorlesung des zweiten Semesters 2015 vor. In seinen Vorlesungen schimpft er über die Benachteiligung von Vätern und findet auch, dass Männer keinen Nagellack tragen sollten. Was Rauscher als bürgerlich-konservativ verkauft, ist nichts anderes als antifeministischer Sexismus.

Während Rauschers Sexismus vor allem unter Jura-Studierenden schon lange ein Thema ist, traten seine völkisch-rassistischen Haltungen erst durch die Entdeckung seines TWITTER-Accounts klar ans Licht. Den hatte Rauscher einst angelegt, als er 2013 im Wahlkreis Rosenheim für die FDP für den Bundestag kandidierte. Aus der FDP ist er inzwischen ausgetreten, heute sympathisiert er in seinen Tweets mal mit der AfD, mal mit der CSU und auch immer wieder mit rechtspopulistischen Politiker*innen wie Viktor Orbán oder Donald Trump. Seinen TWITTER-Account entdeckte Rauscher im Januar 2015, in der Zeit der größten PEGIDA-Demonstrationen, wieder. Massiv tweetet er seit Herbst 2015 und hat in den letzten Monaten eine große Zahl neuer Follower für sich gewinnen können.

Der TWITTER-Account strotzt vor Aussagen wie „Je suis Pegida“ oder „die Angst des weißen Mannes sollte wehrhaft werden“. Hier zeigt sich eine Vielzahl von Diskriminierungsmustern. Zum einen baut sich Rauscher eine starke ethnisch-kulturelle Identität auf, die maßgeblich auf seiner Hautfarbe basiert und dementsprechend Andere als minderwertig betrachtet. Vielmehr zeigt sich, dass Rauscher die Notwendigkeit einer weißen Kultur sieht, die sich gegen andere zur Wehr zu setzen hat. Liest man dann in einem anderen Tweet (11. Januar 2016), dass „Europa den Europäern, Afrika den Afrikanern [und] Arabien den Arabern“ zustehe, so ist außerdem ein Hang zum Ethnopluralismus erkennbar. Nach Vorstellung von Ethnopluralist_innen ist es schön und gut, dass verschiedene Kulturen, wel-

chen ganz nebenbei noch bestimmte Stereotypen zugeschrieben werden, existieren und auch ausgelebt werden können, nur bitte bloß nicht in dem eigenen Kulturkreis. Nur sollen sich diese Kulturen, die als homogen angenommen werden („Kulturkreise“), nicht vermischen. So argumentiert Rauscher auch mit einer Zerstörung der eigenen Kultur, die durch den Islam vertrieben werde („Es gibt keinen friedlichen Islam.“). Zeitgleich weist er, in ethnopluralistischer Tradition, Menschen aus anderen geographischen Räumen eben diese Räume zu. Damit hetzt Rauscher nicht nur gegen Geflüchtete, sondern auch gegen alle anderen Men-



schen, die nicht in sein kulturelles Bild weißer Menschen passen. Vorausgesetzt, diese kommen aus Europa.

Auch feministischen Einflüssen auf die Gesellschaft erklärt er den Krieg. In vornehmlich neurechtem Sprech hetzt er gegen „Gender-Wahn“ und feministische Strukturen. Präsentiert wird das aus einer Perspektive, die sich erneut bürgerlich-konservativ geben will. Hinzu kommt ein starkes Misstrauen gegen „die Medien“, die vielfach seine rassistischen Einstellungen nicht teilen: „Das ist kein freier Journalismus, sondern reiner Meinungsterror“ tweetete er am 8. Januar 2016 und hetzt gegen „Lügenpresse“ und vermeintliche Sprechverbote. Seine Tweets sind voller Widersprüche. Wütet er im einen Moment noch über den Untergang des christlichen Abendlandes, schimpft er wenig später, die Kirche sei mit ihrer Beschwörung von Nächstenliebe quasi schuld an der „Flüchtlingskrise“.

Immer wieder rückt Rauscher sich selbst und „den weißen Mann“ in eine Opferrolle. In einem Zeit-Interview äußert er: „Ich fühle mich als nicht homose-

xueller weißer Mann über 50 in Deutschland als miss-träulich beäugte Spezies. Und in einer ähnlichen Rolle, wie früher Farbige in den USA sie hatten“^[1]. Er inszeniert sich als Opfer der vermeintlich linken Medien, der „Spachpolizei“ von „Schwul-Gender-Multi-Kulti-Deutschland“ (Tweet vom 12. Juni 2016).

Twitter ist nicht der einzige Kanal, auf dem Rauscher sich derart äußert. Was er in Vorlesungen und Seminaren sagt, ist allerdings subtiler, aber oft nicht weniger rassistisch und sexistisch. Er behauptet aber strickt, seine durch die Meinungsfreiheit geschützten Äußerungen auf Twitter und die dahinterstehende politische Einstellung würden sich nicht auf seine Lehre auswirken. Nach dem Studierende auf Grund von sexistischen Äußerungen schon 2014 angefangen hatten, seine diskriminierenden Aussagen zu protokollieren, äußert er sich im universitären öffentlichen Raum tatsächlich sehr viel vorsichtiger. So hetzte er jedoch im Zuge seines Miami-Seminars (2016) vor amerikanischen Studierenden gegen Flüchtende, welche angeblich in Camps in Marokko geschult würden um in Deutschland glaubhaft zu machen, sie seien aus Syrien, damit sie hier eine bessere Chance auf Asyl hätten. Noch dazu ist Rauscher seit 1994 Auslands- und Erasmusbeauftragter der Jurist_innenfakultät – also Ansprechpartner für ausländische Studierende in Leipzig (ohne jedoch demokratisch durch den Fakultätsrat gewählt worden zu sein). Der Fakultätsrat will das Amt jetzt neu und demokratischer gestalten, was wohl auch zu einer Neubesetzung führen würde. Rauscher hat aber bereits angekündigt, dagegen vorgehen zu wollen.

Rauschers Handeln zeigt, dass Rassismus nicht, wie oft dargestellt, mit Armut oder mangelnder Bildung zu tun hat, sondern auch in den etablierten bürgerlichen Institutionen fest verankert ist. ■

*Die KRITISCHEN JURIST*INNEN sind eine Gruppe von Jurastudent*innen und Referendar*innen, die ihr Studium in einen gesellschaftlichen Rahmen stellen und ihre juristischen Fähigkeiten nutzen um politisch zu arbeiten.*

[1] <http://www.zeit.de/2016/07/rechtspopulismus-universitaet-professor-twitter-pegida>





02 KAPITEL

ALTE UND NEUE RECHTE



Aufmarsch der NPD-Jugendorganisation JN in Leipzig

»OLDSCHOOL SOCIETY«

Gescheiterte Nazi-Terroristen mit Schwerpunkt im Landkreis Leipzig

von Sebastian Lipp

Mitte Mai 2015 sollte das Mobile Einsatzkommando (MEK) der Polizei die OLDSCHOOL SOCIETY (OSS) beobachten und zuschlagen, sobald die Neonazis von einem Treffen in der Kleingartenanlage „Sommerfreude“ bei Borna losziehen, um einen geplanten Anschlag zu begehen. Doch dazu kam es nicht.

[1] Ebenfalls Mitglied der KAMERADSCHAFT AACHENER LAND war der Neonazi Marcus E. Dieser erstach 2010 am Leipziger Hauptbahnhof Kamal K. Siehe Artikel zu rechten Morden in diesem Heft, S. 76

Die Anti-Terror-Spezialeinheit riet von dem geplanten Einsatz ab, weil nicht auszuschließen war, dass ein Zugriff eine Schießerei auslösen könnte, in deren Verlauf es einigen der Rechtsterroristen gelingen könnte, sich abzusetzen, um einen geplanten Sprengstoffanschlag auf eine Geflüchtetenunterkunft zu begehen. Stattdessen griff die Polizei zwei Tage vorher zu. Vier Mitglieder der Führungsebene wurden in U-Haft genommen und müssen sich seit April 2016 wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung am Oberlandesgericht in München verantworten. Zwei der als Führungsebene Angeklagten und viele weitere Mitglieder stammten aus dem Landkreis Leipzig und Sachsen.



Die Struktur der OSS

Bei Facebook unterhielten die Neonazis eine öffentliche Seite mit über 3.000 Likes. Hier wurde offen gegen Asylsuchende, Juden und Antifaschisten gehetzt. Auch die Gewalt-Affinität der Gruppe wurde nicht verschleiert: „Eine Kugel reicht nicht“, hieß es auf einem Logo der OSS. Wer Gefallen daran fand, konnte in eine WhatsApp-Gruppe aufgenommen werden. Bald stieg die Gruppe auf das vermeintlich abhörsichere Telegram um, um einem Zugriff durch staatliche Stellen zu entgehen. Das BKA platzierte jedoch einen verdeckten Ermittler „Rudi“ in der sogenannten „Hauptgruppe“. Daneben gab es den „OSS Geheimrat“, in dem sich die zuletzt aus den vier heute Angeklagten bestehende Füh-

rungsriege der Gruppe koordinierte. Auch hier gelang der Polizei die Überwachung eines großen Teils des Chatverlaufes.

„Präsident“ und Gründer der Gruppe ist der 57-jährige Andreas Thomas H. aus Augsburg. Er war Besitzer im Vorstand des örtlichen NPD-Verbandes. Zum „Vizepräsidenten“ und „Chief of Security“ ernannte er Markus W. Auch der 40-jährige Markus W. war für die NPD tätig, für die er in seinem Geburtsort Düren kandidierte. Darüber hinaus war er Mitglied der militanten, inzwischen verbotenen KAMERADSCHAFT AACHENER LAND (KAL)^[1] und trat später „als Aktivist einer Gruppierung namens KAMERADSCHAFT UND LOYALITÄT (K. u. L.) in Erscheinung. Seine Lebensgefährtin Denise Vanessa G. (24) führte die Gruppe als „Schriftführerin“. Olaf O. (48) aus Bochum sitzt ebenfalls auf der Anklagebank. Nach eigenen Angaben war er „Gauleiter NRW“ der

VEREINIGTE(N) KAMERADSCHAFT DEUTSCHLAND (VKD). Von Olaf O. soll die Idee gewesen sein, Anschläge zu begehen, „um das Ausländern und Salafisten in die Schuhe zu schieben“, um Erregung in der Bevölkerung zu erzeugen. Diskutiert wurden Sprengstoffanschläge auf den Kölner Dom und auf Einkaufszentren. Im „Geheimrat“ unterhielt man sich außerdem darüber, „Antifa-Häuser“ mit Molotow-Cocktails anzugreifen oder Linke mit Baseballschlägern anzugreifen.

Epizentrum: Neue Platekaer Straße

Seit dem Zuzug von Denise Vanessa G. aus Chemnitz unterhielt sie mit Markus W. eine gemeinsame Wohnung in der Neue Platekaer Straße in Borna im Landkreis Leipzig. W. soll für seinen zeitweisen Arbeitgeber Markus D., der mit den Neonazi-Aktivitäten seines Subunternehmers nichts zu tun gehabt haben will, den Sicherheitsdienst in einer Leipziger Asylsuchendenunterkunft geleitet haben. Ebenfalls in der Neue Pla-



Terrorgruppe OSS: Diskutiert wurden Anschläge auf den Kölner Dom, auf Einkaufszentren, „Antifa-Häuser“ und Asylunterkünfte.

tekaer Straße bei den Durchsuchungen gegen die OSS angetroffen wurden Marco K. und sein Mitbewohner Martin Z. mit dessen Freundin Marlen S. aus Freital. Angeblich kein Mitglied sei die ebenfalls in der Neue Platekaer Straße wohnhafte frühere Freundin des „Vizepräsidenten“ Doreen D. gewesen. Außerdem führt eine Liste des BKA Alexandra O. (Chemnitz) und ihren Lebensgefährten Daniel A. (Burgstädt), Falco U. (Werdau), Christian W. (Wurzen), Matthias T. (Wolfen), Christian K. (Werdau), Mirko K. (Leipzig), Anna W. (Chemnitz) und Jeff F. (Aue) als Mitglieder aus Sachsen auf.

Anschlagspläne

Etwa ein Dutzend der Mitglieder traf Mitte November 2014 erstmals in der Kleingartenanlage „Sommerfreude“ nahe Wilms' Wohnort in Borna aufeinander. Die Anklage geht davon aus, dass dort die inhaltliche Ausrichtung der OSS thematisiert wurde: „Erörtert wurde der ›bewaffnete Kampf gegen Salafisten‹, die Herstellung von Sprengstoff, ein ›gewaltsames Vorgehen gegen Asylanten‹ und ›wer bereit wäre, auch in den Knast zu gehen für irgendwelche Taten‹.“ Nach einem Bericht des BKA waren möglicherweise schon damals Aktionen geplant, wofür Teile der Neonazi-Truppe aber zu besoffen gewesen sein dürften. Deshalb wurde ein zweites Treffen vom 8. bis 10. Mai vereinbart - diesmal ohne Alkohol, dafür dunkel gekleidet für eine „Nachtwanderung“. Kurz zuvor besorgten Wilms und Grüneberg am 1. Mai Pyrotechnik mit hoher

Sprengkraft im Ausland. Anschließend rief Markus W. seinen „Präsidenten“ Andreas Thomas H. an und besprach die Verwendung der illegal eingeführten Ware als Sprengsatz. Das Gespräch wurde abgehört: „... hier, so ein Cobra 11, hier, weißt du, hier Dachpappenstifte draufmachen mit Sekundenkleber ringsrum, draufkleben und dann so ein Ding im Asyl ... so ein Ding im Asylcenter, im Asylheim so, weißt du, Fenster eingeschmissen und dann das Ding hinterhergejagt.“ H. dazu: „Tät' mir schon gefallen, wär' schon so nach meinem Geschmack.“ Denise Vanessa G. war während des Telefonats anwesend. Im Hintergrund erklärte sie, dass man aufgrund der Sprengkraft die Zündschnüre verlängern müsse.

Darauf wurden Durchsuchungsbeschlüsse erwirkt und die Gruppe wenige Tage vor dem Treffen am 6. Mai festgenommen, die vier Führungskader wurden in Untersuchungshaft verbracht. Sichergestellt wurden Datenträger, Neonazi-Devotionalien, Nägel, Pyrotechnik und einige Waffen. Der Prozess gegen die mutmaßlichen OSS-Mitglieder vor dem OLG München ist zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht abgeschlossen. ■

Der Text erschien zuerst im ANTIFA INFOBLATT #112 und wurde für LEIPZIGER ZUSTÄNDE angepasst und gekürzt. Der Autor arbeitet als freier Journalist schwerpunktmäßig zu neonazistischen und anderen rechten Umtrieben im südlichen Bayern. Er hat den Gerichtsprozess zur OSS kontinuierlich beobachtet.



NPD - JN - DIE RECHTE: NEONAZIPARTEIEN UND IHR NACHWUCHS

Aktuelle Entwicklung der Neonaziparteien in Leipzig und Umgebung

von Simone Knuspert

Schon vor der Leipziger Kommunalwahl am 25. Mai 2014 stand es nicht gut um den Leipziger NPD-Kreisverband.^[1] Zwei Drittel der rund 80 Mitglieder waren Rentner. Der seit Anfang 2014 amtierende kommissarische Vorsitzende Steffen Lorenz mied die Öffentlichkeit. Einer der zwei damaligen Stadträte war im Jahr 2012 aus der Partei ausgetreten.

Die Kampagnen BÜRGERINITIATIVE GOHLIS SAGT NEIN und LEIPZIG STEHT AUF, mit denen die NPD gegen Religionsfreiheit, das Grundrecht auf Asyl und „Minderheiten-Politik im Rathaus“ kämpfte, drohten zu versanden. Ein für den 11. Mai 2014 geplanter Aufmarsch in Leipzig-Lindenau sorgte für Zwist mit dem Landesvorstand und musste schließlich eine Woche später durch die Jugendorganisation JUNGE NATIONALDEMOKRATEN (JN) durchgeführt werden. Deren Leipzig-Chef Alexander Kurth war seit Anfang 2013 eine treibende Kraft in der Leipziger NPD und sparte nicht an parteiinterner Kritik.

Generationswechsel und Wahldebakel in der NPD

Für den Stadtrat kandidierten 2014 auf den aussichtsreichen Listenplätzen nun überwiegend jüngere Rechte – etwa Kai M. und Karsten B. „die im Jahr 2008 mehrfach vermeintlich linke Jugendliche überfallen hatten. Weiterhin Alexander Kurth, der Adolf Hitler bewundert, über „Todeslisten“ für Journalisten fantasiert und politische Gegner am liebsten im Steinbruch arbeiten lassen würde.^[2] Außerdem der u.a. wegen Körperverletzung, Bedrohung, Diebstahls, Sachbeschädigung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte mehrfach vorbestrafte Hooligan Enrico Böhm, der als einziger NPD-Kandidat ein Stadtratsmandat erlangte.

Die Kandidatur von Alexander Kurth, NPD-Mitglied seit 1998, erwies sich als schlechte Idee. Der 36-Jährige wurde nach mehrjährigen Haftstrafen wegen gemeinschaftlich versuchten schweren Raubes, gefährlicher

Körperverletzung, Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und Betrugs Mitte 2012 auf Bewährung aus der Haft entlassen. Seitdem darf er laut §45 StGB fünf Jahre lang nicht bei öffentlichen Wahlen antreten. Dass er dennoch antrat, machte eine Teilwiederholung der Kommunalwahl nötig, verzögerte den Amsantritt des gesamten Stadtrats und kostete rund 40.000 Euro. Kurth verkündete im Juni 2014, aus der NPD auszutreten, tat dies in Wirklichkeit jedoch erst im Oktober – und begann sogleich mit dem Wiederaufbau des im Jahr 2013 gegründeten und kurz darauf zerfallenen Landesverbands der Partei DIE RECHTE.

Unterdessen stieg Böhm am 11. Juli 2014 zum Vorsitzenden des NPD-Kreisverbands auf. Zum Stellvertreter wurde Axel R. bestimmt, Schatzmeister wurde Reinhard K. Die weiteren Aktivitäten der Partei im Jahr 2014 beschränkten sich auf Infostände im Rahmen des letztendlich erfolglosen Landtagswahlkampfes. Dabei verteilten Alexander Kurth, Enrico Böhm und Maik Scheffler auch CS-Gas an Frauen^[3].

Abschied von Scheffler und Odermannstraße 8

Im September 2014 räumte die Partei ihre im November 2008 eröffnete Kreisgeschäftsstelle in der Odermannstraße 8 (O8). Seitdem fanden einzelne unpolitische Musikveranstaltungen in dem zeitweise als „Odermanns Garten“ vermarkteten Gebäude statt. Eigentümer blieb weiterhin Steven H., Sohn des 2011 verstorbenen NPD-Landtagsabgeordneten Winfried Petzold. Mit der Schließung der „O8“ gingen auch die Aktivitäten der JN in Leipzig und Umgebung zurück. Der letzte große Auftritt war ein Aufmarsch der JN SACHSEN am 4. Oktober 2014 in Döbeln.

Am 31. Oktober 2014 trat der Delitzscher Maik Scheffler als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender zurück. Vor dem Hintergrund eines laufenden Parteiausschlussverfahrens wegen Beleidigung von Mitgliedern des Landesvorstands trat Scheffler im Februar 2015 aus der NPD aus. Nach eigener Aussage

Der Neonazi-Hooligan Enrico Böhm, kurzzeitig Vorsitzender des Leipziger NPD-Kreisverbands, bei einem NPD-Stand in Schönefeld. Inzwischen hat ihn die Partei ausgeschlossen.

[1] vgl. Leipziger Zustände Dezember 2014: NPD-Strategie in Leipzig gescheitert. Zur Entwicklung der Neonazi-Partei in den Jahren 2013/14, S.34f.

[2] vgl. <https://www.inventati.org/leipzig/?p=1670>

[3] vgl. <https://www.chronikle.org/ereignis/npd-verteilt-cs-gas-passantinnen>

[4] vgl. den Artikel zum Szene-Ausstieg von Maik Scheffler in diesem Heft S. 30

[5] <https://linksunten.indymedia.org/en/node/162983>



Neonazi Alexander Kurth (r.) im Gespräch mit David Köckert (l.) und Silvio Rösler (M.)



Kurth als Redner bei einem Aufmarsch von DIE RECHTE, THÜGIDA und der OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND am 6. Juni 2016 in Leipzig.

wird Scheffler seit Herbst 2014 vom Aussteigerprogramm AD ACTA betreut. Obwohl Scheffler weiterhin „nationale Politik“ machen will und sich selbst nicht als Aussteiger aus der Naziszene betrachtet, wird er von einigen Medien und zivilgesellschaftlichen Initiativen als solcher wahrgenommen.^[4]

Auch der vom Jurastudenten und Kameradschaftsführer Manuel Tripp geleitete NPD-KREISVERBAND LANDKREIS LEIPZIG war Anfang 2015 eingeschlafen. Am 20. April 2015, dem Geburtstag Adolf Hitlers, wurde er von der NPD Leipzig geschluckt. Der neue NPD-KREISVERBAND LEIPZIG STADT & LAND wählte gleichzeitig den mutmaßlichen Versicherungsbetrüger Alexander N. zum neuen Schatzmeister.^[5]

Differenzen zwischen Böhm und Kurth

Zur gleichen Zeit veröffentlichten Unbekannte im Internet Inhalte des Mobiltelefons, das Alexander Kurth zuvor geraubt worden war. Darin spotteten Kurth und sein Verbündeter Maik Scheffler über den NPD-Landesverband, die JN SACHSEN sowie über Enrico Böhm. Gute Kontakte hatte Kurth auch zu einem sächsischen Bereitschaftspolizisten und zum lokalen PEGIDA-Ableger LEGIDA, an dessen Aufmärschen auch Böhm und JN-Mitglieder teilnahmen. Zudem versuchte Kurth, NPD-Mitglieder für DIE RECHTE SACHSEN abzuwerben.

Kreisverbandschef Enrico Böhm verstärkte im gleichen Jahr die Zusammenarbeit mit den örtlichen JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN. Gemeinsam initiierte man die Kampagne „#unserLand“. Am 18. Oktober 2015 versuchten etwa 30 Anhänger von NPD und JN die Ankunft eines Busses mit Asylsuchenden am alten Flughafenge-

lände im Stadtteil Mockau zu blockieren. Einen Monat später veröffentlichte die NPD Leipzig angeblich eingesandte Fotos von Ortsschildern, die mit Aufklebern „Refugees not welcome“ versehen waren.

Enrico Böhm vor Gericht

Im gleichen Zeitraum geriet Enrico Böhm, der zu dieser Zeit bereits zusammen mit der ehemaligen Bürgerrechtlerin Angelika Kanitz „Anti-Antifa“-Arbeit betrieb, erneut in die Schlagzeilen. Im August 2015 hatte Böhm in Leipzig einen Radfahrer tätlich angegriffen und wurde daraufhin zeitweise in Untersuchungshaft genommen. Gegen den NPD-Vorsitzenden lief zu dem Zeitpunkt bereits ein Gerichtsverfahren wegen einer ähnlichen Tat:



Austritt und Ausschluss

Am 30. Dezember 2015 trat der Leipziger NPD-Vizevorsitzende Axel R. aus der NPD aus. Anlass dürfte weniger eine Abkehr vom Nationalsozialismus gewesen sein – R. stand hinter der Webseite „Volksberichtshof“, die mit Schlagzeilen wie „Holocaustleugnung ist Menschenrecht!“ auftrat –, sondern vielmehr ein Überfall auf seinen Laden in der Georg-Schumann-Straße.

Im Februar 2016 wurde Enrico Böhm als Kreisvorsitzender abgesetzt und aus der NPD ausgeschlossen. Die JN LEIPZIG trat daraufhin aus dem JN-Landesverband aus,

Teile der Gruppe um Kai M. firmieren seitdem als AG SAXONIA. Die Facebook-Seite der NPD Leipzig wurde in „Wir für Leipzig“ umbenannt. Diese angebliche Bürgerinitiative entfaltet nur im Internet Wirkung, eine angebliche Teilnahme an einer linken Demonstration gegen das Freihandelsabkommen TTIP im September 2016 entpuppte sich als Luftnummer.

Renitente Hetzer auf Tour

Alexander Kurth versuchte seit November 2014 indes, den sächsischen DIE RECHTE-Landesverband, zu dessen Vorsitzenden er im August 2015 gewählt wurde, neu aufzubauen. In Bautzen führte die neonazistische Kleinstpartei dazu im Jahr 2015 drei Aufmärsche durch. In Leipzig hingegen konnte Kurth kaum Anhänger gewinnen. An einem Aufmarsch von DIE RECHTE, THÜGIDA und der OFFENSIVE FÜR DEUTSCHLAND des ehemaligen LEGIDA-Vorsitzenden Silvio Rösler beteiligten sich am 12. Dezember 2015 nur 150 Neonazis, die unter starkem Gegenprotest durch die Südstadt zogen. Im gleichen Jahr schickte der mittlerweile eingeschlafene DIE RECHTE-Landesverband Ausreiseaufforderungen an jüdische Organisationen. Unverändert ist Kurths bundesweite Tätigkeit als Redner auf neonazistischen Veranstaltungen. Mit dem rassistischen Hetzer David Köckert aus Greiz und eigenem Lautsprecherwagen tourt er zudem als WIR LIEBEN SACHSEN/THÜGIDA durch Ostdeutschland. ■

„NICHT ZU VIEL LOSPOLTERN, ALLES IM HINTERGRUND TUN, EIN FUNDAMENT SCHAFFEN“

Der angebliche Ausstieg des langjährigen Delitzscher Neonazis Maik Scheffler

Über Maik Scheffler wurde in den LEIPZIGER ZUSTÄNDEN bereits mehrfach berichtet. So zum Beispiel 2014 anlässlich der Wiederwahl als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender sowie seiner Wahl in den Stadtrat von Delitzsch und in den Kreistag von Nordsachsen.^[1] Mittlerweile ist der langjährige Kameradschaftsführer und Neonazi-Kader nach eigenen Angaben aus der Neonazi-Szene „ausgestiegen“. Mit dem Aussteigerprogramm AD ACTA des Vereins PROJEKT 21 II aus Dresden tourt Scheffler durch sächsische Schulen. So war er z.B. im November 2016 Gast in der nordsächsischen Oberschule Krostitz. Der Umgang mit Aussteiger_innen ist eine komplizierte Angelegenheit. Besonders im Fall von Maik Scheffler, der sich medienwirksam als Aussteiger verkauft, muss die Frage gestellt werden, wie glaubhaft dieser Schritt ist. Interne Mitteilungen von Scheffler, über die im April 2016 auf dem Blog www.inventati.org/leipzig berichtet wurde, lassen daran zumindest zweifeln.

Der 1974 geborene Maik Scheffler aus Delitzsch war von 1997 bis 1999 und von 2008 bis 2015 Mitglied der NPD. Ab der Jahrtausendwende war er Kopf der extrem gewaltbereiten Delitzscher Naziszene. Seine kriminelle Karriere begann 1993 mit einer Verurteilung wegen Körperverletzung und Diebstahl. Im Jahr 1998 wurde er wegen unerlaubten Besitzes einer Schusswaffe verurteilt, kurz darauf wiederum wegen Körperverletzung und u.a. Hausfriedensbruchs – Hintergrund war ein „Hausbesuch“ bei einem Linken. Scheffler gehörte dem sächsischen Ableger der selbsternannten Eliteorganisation HAMMERSKINS an, war im KAMPFBUND DEUTSCHER SOZIALISTEN (KDS) aktiv und betrieb eine Nazikneipe in Bad Dübau. Zusammen mit dem KDS-Mitglied Thomas Gerlach baute er ab 2008 das FREIE NETZ auf, eine militante Neonazistruktur in „Mitteldeutschland“. Schon in dessen Vorläuferorganisation NATIONALER BEOBACHTER DELITZSCH spielte er eine federführende Rolle. Im Jahr 2007 betrieb Maik Scheffler den Versandhandel FRONT-VERSAND, wo er

u.a. T-Shirts mit dem Motiv „Anti Zionist Action Group“^[2] verkaufte sowie Kleidung mit der Aufschrift „In hoc signo vinces“ („In diesem Zeichen werden wir siegen“) vor einem halben Hakenkreuz, das über dem Horizont aufgeht, wofür er 2008 u.a. wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu einer Geldstrafe verurteilt wurde. Nach seinem Wiedereintritt in die NPD wurde Scheffler sogleich als Direktkandidat für die Landtagswahl 2009 nominiert und mit der „Orgaleitung“ des Wahlkampfes betraut. In Delitzsch erwarb er 2009 ein Stadtratsmandat. Im selben Jahr wurde er zum Kreisvorsitzenden der NPD Nordsachsen gewählt, zwei Jahre später außerdem zum stellvertretenden NPD-Landesvorsitzenden. Daneben war er bei der NPD-Fraktion im sächsischen Landtag angestellt. Jahrelang fungierte er zudem als Anmelder, Organisator und Redner bei NPD-Aufmärschen.

Parteiaustritt und LVZ-Interview

Zum 31. Oktober 2014 trat Scheffler vom stellvertretenden Landesvorsitz zurück und aus dem Landesvorstand aus.^[3] Am 27. Januar 2015, trat er aus der NPD aus. Damit kam er einem Ausschluss zuvor, denn gegen ihn lief ein vom Landesvorstand eingeleitetes Ausschlussverfahren wegen parteischädigenden Verhaltens. Man warf ihm vor, Mitglieder des Landesvorstands wiederholt beleidigt und verunglimpft zu haben. Am 30. Januar 2015 rechnete Scheffler in einem Interview der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG mit der extrem rechten Partei ab. Im Interview betonte er, seine „patriotische Einstellung“ zu bewahren, und schließt „eine



LVZ Online berichtet über die neue Tätigkeit Maik Schefflers: „Politische Bildung“.

Läuterung meines Verständnisses von Demokratie und Souveränität“ aus. Hätte es in der sächsischen NPD keinen Streit gegeben, so „würde der heutige Landesvorsitzende höchstwahrscheinlich Maik Scheffler heißen“. Vom „historischen Nationalsozialismus“, Diktaturen und „Herrenrassen“ distanzierte sich Scheffler im Interview. Ähnlich wie Scheffler ist auch dessen langjähriger Gefolgsmann Alexander Kurth im Jahr 2014 aus der NPD ausgetreten – sogar gleich zweimal: Im Juni vorgeblich, um weiteren Imageschaden von der Partei abzuwenden, und im Oktober dann tatsächlich, um einen Landesverband der Neonazi-Partei DIE RECHTE aufzubauen.^[4] Scheffler und Kurth leiteten u.a. die Nazi-Tarnorganisationen LEIPZIG STEHT AUF und BÜRGERINITIATIVE GOHLIS SAGT NEIN, auf deren FACEBOOK-Seiten noch im März 2015 Maik Schefflers Fakeprofil „Jonas Thieme“ als Administrator eingetragen war. Schefflers braunes Treiben zeigt sich auch durch im Juni 2015 im Internet veröffentlichtes Datenmaterial von Alexander Kurths Smartphone.^[5] In mehreren Gesprächen spotteten beide über die NPD. Dabei ging es Scheffler und Kurth jedoch nicht um die menschenfeindliche Politik dieser Partei, sondern um persönliche Differenzen mit als inkompetent empfundenen Funktionären.



Maik Scheffler (links) und Thomas Gerlach (im Vordergrund) beim „European Hammerfest 2007“ in Mailand, dem Europatreffen der „Elite“-Neonazionorganisation HAMMERSKINS.



Maik Scheffler als stellvertretender NPD-Landesvorsitzender bei einer Kundgebung 2012 in Bautzen.



Maik Scheffler erklärt der Schweizer Tagesschau, warum es wichtig ist, in Schulklassen gegen die NPD zu sensibilisieren.

Strategie bis zur Kommunalwahl 2019

Anfang 2015 gab Scheffler an, aufgrund seiner Vollzeitstätigkeit bei „Medientarife“ fortan keine Zeit für Rednertermine auf Demonstrationen zu haben. Für geschlossene Saalveranstaltungen bei „anständigen Kameraden“ sei er aber zu haben – offenbar geht es ihm nicht um den Zeitaufwand, sondern um sein Bild in der Öffentlichkeit. Am 28. Januar 2015 fragte Alexander Kurth, ob Scheffler sich nach seinem Austritt aus der NPD wieder ein normales FACEBOOK-Profil zulegen wolle. Scheffler entgegnete, wie er Geschäftspartner und die Öffentlichkeit zukünftig zu täuschen gedenkt: „Ich hab erstmal eins für ausschließlich politikfreie, damit ich fürs Geschäft Freunde aus der Umgebung finde. Ansonsten hab ich [mein Fakeprofil] Jonas fürs Politische.“

Nach dem LVZ-Interview sagte Scheffler zu Kurth, er sei „ja kein Aussteiger“, sondern habe „einfach nur mit dieser Partei gebrochen“. Auch schildert er seine Zukunftspläne bis zur Kommunalwahl 2019: „Gerade in Delitzsch bin ich ja so anerkannt als nationaler Politiker. [...] Deshalb überlege ich, dass ich erstmal für mich kommunal eine Bürgerinitiative gründe [...] das Ganze auf einer konservativen Ebene, in Vorbereitung alles auf 2019. [...] Und dann kann man 2019 mit richtig guter nationaler Politik auch wieder angreifen.“ Woraus die breite personelle Basis besteht, auf die er in seiner Bürgerinitiative zurückgreifen möchte, verrät Scheffler auch: „Ich hab eine Liste von vielen Leuten, die sich auch während meiner ganzen NPD-Zeit

immer bei mir gemeldet haben und alles gut fanden, bloß sich nicht öffentlich zur NPD bekennen konnten.“ Seine Devise: „Nicht zu viel lospoltern, alles im Hintergrund tun, ein Fundament schaffen.“

Bürgerbündnis Delitzsch als neue politische Heimat

Seinen Plan setzte Scheffler noch 2015 um: Sein „Bürgerbündnis Delitzsch“ trat im September 2015 anlässlich eines Totschlags in einer Asylunterkunft an die Öffentlichkeit. In der Selbstbeschreibung besteht es aus einem „NPD-Aussteiger [...], Ausländer [...], Linkem [...] und unpolitischem Unternehmer [...]“. Damit betrachtet sich die Gruppe als „die tatsächliche Mitte der Gesellschaft“. Das „Bürgerbündnis“ stellte zwar fest, dass Gewalt in einer Massenunterkunft kein „ausländerspezifisches Phänomen“ ist. Gleichzeitig warf man anderen vor, „unter Zuhilfenahme der Meinungspolizei auf jeden kritischen Aufschrei mit Verbalknüpfeln, wie ‚Pack‘, ‚Rassist‘, ‚Nazi‘ usw.“ einzuschlagen.

Für Scheffler bietet sein angeblicher Ausstieg nur Vorteile: Er hat mit der NPD, in der er mit seiner Strategie des Bindeglieds zwischen Partei und „Freien Kräften“ gescheitert war, abgerechnet und kam einem Parteiausschluss nebst öffentlicher Schlammschlacht zuvor. Zudem hat er Ruhe vor antifaschistischen Aktionen und kritischer Presseberichterstattung und erhält möglicherweise Geld für seine „Aussteiger“-Vorträge, die er seit min-

destens Februar 2016 u.a. an Schulen hält. Dass Scheffler, wie im Februar 2016 behauptet, „vor eineinhalb Jahren den Ausstieg geschafft“ habe, ist schon rechnerisch eine Lüge. Bis man einen Ausstieg „schafft“, vergehen Jahre. Vieles deutet darauf hin, dass Maik Scheffler, genau wie er es Anfang 2015 geplant hatte, die Öffentlichkeit und das Aussteigerprogramm AD ACTA, das ihn angeblich seit Herbst 2014 betreut, hinters Licht führt. Beweise für einen Sinneswandel bleibt er schuldig. Es ist beschämend, dass Medien, Öffentlichkeit und Schefflers neue Mitstreiter seinen Parteiaustritt mit einem Ausstieg aus der Naziszene verwechseln. ■

Der Text wurde in gekürzter und leicht veränderter Fassung übernommen von www.inventati.org/leipzig

- [1] Vgl. Leipziger Zustände (Dezember 2014): Verluste für die NPD im Leipziger Umland, S.36 sowie Nordsächsische Zustände (Dezember 2012): Neonazistrukturen in Nordsachsen, S. 9-11
- [2] „Antizionistische [antijüdische] Aktionsgruppe“
- [3] Wenige Wochen zuvor hatte die NPD bei der Landtagswahl am 31. August 2014 den Wiedereinzug in das Parlament mit 4,9 Prozent knapp verpasst.
- [4] Vgl. Leipziger Zustände (Dezember 2014): NPD-Strategie in Leipzig gescheitert, S. 34
- [5] Die im Folgenden zitierten Screenshots und Sprachnachrichten von Scheffler an Kurth sind im Originalartikel eingebunden bzw. verlinkt.



MEHR SCHEIN ALS SEIN

Anhänger der IDENTITÄREN BEWEGUNG
bei LEGIDA am 15. Juni 2016

Die IDENTITÄRE BEWEGUNG in Leipzig

von Kim Richter

Mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen wie dem Posieren auf dem Brandenburger Tor am 27. August 2016 hat die IDENTITÄRE BEWEGUNG in Deutschland eine Aufmerksamkeit erregt, die ihre wahre Bedeutung übertrifft.

Zwischen NPD und Burschenschaften

Eine erste IDENTITÄRE BEWEGUNG LEIPZIG gründete sich im November 2013. Mitglieder bewarben die NPD-Kampagne BÜRGER-INITIATIVE GOHLIS SAGT NEIN und besuchten am 3. Februar 2014 die NPD-Kundgebung „Leipzig steht auf“ gegen eine Asylunterkunft in Leipzig-Schönefeld. Eine Woche später lud die Gruppe zu einer „Vorstellungsrunde“ mit der Leipziger BURSCHENSCHAFT GERMANIA ein. An dem Treffen nahm neben einigen Burschenschaf-tern auch der Neonazi Alexander Kurth teil. Nach der Teilnahme an einem Identitären-Aufmarsch im Mai 2014 in Wien schwelgte die Leipziger „Ortsgruppe“ in Allmachtsfantasien („Europa wird identitär“), erreichte selbst aber weder Zulauf noch öffentliche Resonanz. Noch im selben Jahr verschwand die knapp zehn Personen starke Gruppe von der Bildfläche.

Zwischen Freies Netz und Kampfsport

Ebenfalls 2014 rief der Neonazi Tony Gerber die IDENTITÄRE BEWEGUNG SACHSEN ins

Leben. Neben einem Video-Blog strebt Gerber, einst Kader des FREIEN NETZ ZWICKAU, eine Vernetzung der derzeit fünf „Ortsgruppen“ in Bautzen, Dresden, Leipzig, Zwickau und dem Erzgebirge an. Die IDENTITÄRE BEWEGUNG SACHSEN organisiert Kampfsportschulungen und hängt Transparente an Brücken auf. Mit dem Verkleben von Stickern in Leipzig trat das „identitäre Projekt“ ELSTERFUNKEN im November 2015 an die Öffentlichkeit. Anfang 2016 folgte ein Video, in dem 20 maskierte Personen mit drei Transparenten und einer Fahne posieren und u.a. „Stop Immigration“ fordern. Webseite und Video verschwanden kurz darauf aus dem Internet.

Zwischen AfD und völkischem Publizismus

Die neueste Leipziger Identitären-Generation fokussiert sich ebenso stark auf digitale Medien. So inszenierte sie im Sommer 2016 das Aufhängen von Transparenten und das Verteilen von Wurfschnipseln, die eine „Remigration“ fordern – de facto also die Ausreise aller Menschen mit Migrationshintergrund. Einer ihrer Akteure produziert seit September 2016 einen Video-Podcast – zusammen mit einem Kader der Kameradschaft KONTRAKULTUR HALLE.

Zu KONTRAKULTUR HALLE, einem Identitären-Ableger aus Halle/Saale, zählen auch der Neonazikader Dorian S., der gewalttä-

tige Neonazi Mario M. sowie mehrere Mitglieder der rechten HALLE-LEOBENER BURSCHENSCHAFT GERMANIA. Die Gruppe hat beste Kontakte zur ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND und zum Netzwerk EIN PROZENT um den COMPACT-Chefredakteur Jürgen Elsässer, den rechten Burschenschafter Philip Stein und den völkischen Publizisten Götz Kubitschek.

Von einer „Bewegung“ kann hierzulande keine Rede sein, eher von einzelnen Kadern, die unentwegt versuchen, durch die Kombination von rechter Ideologie und pseudo-gebildetem Hipster-Habitus neue Anhänger*innen zu finden. ■

HINTERGRUND

Die IDENTITÄRE BEWEGUNG kommt ursprünglich aus Frankreich und ist seit 2012 auch in Deutschland vertreten. Ihre Ideologie begründet sich dabei im Ethnopluralismus. Diese kulturrassistische Argumentation geht davon aus, dass es unterscheidbare und homogene Kulturkreise gäbe, die durch Migration bedroht seien. Die IDENTITÄRE BEWEGUNG tritt betont jugendlich und popkulturell auf, ihre rassistischen und islamfeindlichen Positionen werden dabei aktionistisch verpackt. Sie treten außerdem besonders im Internet in Erscheinung.



ZWISCHEN BÜRGERLICHEM KONSERVATIVISMUS UND VÖLKISCHEM NATIONALISMUS

Die AfD im Spannungsverhältnis zwischen parlamentarischer Bürgernähe und außerparlamentarischer Nähe zur radikalen Rechten

von Sarah Ulrich

Die ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD) hat es geschafft. Mit Ergebnissen zwischen 12,6% und 24,3% konnte sie 2016 Wahlerfolge feiern, die den rasanten Aufschwung der letzten Jahre seit ihrer Gründung 2013 noch überstiegen. Damit ist sie in zehn Landesparlamenten vertreten und nähert sich Ergebnissen an, die sonst nur die etablierten Volksparteien SPD und CDU erreichen. Auch bei den Wahlen in Sachsen 2014 erreichte sie 9,7% und ist damit viertstärkste Partei, in Leipzig immerhin fünfstärkste mit 6,4%. Immer wieder wird diskutiert, ob die AfD das Auffangbecken für rechte „Wutbürger_innen“ sei, die PEGIDA-Partei. Die neue Partei am rechten Rand also? Ganz so einfach ist es nicht, wie eine Analyse der Parteiaktivitäten in Leipzig und Umland zeigt.

Bürgerlich im Stadtrat...

Vier Männer sollen die AfD in Leipzig repräsentieren. Holger Hentschel, Christian Kriegel, Jörg Kühne und Tobias Keller. Sie geben sich bürgernah, die Themen, die die Parteivertreter in den Stadtrat tragen, sind lokalpolitisch angepasst. Es geht um Verkehr, Sportfeste, Landwirtschaft oder Schulen. Immer wieder suchen sie dabei den „Bürgerdialog“. Nichtsdestotrotz bringen sie auch bei harmlosen Themen immer wieder rassistische Ressentiments als vermeintliche Argumentationsgrundlage an. So zum Beispiel, als die Fraktion eine Ausstellung im ehemaligen Stasi-Gefängnis und heutigen Museum der Runden Ecke verhindern will. Diese Wanderausstellung mit dem Namen „Muslime in Deutschland“ passe nicht zu dem „historisch geprägten Alleinstellungsmerkmal“ des „89er Symbols“^[1]. Auf der Startseite der Fraktionshomepage ist dann auch folgerichtig zu lesen „Bildung erhalten – Schulen sind keine Asylheime“. Bekannte Muster des antimuslimischen

Rassismus, bei denen Muslim_a als die ‚Anderen‘ konstruiert werden. Doch auch wenn sich immer wieder menschenverachtende Muster im Programm der Leipziger AfD finden lassen, die Fraktion wirkt bürgerlich, die Themen organisationspolitisch.

...rechtspopulistisch auf der Straße.

Doch was im Rathaus nicht gesagt wird, findet im außerparlamentarischen Kontext umso mehr Ausdruck. Immer wieder erscheinen AfD-Mitglieder auf Veranstaltungen rechter Akteure. So zum Beispiel Cati Bundesmann aus Borna. Das Mitglied der Jugendorganisation der AfD (JUNGE ALTERNATIVE) hielt Ende August bei einer Demonstration gegen die Absetzung eines Pegida-nahen Friedensrichters vor dem Amtsgericht Pirna eine Rede, die von Pegida-Anhängern hochgelobt wurde. Hierin spricht sie davon, dass man „unsere illegalen Einwanderer“ mittlerweile als „Neuankömmlinge“ oder „Fachkräfte“ bezeichne^[2]. Diese vermeintliche Sprachkritik wird in rechten Kreisen immer wieder gerne als Anti-Einwanderungs-Argument angeführt. Organisiert wurde die Demonstration von der HEIDENAUER WELLENLÄNGE^[3], einer neuen Bewegung, die stark an die IDENTITÄRE BEWEGUNG erinnert^[4].

Offiziell hat sich die AfD für eine strikte Abgrenzung gegenüber den Identitären ausgesprochen. Das vermehrte Auftauchen des Lambdas, des Symbols der Bewegung, auf AfD-Demonstrationen und die engen personellen Verbindungen insbesondere innerhalb des AfD-Netzwerkes PATRIOTISCHE PLATTFORM und der JUNGEN ALTERNATIVE sprechen jedoch eine andere Sprache. Julien Wiesemann aus dem sächsischen Meißen, der Landesvorsitzende der JA und Schrift-

[1] Pressemitteilung AfD-Fraktion Leipzig vom 25.08.2016

[2] vgl. youtube-Kanal „Pegida in Dresden“

[3] vgl. <http://www.sz-online.de/sachsen/bewegung-am-rechten-rand-3484754.html>

[4] vgl. Text „Mehr Schein als Sein“ in diesem Heft, S. 32



Kundgebung der AfD am 18. November 2015 in Leipzig

[5] vgl. Text „Zwei Jahre Legida“ in diesem Heft auf S. 6

[6] <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2016-08/rechtsextremismus-identitaere-bewegung-bundesamt-fuer-verfassungsschutz-geheimdienst>

[7] <http://www.derwesten.de/politik/vier-anschlaege-auf-afd-politiker-in-leipzig-in-einer-nacht-id12134624.html>

[8] <http://jule.linxxnet.de/index.php/2016/08/sonderlager-fuer-gefluechtete-ohne-pass/>

[9] vgl. Blogeintrag „Wir sind identitär“, Patriotische Plattform 19.06.2016

fürher der AfD SACHSEN beispielsweise, arbeitet immer wieder mit den Identitären zusammen. Auch Hans Thomas-Tillschneider, Vorsitzender der PATRIOTISCHEN PLATTFORM, bekannte sich offen zu ihnen. Tillschneider, der für die AfD in Sachsen-Anhalt im Landtag sitzt, sagte auch, er sehe sich als Berater der Leipziger LEGIDA zu Fragen rund um den Islam^[5].

Von guten Freunden und völkischem Nationalismus

In diesem Spannungsfeld zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Aktivitäten bewegt sich der AfD-Abgeordnete nicht alleine. Zahlreiche AfD-Politiker pflegen enge Kontakte zu Burschenschaften und Vordenkern der Neuen Rechten. So auch der Leipziger Gesamtkoordinator Roman Topp, Landessprecher der JUNGEN ALTERNATIVE und Burschenschaftler bei der pflichtschlagenden ARMINIA. Diese verkehrt in neurechten Kreisen, wie den Herausgebern der Zeitschrift BLAUE NARZISSE oder auch mit NPD-nahen Politikern wie Gerd F., der für die Partei mehrere Jahre im Kreistag des Landkreises Leipzig saß. Auch Felix Koschkar, ehemals Vorstandsmitglied der JUNGEN ALTERNATIVE und häufig Teilnehmer bei LEGIDA, ist Mitglied der BURSCHENSCHAFT ARMINIA und wohnt sogar im Leipziger Verbindungshaus. Mitglieder der JUNGEN ALTERNATIVE berichten von zahlreichen Werbeversuchen Koschkas für die IDENTITÄRE BEWEGUNG^[6].

Und auch der Leipziger Uwe Wurlitzer, sächsischer Generalsekretär, parlamentarischer Geschäftsführer und stellvertretender Fraktionsvorsitzender der AfD im sächsischen Landtag, steht ganz im Zeichen der Ambivalenz zwischen bürgerlichem Konservatismus und klassisch rechten Argumentationsmustern. Zum einen lehnte er jegliche Zusammenarbeit mit PEGIDA ab, da man Probleme mit den Organisatoren und Gründern der neuen PEGIDA-Partei habe. Auf der anderen Seite stehen seine Aussagen denen Pegidas kaum nach. So forderte Wurlitzer unter anderem, man müsse die „linksversifftete Politik im Freistaat abschaffen“^[7]. Erst im August 2016 erklärte er, seine Fraktion fordere die „separate Kasernierung sämtlicher Asylbewerber mit unklarer Identität.“^[8]. Geflüchtete ohne Pass sollen zur „Gefahrenabwehr und Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ in Lager gesteckt werden. Eine Kriminalisierung von Menschen, wie sie im rassistischen Diskurs häufig geschieht.

Eine Basis für solche Äußerungen bietet insbesondere die PATRIOTISCHE PLATTFORM, die 2013 als eine Organisation des völkisch-nationalistischen AfD-Flügels in Leipzig gegründet wurde. Bereits die Gründungserklärung richtet sich explizit gegen „massenhafte Einwanderung“ und die „Herausbildung einer multikulturellen Gesellschaft“. Unverblümt bekennt man sich zur IDENTITÄREN BEWEGUNG, bestätigt sogar personelle Verbindungen zwischen dieser und der AfD. Die

Mittel der Identitären seien „außerparlamentarisch, aber nicht weniger wirksam“^[9]. Zu einem Großteil rekrutiert sich die Plattform aus sächsischen Mitgliedern, wie dem Vorsitzenden Tillschneider oder auch Koschkar. Und auch in den sozialen Medien sind die rechten Kräfte der AfD aktiv. Auf der Facebook-Seite der Ortsgruppe Eilenburg ist immer wieder von „Asylbetrüger“ oder der „Lügenpresse“ zu lesen. Dabei bedient sich Seiten-Administrator Thomas Illig fortwährend an Nazi-Jargons. So auch, wenn es heißt, die Nation müsse ihr „DEUTSCH SEIN“ bewahren oder dass „Millionen Deutscher Kinder können nicht in den Urlaub fahren, während wir Millionen Asylbetrüger vom feinsten durchfüttern müssen!“^[10].

Einen Skandal lösten AfD-Mitglieder beim Schönauer Parkfest in Grünau im August 2016 aus, als sie mit einem Wahlkampfauto vorfuhr, das das Kennzeichen L-AH 1818 trug. Auch wenn sie sich nachträglich davon distanzieren, „AH“ sowie „18“ sind beides neonazistische Szenecodes, die auf die Initialen Adolf Hitlers verweisen.

Das bürgerliche Gesicht wahren

Für Parteichefin Frauke Petry sind die Liebäugeleien ihrer Parteikollegen mit der radikalen Rechten ein Dorn im Auge. Die Gründerin und ehemalige Geschäftsführerin der Leipziger Firma PURINVENT ist Mitglied des Sächsischen Landtages und soll in der Leipziger Südvorstadt wohnen. Petry will das konservativ-bürgerliche Antlitz der Partei wahren und sich vor allem auf die parlamentarische Arbeit konzentrieren. Auf der AfD-Ländertelefonkonferenz hat sie sich für

einen Unvereinbarkeitsbeschluss mit der IDENTITÄREN BEWEGUNG ausgesprochen. Außerdem bezeichnete sie in einem Beschwerdebrief an die Fraktion im sächsischen Landtag die Tatsache, dass Hans-Thomas Tillschneider bei einer PEGIDA-Demonstration spricht, als „bewussten Affront“^[11].

Die Alternative für Deutschland ist eine Partei, die aufgrund ihrer uneinheitlichen Struktur kaum eindeutig klassifiziert werden kann. Klar ist aber, dass sie bei Weitem nicht lediglich die eurokritische, demokratische Partei ist, als die sie sich gerne inszeniert. Als Melange aus konservativen bis rechtsradikalen Kräften in verschiedenen Flügeln, forciert sie, ob parlamentarisch oder außerparlamentarisch, die Diskursverschiebung nach rechts und bildet ein Sammelbecken für Ideologien, die sich zwischen Konservatismus, Rechtspopulismus und Rassismus bewegen. ■

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Leipzig. Ihre Schwerpunkte sind soziale Bewegungen, Rassismus und die radikale Rechte.

[10] <http://www.fr-online.de/kolumnen/afd-rechts-rechter---afd-eilenburg,29976192,34464096.html>

[11] https://twitter.com/JustusBender/status/731123818383691776/photo/1?ref_src=twsrc%5Etfw



photo: screentool/facebook

Autos mit dem Logo der AfD und auffälligen Kennzeichen. L-AH 1818 (oben); „AH“ sowie „18“ sind neonazistische Szenecodes, die auf die Initialen Adolf Hitlers verweisen. Von 1933 bis 1945 (vgl. rechts) mordeten die Nationalsozialisten in Deutschland und Europa. Und seit 2015 marschiert LEGIDA durch Leipzig.

Okay. Die #AfD Leipzig verkauft ein Auto. Kennzeichen: L(e)G(i)D(a) & die Zahlen 33 und 45 :)

[suchen.mobile.de/auto-inserat/m ...](https://suchen.mobile.de/auto-inserat/m...)

Mercedes-Benz E 200 T TÜV 11/15, Fahrersitz L.O.

1.590 EUR

Kilometer: 264.000 km
 Motor: 1999 cm³ (136 PS)
 Schaltgetriebe

AUSSTATTUNG
 ABS, Zentralverriegelung, Metall, Teleskoplenker, Leichtmetallfelgen, Anhängerkupplung, Elektr. Fensterheber, Einz. Parkbremse, Lichtmaschine, Servolenkung, Elektr. Wegfahrsperre, Totpunktassistent

ANBIETER
 Privatbesitzer
 04109 Leipzig
 0174 9999999

screentool/twitter.com

WER WÄHLT DIE AFD – RELOADED

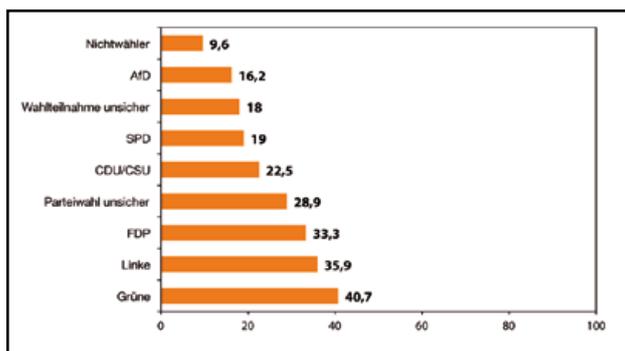
Soziale Merkmale und politische Einstellungen 2016

von Johannes Kiess

In der vorigen Ausgabe der LEIPZIGER ZUSTÄNDE hat der Autor auf Basis der Erhebungen aus dem Frühjahr 2014 die damalige Wähler_innenschaft der AfD beschrieben. Wie hat sich diese seitdem entwickelt?

In der Vergangenheit konnten rechtsextreme und rechtspopulistische Parteien – ob neu gegründet oder mit langjähriger Tradition – keine nennenswerten Wahlerfolge auf der Bundesebene erzielen, obwohl das rechtsextreme Einstellungspotential, wie es die Leipziger „Mitte“-Studien seit Jahren ausweisen, kontinuierlich vorhanden war. Die Wählerinnen und Wähler mit rechtsextremer Einstellung waren stattdessen über Jahre vor allem an SPD und CDU gebunden. Auf Grundlage der Erhebung 2014 hatten wir AfD- und NPD-Anhängerinnen verglichen, um einerseits Unterschiede zwischen den Parteien bzw. ihren jeweiligen Anhängerschaften herauszuarbeiten und andererseits die Erfolgsbedingungen der neuen Partei zu analysieren.^[1] Die Wahlerfolge der AfD, so das damalige Ergebnis, sind auf eine ganze Reihe von Gründen zurückzuführen: Auf der einen Seite konnte die AfD ein Angebot für bestimmte Wählende schaffen, indem sie in relativ kurzer Zeit und auf die Eurokrise reagierend eine funktionierende Organisation aufbaute. In der Debatte um Geflüchtete fand sie ein neues Thema, welches als Katalysator wirkte. Außerdem verfügt sie, so die Einschätzung nach der Bundestagswahl 2013, sowohl über fähiges Spitzenpersonal als auch finanzkräftige Geldgeber.

Auf der anderen Seite liegt ihr Erfolg darin begründet,



Grafik 1: Anteil Abitur nach Parteipräferenz (in %)

dass sie Milieus ansprechen konnte, die zwar antidemokratisch und/oder menschenfeindlich eingestellt sind, die bisher aber demokratische Parteien wählten. Für diese – sich selbst der „Mitte“ zurechnenden – Milieus ist die NPD als offen rechtsextreme Partei nicht wählbar gewesen. Damit war also schon länger (und vor der „Flüchtlingskrise“) klar, dass die AfD vor allem eine Konkurrenz für die „etablierten“ Parteien sein würde, weniger für die NPD. Dies lässt sich, neben fehlenden „wählbaren“ Angeboten am rechten Rand, unter anderem mit der bisherigen Bindekraft der großen Parteien erklären. Sie konnten lange Zeit mit anderen relevanten Themen (z.B. Wirtschaftskompetenz) Legitimation gewinnen und – als große Parteien – die autoritäre Orientierung durch Größe, Macht und Konventionalismus bedienen.

Entlang der grundsätzlichen Unterscheidung zwischen Einstellungs- und Handlungsebene in der Rechtsextremismusforschung lässt sich feststellen, dass bisher viele Personen rechtsextrem eingestellt waren, aber nicht entsprechend handelten. Das hat sich nun geändert.

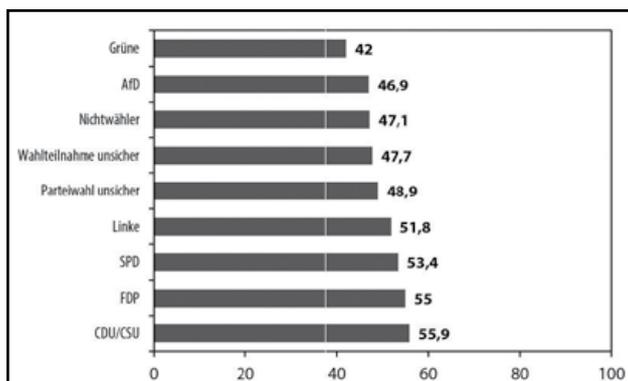
Im Folgenden stellt der Beitrag zunächst einige soziodemografische Merkmale und dann einige Einstellungsmerkmale der potenziellen AfD-Wählenden vor. Die anderen Parteien und die Nichtwählenden dienen dabei als Vergleichsgruppen. Der Beitrag beruht auf unseren Auswertungen in der im Juni 2016 erschienen Studie.^[2] Grundlage der folgenden Darstellung ist die „Sonntagsfrage“, die in der aktuellen Erhebung gestellt worden ist: „Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahlen wären, würden Sie wählen gehen und wenn ja, welche Partei bekäme Ihre Stimme?“ Damit werden auch diejenigen erfasst, die unentschlossen sind, ob sie überhaupt wählen gehen („Wahlteilnahme unsicher“) und jene, die zwar wählen gehen wollen, aber noch nicht wissen, welche Partei („Parteiwahl unsicher“).

Die AfD eine Partei der Mitte?

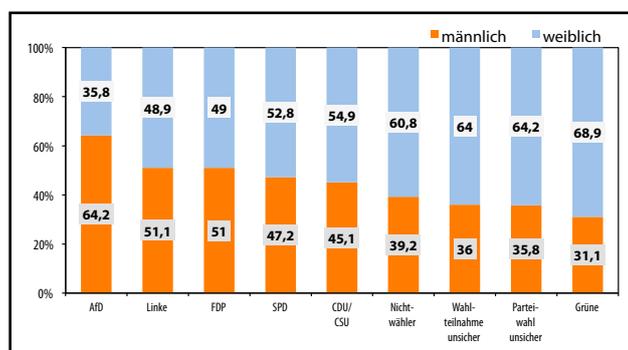
Politisch steht die AfD weit rechts. Sie gibt sich aber, wie viele „moderne“ rechtspopulistische Parteien in Europa, einen „bürgerlichen“ Anstrich. Das heißt, sie versucht seriös aufzutreten, sieht sich auch deshalb immer wieder gezwungen, sich von allzu extremen Po-

sitionen in den eigenen Reihen zu distanzieren, und reklamiert die Repräsentation zumindest eines Teils der Mitte der Gesellschaft für sich. Welche sozialen Milieus vertritt die AfD aber tatsächlich?

Im Jahr 2014 lag der Anteil der AfD-Wählenden mit Abitur noch bei 21,2% und dieser ist 2016 auf 16,2% gesunken (vgl. Grafik 1). Den höchsten Anteil an Wählenden mit Abitur haben die Grünen (40,7%), gefolgt von der Linken (35,9%) und der FDP (33,3%). Auch unter denen, die zwar zur Wahl gehen wollen, aber noch unentschieden sind, haben 28,9% als Bildungsabschluss mindestens das Abitur. Bei denen, die noch nicht



Grafik 2: Parteipräferenz und Durchschnittsalter



Grafik 3: Parteipräferenz nach Geschlecht (in %)

CDU/CSU	SPD	FDP	Grüne	Linke	Nichtwähler	Wahlteilnahme unklar	AFD	Unentschieden
11,3	15,1	-	3,8	2,8	26,4	0,9	34,9	4,7

Tabelle 1: Was wählen Rechtsextreme? (Gesamtdeutschland, in %) (Grenzwert > 63 (N = 106))

wissen, ob sie wählen gehen wollen, sind es mit 18% weit weniger. Von den Nichtwählenden haben nicht einmal 10% das Abitur abgelegt – die Entscheidung, wählen zu gehen, hängt offenbar stark vom Bildungsgrad ab. Und auch die AfD-Wählenden weisen einen deutlich unterdurchschnittlichen Bildungsgrad auf.

Das Alter der Wählenden ist im Durchschnitt bei den Unionsparteien am höchsten. Es folgen FDP, SPD und die Linke, während die Grünen die jüngste Anhängerenschaft haben (Grafik 2). Die AfD-Wählenden sowie die Nichtwählenden sind ebenfalls relativ jung. Im Vergleich zu 2014 beobachten wir nur bei den AfD-Wählenden eine deutliche Veränderung: das Durchschnittsalter ist von 50,6 (2014) auf 46,9 Jahre (2016) auffällig gesunken. Auch beim Geschlecht zeigen sich deutliche Unterschiede in Bezug auf die Parteipräferenz (Grafik 3). Die AfD erfährt von Männern deutlich höheren Zuspruch als von Frauen, 64,2% der potenziellen AfD-Wähler sind männlich (2014: 65,4%, vgl. Grafik 2). Bei den Grünen, den Nichtwählenden und den Unentschiedenen überwiegt jeweils der Frauenanteil deutlich. Bei den übrigen Parteien ist das Verhältnis relativ ausgewogen. Schließlich gehören die AfD-Wählenden insgesamt eher nicht zu den Besserverdienenden, 2014 wiesen sie durchschnittlich noch ein höheres Einkommen auf.

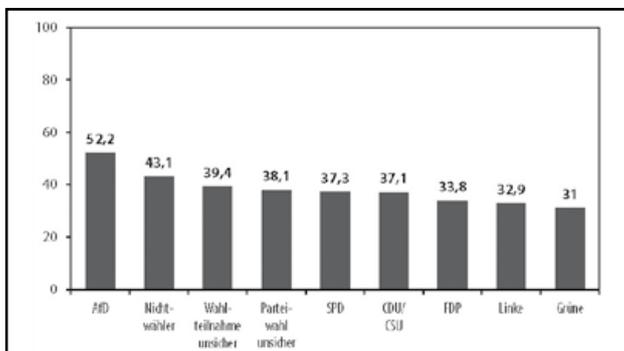
Die AfD-Wählenden sind nach rechts gerutscht

Wie sieht es nun auf der Einstellungsebene aus? Für Grafik 4 wurde der Wert der Zustimmung über alle 18 Aussagen des in den Leipziger „Mitte“-Studien eingesetzten Fragebogens zu rechtsextremen Einstellungen zusammengefasst (pro Frage 1 bis 5, Maximalwert 90, Minimalwert 18). Die Zustimmung über alle Aussagen hinweg ist bei den AfD-Wählenden mit einem Wert von 52,2 mit Abstand am höchsten. Durchgehend über alle Dimensionen (Befürwortung einer rechtsautoritären Diktatur, Chauvinismus, Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Verharmlosung

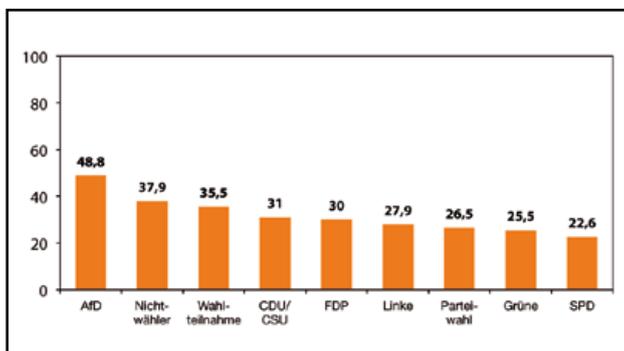
[1] Kiess, J., Brähler, E. & Decker, O. (2015): Die Wählerinnen und Wähler von AfD und NPD – Gemeinsamkeiten und Unterschiede, in: O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus, Gießen: Psychosozial, S. 83–104.

[2] Brähler, E., Kiess, J. & Decker, O. (2016): Politische Einstellungen und Parteipräferenz: Die Wähler/innen, Unentschiedene und Nichtwähler 2016, in: O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Gießen: Psychosozial, S. 67-94. Online unter <https://www.kredo.uni-leipzig.de/die-leipziger-mitte-studien/>

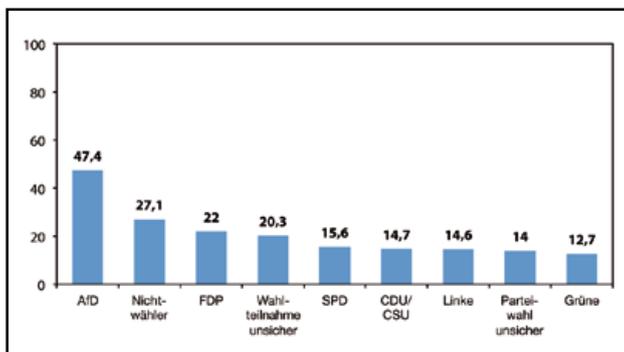
[3] Bei einem minimalen Summenwert von 18 und einem maximalen Summenwert von 90 wurde der Cut-off-Wert von ≥ 63 gewählt.



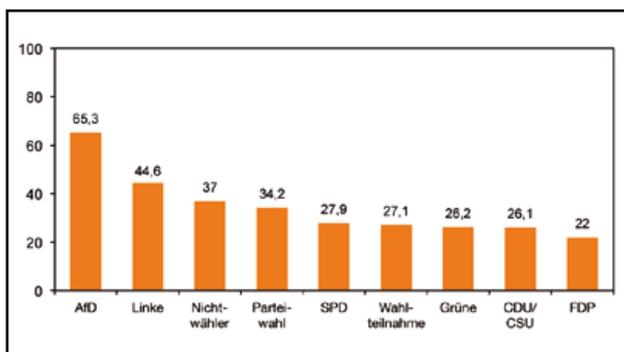
Grafik 4: Rechtsextreme Einstellung und Parteipräferenz (Mittelwert)



Grafik 5: Gewaltakzeptanz und Parteipräferenz (in %)



Grafik 6: Gewaltbereitschaft und Parteipräferenz (in %)



Grafik 7: Verschwörungsmentalität und Parteipräferenz (in %)

Nazideutschlands) und folglich auch in der Gesamtskala der rechtsextremen Einstellung ist die Zustimmung der AfD-Wählenden im Jahr 2016 höher als 2014. Für die Darstellung in Tabelle 1 wurde ermittelt, welche Partei die manifest rechtsextrem Eingestellten wählen würden. Manifest rechtsextrem eingestellt ist, wer durchschnittlich allen Aussagen im Fragebogen zur rechtsextremen Einstellung zustimmt.^[3] Konnten SPD und Unionsparteien 2014 zusammen noch knapp 50% der rechtsextrem Eingestellten an sich binden, sind es 2016 nur noch 26,4%. Auch die Linke verliert bei dieser Gruppe. Die rechtsextrem Eingestellten sind vor allem zur AfD gewandert: Gaben 2014 nur 6,3% der rechtsextrem Eingestellten an, diese Partei wählen zu wollen, so waren es 2016 34,9%.

Fragt man nach der Demokratie wie sie in der Verfassung festgeschrieben ist (vierstufige Skala, („eher zufrieden“ und „sehr zufrieden“ zusammengefasst), liegt die Zustimmung bei den AfD-Wählerinnen mit 50% am niedrigsten, selbst die Nichtwählerinnen sind weniger skeptisch (63,7%). Am zufriedensten mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland (ebenfalls vierstufig) sind mit 70,2% die Anhängerinnen der Union. Dagegen äußern sich weniger als die Hälfte der Linke-Wählenden, der bei der Parteiwahl noch Unsicheren sowie der Nichtwählenden auf diese Frage zufrieden. Allerdings sind lediglich 11,1% der AfD-Wählenden mit der Ausgestaltung der Demokratie einverstanden – offenbar wird die Wahlentscheidung dieser Gruppe von großem Unmut über das demokratische System sowohl in seiner Verfasstheit als auch seinem tatsächlichen Funktionieren beeinflusst.

Seit 2014 nutzen die Leipziger „Mitte“-Studien weitere Items um die Verbreitung der Abwertung bestimmter Gruppen zu erfassen. Bei den AfD-Wählenden fühlen sich „durch die vielen Muslime“ 85,9% „fremd im eigenen Land“. Dieses Gefühl haben bei den Grünen nur 24,7%, bei SPD und CDU/CSU aber immerhin auch rund die Hälfte. Noch etwas deutlicher ist der Abstand zwischen der Anhängerschaft von AfD und den übrigen Parteien bei der Frage, ob die Zuwanderung speziell für Muslime untersagt werden sollte. Das meistdiskutierte Thema der letzten Monate dürfte die Asylpolitik sein. Auch hier spielen Vorurteile eine wesentliche Rolle, nicht zuletzt auch für parteipolitische Positionierungen. Nur bei den Grün-Wählenden wird die Aussage „Die meisten Asylbewerber befürchten nicht wirklich, in ihrem Heimatland verfolgt zu werden“ von einer Mehrheit abgelehnt, aber

selbst unter ihnen stimmen 36,1% zu. Bei der AfD liegt dieser Wert mit 88,4% am höchsten. Bei den übrigen Parteien stimmen durchgehend über 50% der Anhängerinnen zu.

Um die Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft der Befragten je nach Parteipräferenz zu differenzieren, wurden zwei Fragebögen verwendet. Wer durchschnittlich allen Aussagen der jeweiligen Dimension von Gewalt zustimmte, wird als Person aufgefasst, die entweder Gewaltanwendung anderer zur Durchsetzung von Interessen akzeptiert oder selbst gewaltbereit ist. In beiden Dimensionen weisen die -Wählenden deutlich höhere Werte auf als alle anderen. 48,8% akzeptieren Gewalt als legitimes Mittel der Auseinandersetzung und 47,4% sind selbst gewaltbereit (Grafiken 5 und 6). Schließlich zeigt Grafik 7 die Zustimmung zum Fragebogen „Verschwörungsmentalität“ nach Parteipräferenz. Wer allen Aussagen im Fragebogen zur Verschwörungsmentalität durchschnittlich zustimmt, sieht zielgerichtetes und konspiratives Wirken nicht erkennbarer Gruppen oder Mächte im Hintergrund des Weltgeschehens. Diese Sicht ist bei den AfD-Wählenden mit deutlichem Abstand am weitesten verbreitet: 65,3% von ihnen glauben an Verschwörungstheorien. Darauf folgen die Linke-Wählenden mit immerhin 44,6%; bei den übrigen Parteien ist es jeweils etwa ein Viertel.

Fazit: Einstellungen gehen stärker mit beabsichtigten Wahlentscheidungen einher

Die Klientel der AfD besteht weiterhin zu etwa zwei Dritteln aus Männern, doch hat sich ihre sonstige soziale Zusammensetzung deutlich geändert und entspricht jetzt stärker der für rechte Parteien üblichen: Die AfD-Wählenden sind im Jahr 2016 eher unterdurchschnittlich gebildet, haben ein eher unterdurchschnittliches (wenn auch nicht durchgehend niedriges) Einkommen und sind jünger als der Durchschnitt. Zudem bekennen sich nur noch ein Drittel und damit 10% weniger als 2014 zu einer der beiden großen Kirchen. Die Wählerschaft der AfD hat sich also in sozialer Hinsicht deutlich gewandelt.

Bei den politischen Einstellungen zeigt sich im Vergleich zu 2014 eine Radikalisierung des AfD-Anhangs. In allen Dimensionen rechtsextremer Einstellung ist die Zustimmung der AfD-Wählenden im Jahr 2016 höher als 2014. Zu vermuten ist, dass sie sich seit 2014 radikalisiert haben, aber auch, dass bisher Nichtwählende und bei anderen Parteien Untergekommene ver-

stärkt das Angebot der AfD wahrnehmen. Ganz deutlich zeigt sich das auch im abnehmenden Anteil der Rechtsextremen, die andere Parteien wählen würden. Außerdem sind die potenziellen AfD-Wählenden besonders islamfeindlich, homophob, antiziganistisch und feindlich gegenüber Geflüchteten eingestellt. Zwar können die „Mitte“-Studien keine Wählerwanderung nachzeichnen, also unmittelbar abbilden, welche Wählerschichten in welchem Umfang zwischen welchen Parteien „gewandert“ sind. Dennoch kann im Vergleich der Auswertungen 2014 und 2016 ein zentrales Ergebnis hinsichtlich der Wahlpräferenz rechtsextrem Eingestellter festgehalten werden: Ein gestiegener Anteil von ihnen würde nun die AfD wählen. Mit der Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts wurde eine angebliche „Alternative“ wählbar – ein Möglichkeitsfenster, das die AfD zu nutzen wusste.

Schließlich ist auch die hohe Gewaltakzeptanz und Gewaltbereitschaft bei den AfD-Wählenden hervorzuheben. Zieht man die niedrige Zustimmung zur Demokratie in ihrer verfassungsmäßigen und praktizierten Form sowie die hohe Abwertung von Minderheiten hinzu, ergibt sich eine gefährliche Mischung an Einstellungen. Diese schon lange und fest in Deutschland verankerten Einstellungen werden inzwischen auch in Handlungen übertragen: in Form von (beabsichtigten) Wahlentscheidungen für die AfD und, wie die Statistiken von Polizeibehörden und Opferberatungsstellen zeigen, auch in Gewalt. ■

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Siegen und Mitherausgeber der Leipziger „Mitte“-Studien (geleitet von Oliver Decker und Elmar Brähler).

Weitere Literatur:

Häusler, A. (2016): Die AfD als rechtspopulistischer Profiteur der Flüchtlingsdebatte, in: O. Decker, J. Kiess & E. Brähler (Hrsg.): Die enthemmte Mitte. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2016, Gießen: Psychosozial, S. 167-178.

Niedermayer, O. (2015): Eine neue Konkurrentin im Parteiensystem? Die Alternative für Deutschland, in O. Niedermayer (Hrsg.): Die Parteien nach der Bundestagswahl 2013, Wiesbaden: Springer Fachmedien, S. 175–207.

Sozialprognose für die Bewohnenden in den Gemeinschaftsunterkünften

Name (Familie / Einzelperson): _____ erstellt am: _____

Kategorie	Zielkriterium	Zustand					Möglichkeiten zur Zielerreichung
		erfüllt	verbesserungs-fähig	dauerhaft nicht erfüllt	nicht bekannt	nicht relevant	
Wissen, Orientierung und Umsetzung gesellschaftlicher Normen	Respektvoller Umgang mit Mitmenschen	☺	☹	☹	?	-	regelmäßige, zielgerichtete Beratungsgespräche Lernen am Modell (Vorbilder aufzeigen) Informationsveranstaltungen zu notwendigen Themenbereichen regelmäßige Hausbesuche in den Wohnungen (wenn zulässig)
	Einhalten der Ruhezeiten in der Hausgemeinschaft	☺	☹	☹	?	-	
	Bereitschaft zur Kooperation und Kommunikation bei Problemsituationen	☺	☹	☹	?	-	
	Erfüllung der Aufsichtspflicht für die eigenen Kinder	☺	☹	☹	?	-	
	Mülltrennung / Ordnungsgemäße Entsorgung	☺	☹	☹	?	-	
	Sparsamer u. bewusster Umgang mit Ressourcen (Energie, Wasser, etc.)	☺	☹	☹	?	-	
	Pfleglicher Umgang mit eigenem u. fremden Eigentum	☺	☹	☹	?	-	
	Eigenverantwortlicher Umgang mit Verträgen und Vereinbarungen	☺	☹	☹	?	-	
Sprachkenntnisse	Regelmäßiger Besuch eines Deutschkurses (intern oder/und extern)	☺	☹	☹	?	-	VHS, interne Angebote, Gutenbergschule, ESF BAMF, etc.
	Möglichkeiten, sich in anderer Sprache zu verständigen (v.a. Englisch)	☺	☹	☹	?	-	
Spezifische Problematiken	Keine Suchtprobleme	☺	☹	☹	?	-	Vermittlung an Haus Eythstraße
	Keine psychischen Auffälligkeiten (Traumata, Depressionen, Aggressionen, etc.)	☺	☹	☹	?	-	Vermittlung an fachspezifische Beratung und Behandlung (Psychologen, Psychiater, etc.)
Vereinbarte Trainingsmaßnahmen	Sollten Kriterien oben gelb oder rot angekreuzt sein, müssen hier entsprechende Trainingsmaßnahmen vereinbart und dokumentiert werden.						
Besonderheiten und sonstige bisherige Aktivitäten							

In Leipziger Gemeinschaftsunterkünften wird vor dem Auszug der Bewohner_innen mittels eines Fragebogens eine sogenannte Sozialprognose erstellt. Mit drei verschiedenen Smileys werden unter anderem die Fähigkeit zur „Bereitschaft zur Kooperation und Kommunikation bei Problemsituationen“, „Mülltrennung & Ordnungsgemäße Entsorgung“, der Deutschkursbesuch oder individuelle Problemlagen (Sucht oder psychische Auffälligkeiten) bewertet. Gibt es negative Noten, werden Trainingsmaßnahmen eingeleitet – und im schlimmsten Fall dürfen die Betroffenen nicht ausziehen.

03 KAPITEL RASSISMUS

DAS WOHNEN IN WOHNUNGEN LERNEN?

Die Stadt Leipzig und ihre Unterbringungspraxis für Geflüchtete

von Initiativkreis: Menschen.Würdig

Oft wird Leipzig als Insel bezeichnet, als Insel in einem ultra-konservativen Sachsen, in dem der schwelende Rassismus vor allem im vergangenen Jahr 2015 allerorten durch Aufmärsche, Blockaden, Angriffe oder das Anzünden von Asylunterkünften zutage trat.

Die regelmäßigen, meist zahlenmäßig überlegenen Proteste gegen den Leipziger PEGIDA-Ableger und anderen Aufmärsche, die vielfältigen antirassistischen und Flüchtlingshilfe-Strukturen, aber auch die Angebotspalette für städtisch geförderte integrative Maßnahmen wie städtisch finanzierte Sprachkurse, einen Übersetzer*innen-Pool, auf den die Sozialarbeiter*innen zugreifen können, einen sozialen Betreuungsschlüssel von 1:50 und möglicherweise sogar demnächst das erste Gesundheitskartensystem in Sachsen lassen auf den ersten Blick tatsächlich vermuten, dass Leipzig aus dem sächsischen Trend ausschert.

Doch die Umstände, in denen Geflüchtete in Leipzig wohnen müssen, und der reglementierte Weg von der Massenunterkunft in eine eigene Wohnung trüben den schönen Eindruck. Dabei waren die Voraussetzungen noch vor kurzem sehr gut.

1. Rückblick

Im Jahr 2009 wurde auch durch zivilgesellschaftlichen Protest verhindert, dass am Leipziger Stadtrand eine neue Container-Massenunterkunft gebaut wird, eine entscheidende Rolle dürften jedoch auch die Kosten-erwägungen des potentiellen Betreibers gespielt haben. Damals gründete sich der Vorläufer des INITIATIVKREIS: MENSCHEN.WÜRDIG. Die Sensibilisierung gegen diese Form der Isolation von Geflüchteten führte zu einem Stadtratsbeschluss: Die Quote der Wohnungsunterbringung soll weiter gesteigert werden, statt Massenunterkünften am Stadtrand gibt es künftig kleinteilige Gemeinschaftswohnformen im Stadtgebiet. Dafür sollte die Sammelunterkunft in der Torgauer Straße schließen. Diese Unterkunft wurde in einem ehemaligen Kasernengebäude eingerichtet, das sich in einem überaus maroden Zustand befand und mitten im Gewerbegebiet im Nordosten gelegen ist.

Im Jahr 2012 wurde das Konzept gegen die Widerstände

von Rassist*innen in einigen Ortsteilen beschlossen. Es entstanden kleine Unterkünfte à maximal 50 Personen und die Quote der Wohnungsunterbringung bewegte sich in Richtung 70 Prozent.

Bereits ein Jahr später wurde jedoch nachjustiert und die Mindestgröße auf 150 Personen pro Sammelunterkunft heraufgesetzt. Seit 2013 wuchs die Zahl der nach Leipzig zugewiesenen Geflüchteten von 658 auf 1.243 (2014) und 4.230 Personen im Jahr 2015. Vor diesem Hintergrund wurden erste Notunterkünfte geschaffen, so zum Beispiel in einer ehemaligen Grundschule in Leipzig-Schönefeld 2013/14. ^[1]

Mit Stadtratsbeschluss vom Februar 2015 wurde letztlich die Fortexistenz, die Sanierung und der Ausbau der Torgauer Straße beschlossen – trotz des ursprünglichen Konzeptes und gegen zivilgesellschaftliche Widerstände. Der Initiativkreis hatte im Vorfeld mit einer Kampagne für selbstbestimmtes Wohnen – unter anderem mit einer Petition, die mehr als 3500 Menschen unterschrieben, und einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Genossenschaften, Stadtteilinitiativen und sozialen Vereinen – dafür geworben den Ausbau der bis dahin größten Massenunterkunft in Sachsen zugunsten von dezentralem Wohnen zu stoppen.

2. Gegenwart

Insgesamt lebten im September 2016 in Leipzig mehr als 10.000 Menschen mit Fluchthintergrund, knapp die Hälfte davon im Bezug des Asylbewerberleistungsgesetzes. Zirka 4000 Menschen leben derzeit in Gemeinschaftsunterkünften. Mittlerweile wurden im Stadtgebiet 15 kleine Unterkünfte bis 60 Plätze geschaffen, 16 sind größer und fassen zum Teil bis zu 500 Menschen. Leipzig ist zudem die erste Stadt in Sachsen, die im vergangenen Jahr Zelte als Notunterkünfte errichtete. Die Quote der dezentralen Wohnungsunterbringung hat sich umgekehrt und schwankt zwischen 30 und 40 Prozent. Festzuhalten ist allerdings, dass die Stadt Leipzig die Begrifflichkeit der dezentralen Unterbringung im engeren Sinne auf das Wohnen in einer eigenen „selbstgewählten“ Wohnung mit eigenem Mietvertrag bezieht.

Der Begriff wurde jedoch in verschiedenen innerstädtischen Kontexten bereits unterschiedlich benutzt. So wurde sich bei einer Informationsveranstaltung zu

[1] Vgl. LEIPZIGER ZUSTÄNDE (Dezember 2014): Leipzigs (neue) Wutbürger. Rassistische Mobilmachung gegen Asylunterkünfte, S.12ff



Die Gemeinschaftsunterkunft in der Leipziger Liliensteinstraße

[2] Alexander Klose / Doris Liebscher: Gutachten zur Rechtmäßigkeit der „Wohnfähigkeitsprüfung“ für Flüchtlinge in der Stadt Potsdam, Mai 2014, http://www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de/sites/default/files/attachements/Gutachten%20diskriminierende%20Wohnfaehigkeitspruefungen_2014.pdf

einer neuen Unterkunft nur auf die örtliche Dimension von „dezentral“ bezogen, aber nicht darauf, dass das Leben in den eigenen vier Wänden die Grundlage eines selbstbestimmten Lebens ist, das Privatsphäre und Schutzraum bietet. In anderen Landkreisen und Städten werden auch kommunal angemietete Wohnungen, die von Fall zu Fall willkürlich mit Menschen „bestückt“ werden, oder Sammelunterkünfte mit abschließbaren Wohnbereichen als „dezentrale Unterbringung“ bezeichnet.

Vom Konzept aus dem Jahr 2012 ist im Grunde nicht mehr viel übrig geblieben. Der immer virulentere Mangel an bezahlbarem Wohnraum macht es vor allem Geflüchteten schwer, eine eigene Wohnung zu finden. Im September 2016 lebten in den Sammelunterkünften 800 Personen, die mit ihrem positiven Bescheid über den Asylantrag in eine eigene Wohnung hätten ziehen können. Das waren knapp 20 % des Personenkreises.

2.1. Antrag auf selbstbestimmtes Wohnen

Alle Menschen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, müssen einen Antrag stellen, wenn sie aus der Unterkunft ausziehen wollen.

Wenn der Aufenthalt gestattet wurde und damit das Asylverfahren beendet ist, ist das Jobcenter zuständig. Dann müssen die Menschen aus den Unterkünften ausziehen, müssen es aber trotzdem vorher beantragen.

Während das Asylverfahren läuft, legt das Bundesasylgesetz die Regel-Sammelunterbringung fest. Die Menschen werden erst Bundesländern und dann Kommunen zuge-

teilt. Die Kommunen haben Spielräume, die auch Wohnungsunterbringung ermöglichen. Auch das Sächsische Flüchtlingsaufnahmegesetz eröffnet Möglichkeiten, allerdings beschränkte das Sächsische Innenministeriums mit einem Erlass von 2001 diese wieder. Demnach dürfen „Asylbewerber und geduldete Ausländer“ nur im Einzelfall, wenn es gesundheitlich und zur Genesung erforderlich ist oder aus humanitären Gründen, aus der Unterkunft in eine Wohnung ziehen. Ausziehen ist für die Betroffenen vor der Anerkennung als Flüchtlinge also nur auf Antrag bei den Sozialämtern der Kommunen möglich.

2.2. Die Leipziger Wohnfähigkeitsprüfung

Neben den im Erlass grob formulierten Kriterien kommt in der Stadt Leipzig zudem eine sogenannte Wohnfähigkeitsprüfung zum Zug. Sozialarbeiter*innen in der Gemeinschaftsunterkunft müssen vor dem Auszug mittels eines bereit gestellten Fragebogens eine sogenannte Sozialprognose erstellen. Mit drei verschiedenen Smileys (siehe Abbildung S.40) werden unter anderem die Fähigkeit zur „Bereitschaft zur Kooperation und Kommunikation bei Problemsituationen“, „Mülltrennung / Ordnungsgemäße Entsorgung“, der Deutschkursbesuch oder individuelle Problemlagen (Sucht oder psychische Auffälligkeiten) bewertet. Gibt es negative Noten, werden Trainingsmaßnahmen eingeleitet – und im schlimmsten Fall dürfen die Betroffenen nicht ausziehen.

Das Instrument der Wohnfähigkeitsprüfung ist repressiv und etabliert Hierarchien und Abhängigkeitsverhältnisse – nicht nur zwischen Geflüchteter*in und Sozialarbeiter*in, es ist ganz grundsätzlich Ausdruck einer Sonderbehandlung, nach der das Verhalten der Betroffenen belohnt oder sanktioniert wird. Geflüchtete werden so einer diskriminierenden Prüfung unterworfen, die es für andere Menschen nicht gibt. Ein Rechtsgutachten im Auftrag des Vereins OPFERPERSPEKTIVE BRANDENBURG befand im Jahr 2014, dass die in Potsdam angewendete Wohnfähigkeitsprüfung gegen das deutsche Grundgesetz und gegen europäische Richtlinien verstößt.^[2]

2.3. Schwierigkeiten auf dem Wohnungsmarkt und mit Vermieter*innen und Unterstützungsmöglichkeiten

Die Anforderungen für eine Bewilligung zum Auszug sind bei Sozialamt und Jobcenter unterschiedlich. In beiden Fällen muss aber zuerst ein Wohnungsangebot vorliegen, zu dem speziell eine Bewilligung beantragt wird. Hierdurch kommt es immer wieder zu so starken Verzögerungen.

rungen, dass die Wohnung meist schon an andere Wohnungsinteressierte vergeben wird. Aber auch abseits dieser bürokratischen Hürden ist es für Menschen im Asylverfahren und für jene, die es bereits abgeschlossen haben, schwierig, passenden Wohnraum zu finden. Unterstützung hierbei finden Geflüchtete in Leipzig selten.

Die KONTAKTSTELLE WOHNEN^[3], die sich im Frühjahr 2016 gegründet hat, ist bislang das einzige hauptamtliche Projekt, das die Wohnraumsuchenden unterstützt. In erster Linie verbindet die Kontaktstelle die Wohnraumsuchenden mit Ehrenamtlichen, die direkt, unmittelbar und kleinteilig bei der Kommunikation mit Vermieter*innen, Wohnungsbesichtigungen und Anträgen auf Erstaussstattung etc. unterstützen. Sie versorgt Geflüchtete und Ehrenamtliche mit Hinweisen zum Wohnungsmarkt oder neuen Informationen aus den Ämtern.

Auch in Leipzig sind rassistische Diskriminierungen für Geflüchtete auf dem Wohnungsmarkt Normalität. Bereits der Anruf bei Vermieter oder Vermieterin mit starkem Akzent oder ohne Deutschkenntnis führt regelmäßig zu Absagen. Oftmals werden diese mit Vorbehalten in der Nachbarschaft oder gar Verboten durch die Wohnraumeigentümer*innen begründet. Rassistische Haltungen werden teilweise auch durch Hausverwaltungen getragen und behindern das Zustandekommen von Mietverträgen. Häufig sind es eindeutig kulturalisierende und ethnisierende Aussagen von Vermieter*innen wie „Die Flüchtlinge sind immer so laut“ oder „es fällt den Muslimen schwer, sich in unsere Kultur zu integrieren“.

Auch die Annahme, dass die Wohnraumsuchenden Terrorist*innen sein könnten, wurde bereits geäußert.^[4] Diese rassistischen Diskriminierungen betreffen alle nach Deutschland geflüchteten Wohnraumsuchenden. Hinzu kommen weitere benachteiligende Faktoren wie mangelnde Kenntnis des Leipziger Wohnungsmarktes, (sprachliche) Verständigungsschwierigkeiten oder fehlende Informationen über die Vergabepaxis von Wohnungen und bereits genannte bürokratische Hürden.

Geflüchtete im Asylverfahren sind nach Erfahrung der KONTAKTSTELLE WOHNEN auf dem Wohnungsmarkt noch vor Hartz-IV- oder Sozialhilfeempfänger*innen die am stärksten benachteiligte Gruppe. Für sie gelten oft sehr kurze Aufenthaltsgestattungen von 3 bis 6 Monaten. Nicht viele Vermieter*innen lassen sich darauf ein, obwohl die Aufenthaltsgestattung immer wieder verlängert wird. Die Praxis, dass der Aufenthalt nicht durchgängig gestattet ist, sondern immer neu vergeben wird, ist also nicht nur persönlich psychologisch extrem belastend für die Asylsuchenden, sie verhindert oft auch aktiv ein Ankommen in selbstbestimmtem Wohnraum.

Ein weiterer Faktor sind die Mietpreise der dezentralen Wohnungen. Das Jobcenter bewilligt Wohnraum für „anerkannte Flüchtlinge“ nur nach den Sätzen der „Kosten der Unterkunft“ (KdU). Wie bei allen Hartz-IV-Empfänger*innen werden pro Person und Quadratmeter durchschnittlich 4,60 Euro an Nettokaltmiete plus ein Betrag für Nebenkosten gestattet. Das Sozialamt erlaubt für Asylbewerber*innen im Verfahren pro Einzelperson sogar nur rund 4 Euro an Nettokaltmiete.

Während die KdU-Sätze des Jobcenters für den Leipziger Wohnungsmarkt nicht gänzlich unrealistisch, wenn auch sehr knapp bemessen sind, bewegen sich die durch das Sozialamt gestatteten Kosten außerhalb des Machbaren. Diese Einschränkung erschwert den Zugang zu selbstbestimmtem dezentralen Wohnraum erheblich.

3. Ende

Es lässt sich zusammenfassen, dass die Stadt Leipzig im Jahr 2012 eine politische Entscheidung mit Vorbildcharakter getroffen hat, die ausbaufähig war, aber immerhin in Richtung selbstbestimmtes Wohnen einschlug.

Das Abdriften von diesem Kurs wurde von den entscheidenden Stellen mit dem „summer of migration“ 2015 gerechtfertigt, als in kurzer Zeit Hunderttausende Menschen nach Europa flüchteten. Doch die neu errichteten und modernisierten Massenunterkünfte in Leipzig sind keine notbedingten Ausnahmen, sondern bleiben vielmehr die Regel.

Auch das Festhalten an der diskriminierenden Wohnfähigkeitsprüfung gibt Anlass, der sich selbst als weltoffen gerierenden Stadtverwaltung weiterhin sehr kritisch gegenüberzustehen.

Und so muss der Kampf um selbstbestimmtes und bezahlbares Wohnen für Geflüchtete in Leipzig weiter gefochten und ganz praktisch unterstützt werden. Hinzu kommen zahlreiche Verschärfungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts, wie zum Beispiel die Wohnsitzauflage, die die Freizügigkeit von Geflüchteten erheblich beeinträchtigen wird.^[5] ■

Der INITIATIVKREIS MENSCHEN.WÜRDIG (IKMW) hat sich 2012 im Zuge der Debatte um das Unterbringungskonzept der Stadt Leipzig gegründet. Seine Vorläufer gehen ins Jahr 2009 zurück. Der IKMW kämpft für gleiche Rechte von Geflüchteten und engagiert sich besonders für selbstbestimmtes Wohnen.

www.menschen-wuerdig.org

[3] <http://www.kontaktstelle-wohnen.de>

[4] Sowohl die Kontaktstelle Wohnen als auch das Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. stehen in solchen Fällen beratend und vermittelnd zur Seite. Das Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V. bietet sachsenweite Beratung und Unterstützung bei rassistischer Diskriminierung an. Informationen unter: <http://www.adb-sachsen.de/rassistische-diskriminierung-wohnungsmarkt.html>

[5] Die Wohnsitzauflage für anerkannte Flüchtlinge ist mit dem so genannten Integrationsgesetz des Bundes im August 2016 in Kraft getreten (vgl. § 12a Aufenthaltsgesetz). Damit werden Geflüchtete – auch rückwirkend die, die seit dem 1. Januar 2016 eine Anerkennung bekommen haben – gezwungen in das Bundesland zurückzukehren, wo ihr Asylverfahren geführt wurde. Bisher konnten diese Menschen ihren Wohnsitz frei wählen. Die Bundesländer entscheiden derzeit auch über die Einführung einer landesinternen Wohnsitzauflage. Der Freistaat Sachsen wird dies im November 2016 tun. Es steht zu befürchten, dass die freie Wohnsitzwahl auch innerhalb Sachsens für einen gewissen Zeitraum reglementiert wird.



»LEIPZIG WURDE MEIN HASAKA«

Ein Interview mit Aziz Al-Ayyoobi

Aziz Al-Ayyoobi musste 2011 aus Syrien fliehen, nachdem die anfängliche Revolution gegen die autoritäre Herrschaft Baschar al-Assads in einen Bürgerkrieg umschlug. Er war als Student politisch aktiv und hat die UNION KURDISCHER STUDIERENDER (UKSS) mitbegründet. Für seine Aktivitäten wurde er vom syrischen Geheimdienst verfolgt. Auch nach seiner Ankunft 2012 in Leipzig war es ihm äußerst wichtig, seine politische Arbeit fortzusetzen.

CHRONIK.LE: Warum musstest du Syrien verlassen?

Aziz: Mein Haus war in Damaskus. Ich hatte Schwierigkeiten mit dem Geheimdienst. Ich wurde 2004 bis 2011 überwacht. Als die Revolution und die Gewalt angefangen haben, wurde es schwieriger und gefährlicher für mich. Ich habe mich nicht mehr sicher gefühlt und habe bis Juni 2011 gewartet. Aber ich hatte immer das Gefühl, ich werde jede Sekunde festgenommen. Also habe ich Damaskus Richtung Nordsyrien verlassen. Dort bin ich dann eine Weile geblieben, weil die Situation nicht so angespannt war. Danach bin ich in die Türkei gegangen.

Warum wurdest du vom Geheimdienst überwacht?

Wegen meines Aktivismus. Ich habe an Protesten teilgenommen, habe in geheimen Zeitungen geschrieben und studentische, sozialkritische Veranstaltungen organisiert. Im Jahr 2008 wurde ich festgenommen. Es gab zuvor eine große Veranstaltung mit 300 Studierenden. Der Geheimdienst wollte die Namen der 300 Studierenden haben und ich

war der Organisator. Ich kam ins Gefängnis. Insgesamt dreißig Tage. Es hätten auch 30 Jahre sein können, wenn ich ihnen die Namen gegeben hätte. Aber ich habe keine Antworten gegeben. Sie hatten keine Beweise gegen mich. Ich war in keiner Partei. Alle oppositionellen Parteien waren unterwandert vom Geheimdienst.

Wie war es für dich, als die Revolution in Syrien losging?

Ich hatte die Revolution erwartet. Am Anfang war es ganz friedlich, bis es dann ausgenutzt wurde und die Gewalt gekommen ist.

Wie bist du später nach Deutschland gekommen?

Ich wollte nicht nach Deutschland. Die ganzen syrischen Freunde wollten nach dem Gefängnis nicht mehr mit mir reden. Sie hatten Angst, dass ich was gesagt habe oder beobachtet werde. Meine Freunde zu diesem Zeitpunkt kamen aus Spanien, Italien, USA... der ganzen Welt. Aber nicht aus Deutschland. Damals wollte ich nicht nach Deutschland. Auch als ich in der Türkei war wollte ich nicht nach Deutschland. Ich bin aus zwei Gründen dennoch nach Deutschland gekommen. Als wir 2012 unsere Vernetzung als UKSS größer gemacht haben, haben wir uns in Istanbul mit vielen Nicht-Regierungsorganisationen getroffen. Wir wollten mit der UN zusammenarbeiten, um Hilfe nach Syrien zu bringen. Aber wenn man mit der UN zusammenarbeiten will, muss die Organisation in Europa oder den USA offiziell registriert sein. Das hat was

mit der Finanzierung der UN zu tun. Deswegen sollten wir irgendwo in Europa oder den USA unsere Organisation anmelden. Der zweite Grund: In Damaskus habe ich im Februar 2011 ein Mädchen aus Deutschland kennen gelernt.

Wie war es für dich nach Deutschland zu kommen, obwohl du früher nicht hierher wolltest?

Als ich nach Deutschland kam, habe ich die ersten drei Tage geschlafen. Ich hatte wieder das Gefühl von Sicherheit. Es gibt Sicherheit in Deutschland. Es war für mich nicht wichtig, wo ich hinkomme. Was ich wollte, war ein Leben. Ich habe mich schnell in Leipzig wohlfühlt. Es ist wie meine Heimatstadt in Syrien. Hasaka hat auch um die 600.000 Einwohner_innen, ist sehr grün und hat viele Seen. Leipzig wurde mein Hasaka. Ich habe vorher schon gewusst, was Europa und Deutschland ist. Es ist nicht neu oder eine andere Kultur, das ist für mich Quatsch. Aber die Menschen, die ich in Leipzig und Deutschland kennengelernt habe, sind gut. Es gibt hier viele Optionen.

Hast du auch negative Erfahrungen in Deutschland gehabt?

Ja, manchmal mit den Behörden. Sie interessieren sich nicht dafür, wer vor ihnen sitzt, wie diese Person denkt. Warum er oder sie nach Deutschland gekommen ist. Die Behörden sollten besser mit den Menschen, die vor ihnen sitzen, reden und Respekt haben. Respekt ist gut für die Menschen. Im Grundgesetz dieses Landes steht: „Die



Im Januar 2015 sendeten Flüchtlinge aus Lagern in Nordsyrien Fotos mit Botschaften an die rechten Bewegungen LEGIDA und PEGIDA in Deutschland. (Das Foto stellt nicht den interviewten Aziz Al-Ayyoobi dar.)

Würde des Menschen ist unantastbar.“ Sie sollten nicht vergessen, dass jeder Mensch Würde hat, nicht nur Deutsche.

Aber auch im sozialen Verhalten gibt es manchmal Probleme, manche Deutsche verhalten sich respektlos gegenüber anderen, aber sie bemerken das nicht. Aber es gibt sehr viele Menschen, die sehr schnell unsere Lage verstehen und viel helfen.

Wie sah eure politische Arbeit in Syrien und hier in Deutschland konkret aus?

Nachdem die Gewalt in Syrien zugenommen hat, gab es in Nordsyrien mehr Raum und eine friedlichere Bewegung, um vor allem mit Jugendlichen die Gesellschaft zu entwickeln. Aber es gab viele Waffen auf der Straße, wenig Schulen und viele Kinder spielten mit Waffen. Daher haben wir den UKSS im Dezember 2012 in Syrien gegründet. Wir haben uns mit anderen Studierenden in Nordsyrien vernetzt und drei Zentren für Kinderschutz, Frauenrechte, Selbstorganisation und autonome Bildung gegründet. Viele Studierende konnten nicht mehr in ihre Universität gehen und haben dann angefangen, in den Zentren Unterricht für Kinder zu geben. Alle Programme sind unabhängig und selbstorganisiert. Im letzten Jahr haben wir eine große Veranstaltung zu dem Thema „Wir sind alle Bürger“ in drei Städten gemacht. Ziel war es die unterschiedlichen Menschen, die innerhalb von Syrien aufgrund des Krieges nach Nordsyrien geflohen sind, zusammen zu bringen und zu zeigen, dass alle gleich sind. In Deutschland war mein Ziel, sich auch hier

zu vernetzen und unsere Arbeit in meiner neuen Heimat weiterzuführen. Anfang 2014 haben wir unsere Gruppe als Verein angemeldet. In diesem Prozess haben wir den Namen in UNABHÄNGIGES KOMITEE FÜR SOZIALE ENTWICKLUNG UND SELBSTORGANISIERTE DEMOKRATIE E.V. (UKSSD) geändert, um mehr Menschen mit einzuschließen. Momentan entstehen auch neue Stellen in anderen Bundesländern, es sind nicht nur Kurd_innen und Syrer_innen, sondern auch Menschen aus Afghanistan, dem Sudan und deutsche Studierende bei uns. In Leipzig versuchen wir gerade, mehrere Projekte zu den Themenbereichen Inklusion, Kultur, Frauenrechte und Jugendentwicklung anzugehen. Ziel ist es, ein soziales Zentrum in Leipzig aufzubauen, also ganz ähnlich wie in Syrien.

In Leipzig seid ihr vermutlich vor allem durch eure Plakataktion zu dem ersten Legida-Aufmarsch bekannt geworden (siehe Foto). Wie kam es dazu?

Unsere Aktivist_innen in Syrien verfolgen die ganze Politik in Deutschland und der Welt. Sie haben auch durch die Geflüchteten, die nach Deutschland kommen, erfahren dass sich etwas in der deutschen Gesellschaft verändert. Für sie war es erst nicht begreifbar, dass es eine rassistische Massenbewegung in einem demokratischen Land gibt. Wie können Menschen in einem demokratischen Land solche Aktionen gegen andere Menschen machen. Das ist unmenschlich. Und sie wollten uns hier und die Gegenbewegungen gegen LEGIDA und PEGIDA unterstützen.

Was sind eure Pläne für die Zukunft?

In Syrien versuchen wir weiterhin den Menschen, die unsere Hilfe benötigen, diese zu kommen zu lassen. Wir wollen auch eine neue Gesellschaft nach dem Krieg mit aufbauen. Hier in Leipzig sind es kleinere Projekte. Wir planen für nächstes Jahr kurdische Filmtage.

Abschließend noch eine Frage zu deinen persönlichen Wünschen, was hoffst du für Syrien und auch hier für Deutschland?

Für Deutschland wünsche ich mir, dass die Leute die Geflüchteten als Bürger_innen sehen. Die Geflüchteten brauchen keine Hilfe. Sie brauchen keine Kleidung, keinen PC, kein Smartphone, kein Klavier. In Syrien hatten wir Autos, wir hatten Klaviere, wir hatten alles. Aber wir hatten keine Würde. Die Revolution in Syrien war für unsere Würde. Das ist in Syrien nicht passiert. Aber wir wollen auch unsere Würde in Deutschland nicht verlieren. Wir sind alle Bürger_innen, dabei geht es nicht um ein Stück Papier, sondern um Würde. Für Syrien hoffe ich, dass der Frieden bald kommt. Viele Menschen hier aus Syrien wollen zurück. Sie fühlen sich hier nicht gleich behandelt. Das ist schade. In Syrien ist es nicht mehr unser Kampf. Wir haben keine Macht mehr in Syrien. Ich hoffe, dass Syrien zu Ruhe kommt. Dann gehen wir zurück. Ich auch. ■

»IM KRIEG SIEHST DU WIE ALLES ZUSAMMENBRICHT«

Ein Interview mit Salah Massoud

Salah Massoud (Name geändert) kommt aus Damaskus. Als er für die syrische Armee im Bürgerkrieg kämpfen sollte, floh er 2014 nach Deutschland. Hier wartete er ein halbes Jahr auf die Anerkennung seines Asylantrags. Jetzt wohnt er in Leipzig.

CHRONIK.LE: Wie war dein Leben in Syrien und warum bist du fortgegangen?

Salah: Vor dem Krieg bin ich nie außerhalb Syriens gewesen. Und wenn es den Krieg nicht gegeben hätte, hätte ich darüber auch niemals nachgedacht. Syrien war ein schönes Land vor der Revolution und dem Bürgerkrieg. Dann habe ich alles verloren. Wir haben unser Haus verloren, ich meinen Job. Ich hatte nichts mehr zu tun. Ich komme aus einer armen Schicht dort. Fast alle Geflüchteten, die bis jetzt hierher kamen, haben irgendwie Geld in Syrien gehabt und sind dadurch hierhergekommen. Aber ich hatte kein Geld. Ich hatte keine tausend Euro, um einfach aus Syrien auszureisen. So geht es vielen dort. Fast alle dortgebliebenen jungen Menschen sind nun Kämpfer auf irgendeiner der Seiten des Bürgerkriegs. Ob nun auf der Seite von Assad, des IS oder der Kurden. Diese benutzen die jungen Leute, weil sie keine Arbeit haben. Sie nutzen sie für ihre Zwecke aus. Entweder du tötest oder du wirst getötet.

Du wolltest nicht kämpfen, aber du warst in der Armee. Wie bist du zur Armee gekommen?

Ja, also es ist normal, dass man in Syrien zur Armee geht. Jeder junge Mann muss zur Armee, wenn er 21 ist. Also nach der Schule, dem Studium, musst du zur Armee. Auch ich war Soldat. Dort hatte ich nicht viele Möglichkeiten. Jede Wahl war eine blutige. Bleibe ich in der Armee oder verlasse ich sie. Wenn ich sie verlasse, werde ich zu den Dschihadisten geraten. Und jeder weiß, dass das Faschisten sind. Es ist derselbe Mist. Ich will kein Faschist sein. Also blieb ich in der Armee. Ich wollte in der Armee bleiben, aber nicht kämpfen. Einfach nur die Zeit abwarten, bis es vorbei ist. Ich habe drei Einsätze verweigert. Dadurch kam ich ins Gefängnis. Ich habe ihnen erzählt, ich bin ein Feigling. Denn wenn ich ihnen erzählt hätte, dass ich gegen die Diktatur von Assad bin, würde ich jetzt nicht hier sitzen und darüber erzählen. Jeden Tag kamen sie vorbei und sagten: „Wenn du kämpfst, bist du frei!“ Aber ich wählte das Gefängnis.

Durch das Gefängnis bekam ich psychische Probleme. Ich kam ins Krankenhaus. Dort habe ich dann die Ärzte gefragt, ob es nicht einen offiziellen Weg gäbe, aus der Armee raus zukommen. Und ich hatte Glück. Sie sagten: „Wir können eine Entscheidung treffen, dass du aufgrund deiner Probleme nicht mehr weiter Soldat sein kannst.“ Das hat geklappt. Ich war so glücklich, aber natürlich hat auch das Geld gekostet.

Wie hat sich die Situation für die Menschen in Syrien durch den Krieg verändert?

Im Moment sind die Hälfte der Zivilbevölkerung Flüchtlinge. Fünf Millionen haben Syrien verlassen. In die Türkei, den Libanon, Jordanien. Dort leben sie in schlechten Umständen. Es gibt viele Kinder, die nicht zur Schule gehen und ohne medizinische Versorgung sind. 1,5 Millionen sind im Libanon. Das ist so ein kleines Land. Ich weiß keine Zahlen über Deutschland, Türkei oder Jordanien, doch überall sind Syrer. Vor der Revolution hatte Syrien 23 Millionen Einwohner. Sechs Millionen flüchteten innerhalb des Landes. Wie meine Familie.

Es ist wirklich ein großer Unterschied, ob du Nachrichten im Fernsehen siehst, im Radio hörst oder das alles selbst erlebst. Im Krieg siehst du wie alles zusammenbricht. Es gibt keine Zukunft. Die fortschreitende Zeit verwirrt dich. Du hast keine Vergangenheit mehr, keine Zukunft und deine Gegenwart ist unter einem Damoklesschwert. Ich habe bis heute Alpträume. Ich glaube bis jetzt nicht, dass ich hier bin. Dass ich sicher bin. Weil so etwas wie Sicherheit aus meinem Kopf gelöscht ist. In Deutschland habe ich angefangen mich besser zu fühlen. Hier habe ich viele gute Menschen getroffen. Ich hab nun gute Freunde. Viele von ihnen sehen mich nicht als Flüchtling und das ist mir wichtig. Sie sehen mich als Mensch.

Was war dein erster Eindruck als du nach Deutschland kamst?

Also als ich in Deutschland ankam, kam ich zuerst mal in ein Asylbewerberheim. Ich dachte über das Asylverfahren nach. Man hat die ganze Zeit diese Furcht, diese Sorge. Vielleicht habe ich eine Chance, eine Anerkennung zu bekommen. Man denkt die ganze Zeit darüber nach. Das Heim ist kein guter Ort. Die Menschen, die dort wohnen, haben alle diesen Druck und viele von

ihnen schlimme und traurige Geschichten. Ich habe dort Menschen aus Syrien, Afghanistan, Irak, Tunesien, Algerien, Libyen, Ägypten und Jemen getroffen. Und wir haben unsere Erlebnisse und Geschichten ausgetauscht. Mein afghanischer Freund berichtete mir über seinen Weg nach Deutschland. Das ist auch eine schlimme Route, auch mit dem Boot und den nächtlichen Grenzübertritten, eben wie bei mir. Und Freunde aus Libyen erzählten vom Weg nach Italien, über das Mittelmeer. Das ist jedes Mal so schrecklich zu hören. Tausende ertrinken dort jedes Jahr. Aber weil die Zustände in ihren Ländern nicht gut sind, nehmen die Menschen diese Gefahr auf sich und verlassen ihre Länder.

Das Heim, wirklich, das ist so fürchterlich. Und gleichzeitig triffst du viele Leute und hörst viele Geschichten. Und manchmal gibt es Probleme zwischen den Geflüchteten in diesen Heimen. Es hängt auch mit den Nationalitäten zusammen. Das passiert jeden Tag. Weil die Leute wie im Gefängnis an einem Ort untergebracht sind. Viele sind voller Angst und Furcht, sind arm und in Not. Als ich von diesen Demonstrationen in Dresden hörte, wirklich, ich hab mich sehr gefürchtet. Ich hatte wieder viele Alpträume. Ich träumte, dass ich immer noch in Syrien fest steckte.

Hast du hier Leute getroffen, die dir ablehnend gegenüberstanden?

Ja, aber nicht direkt, persönlich. Einige ignorieren mich oder machen Witze über mich. Ich war mit Freunden bei einem Konzert und da waren zwei Typen, die sich über mich lustig machten. Fragten mich, ob ich schwul sei. Sie sprachen überhaupt kein Englisch. Sie kannten nur diese Phrase, um sich über fremde Menschen lustig zu machen. Ich war so wütend und fühlte mich verletzt. Aber auf der anderen Seite waren da eben meine Freunde, meine deutschen Freunde, die mich da verteidigten. Danach habe ich viel darüber nachgedacht. Nach diesem Vorfall dachte ich, hier gibt es schlimme Leute, mehr oder weniger, und es gibt viele gute.

Wie lange dauerte es, bis dein Asylantrag anerkannt wurde?

Ich habe sechs Monate gewartet. Ich kenne ein paar Freunde, die ihre Anerkennung in ein bis zwei Monaten erhalten haben. Jeder Fall wird verschieden bear-

beitet. Ich habe sechs Monate gewartet, ein Bekannter neun und eine andere sogar zwölf. Und alle sind Syrer. Nach der Anerkennung kommen aber weitere Probleme. Dann musst du dich beim Jobcenter melden und eine Wohnung suchen und einen Deutschkurs und Arbeit. Alle diese Dokumente sind auf Deutsch. Und die Angestellten in den Büros sprechen nur Deutsch. In guten Fällen, wenn du Glück hast, spricht jemand mal Englisch mit dir. Auch von den Jobcenter-Formularen habe ich nichts verstanden. Denn für dieses Dokument brauchst du einen Anwalt, um das zu verstehen. Es gibt auch Deutsche, die Probleme mit den Dokumenten vom Jobcenter haben, mit dieser bürokratischen Sprache.

Wie geht es für dich jetzt weiter?

Ich möchte mich in dieser Gesellschaft beweisen. Ich möchte arbeiten, ich möchte die Sprache lernen. Ich möchte mich selber besser fühlen. Ich möchte in dieser Gesellschaft handeln. Fast alle Flüchtlinge denken so, aber sie brauchen auch eine Chance. Ich kenne Flüchtlinge, die Ingenieure, Mediziner sind oder studieren. Sie wollen arbeiten, Teil der Gesellschaft sein, aber haben diese Chance nicht. Darum hoffe ich, dass die deutsche Gesellschaft offen für sie sein wird. Ich bin so glücklich, dass ich diese Chance habe, und dass ich inzwischen deutsche Freunde habe.

Was sind deine Hoffnungen – für dich und auch für Syrien?

Also ich hoffe, dass der Bürgerkrieg endet. Für immer. Und nicht nur in Syrien, sondern überall. Denn durch die Erfahrung dieses Krieges kenne ich nun die Bedeutung von Krieg. Ich hoffe, mich als Teil dieser Gesellschaft zu beweisen, dass ich die Chance habe, mich selbst zu beweisen, meine Fähigkeiten zu beweisen. Und ich hoffe für meine deutschen Freunde alles Beste. Denn diese haben mir sehr geholfen und ich schätze das so sehr. Meine Message an Flüchtlinge und die deutsche Gesellschaft: Seid offener miteinander. Ich hoffe, dass die Anhänger von PEGIDA und LEGIDA nachdenken. Ich bin sicher, ihr seid Menschen wie ich. Ich jedenfalls bin ein Mensch wie ihr. ■

»WIR WOLLTEN DIE ZUSTÄNDE NICHT HINNEHMEN«

Ein Interview mit Sandra Münch von BON COURAGE

In Großstädten wie Leipzig gibt es meist eine Vielzahl von Angeboten zur Unterstützungsarbeit für Asylsuchende sowie für Betroffene von rassistischer und neonazistischer Diskriminierung. Im ländlichen Raum gibt es dagegen nicht nur wenige solcher Angebote, sondern Engagierte sind auch besonderen Widerständen ausgesetzt. **chronik.LE** hat mit Sandra Münch vom Verein BON COURAGE über Erfolge und Schwierigkeiten ihrer Arbeit in Borna, einer Kleinstadt im Landkreis Leipzig, gesprochen.

CHRONIK.LE: Den Verein BON COURAGE gibt es seit 2007. Was hat euch damals dazu bewogen den Verein zu gründen?

Sandra: Die Zustände waren damals in Borna einfach nicht mehr ertragbar. Rechte Gewalt und Stress mit Neonazis überall, kein Gegenangebot und eine Stadtgesellschaft die sagt, ein Problem mit rechts gibt es nicht. Wir haben gemerkt, dass selbst wenn wir erzählen, es niemanden gibt, der uns zuhört. Damals haben sich zwei Gruppen von Jugendlichen zusammengetan und den Verein gegründet. Ziel war es aufzuklären und einfach etwas gegen rechts zu machen. Wir wollten die Zustände nicht mehr so hinnehmen.

Als Erstes haben wir dann drei Projektstage unter dem Titel „Faschismus gestern, heute, niemals wieder“ organisiert. Damals war uns wichtig, das Thema erst mal zu setzen und in die Gesellschaft hinein zu tragen. Von Anfang an gab es einen starken Fokus auf Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit. So organisieren wir von Anfang an jedes Jahr Gedenkstättenfahrten.

Hat sich die Wahrnehmung der Menschen vor Ort durch eure Arbeit verändert?

Ich würde nicht sagen, dass sich die Wahrnehmung nur aufgrund von uns geändert hat. Aber wir haben schon Prozesse angeregt, sich mit Problemen auseinanderzusetzen. In der Gründungszeit unseres Vereins bestand ja auch noch die neonazistische „Gedächtnisstätte“ des COLLEGIUM HUMANUM (CH) in Borna. Dagegen haben wir versucht, Protest zu organisieren, dass die wieder abhauen. So hat z.B. der damalige Oberbürgermeister das Kreuz geschmiedet, welches das CH dort aufstellen wollte. Ich glaube, das war ihm gar nicht bewusst. Indem wir das skandalisiert haben, ist ihm klar geworden, was das überhaupt für Leute sind.

Im Laufe der Jahre hat sich die Arbeit des Vereins gewandelt. Seit einiger Zeit ist das Thema Asyl und die

Unterstützung Asylsuchender dazugekommen. Wie kam es dazu?

Das kam tatsächlich eher zufällig zustande, als ein Vereinsmitglied 2009 eine Familie aus der nahegelegenen Asylunterkunft kennengelernt hat. Am Anfang haben wir die Familie eher privat besucht. Wir haben dann gesehen, dass es hier echt krasse Zustände direkt vor unseren Augen gibt. Wir haben das dann in den Verein getragen und den Verein als Plattform genutzt, um dieses Thema aufzugreifen, Projekte durchzuführen und Öffentlichkeitsarbeit zu machen.

Wir waren immer in den Heimen und viele Leute hatten Fragen zu Briefen und anderen Dingen. Aus dem starken Bedarf heraus ist dann 2013 die Beratungsstelle für Geflüchtete entstanden. Damals gab es gar nichts: keine Flüchtlingssozialarbeit, keine Migrationsberatung, nichts dergleichen. Anfangs haben wir das alles im Ehrenamt gemacht. Als es dann Flüchtlingssozialarbeit gab, haben wir uns hauptsächlich auf die Beratung bei Fragen und Problemen im Asyl- und Aufenthaltsverfahren konzentriert. Dazu hatten wir uns in den Jahren zuvor sehr viel Wissen angeeignet. 2016 haben wir schließlich eine Projektförderung bekommen, wo das Informieren und Aufklären von Geflüchteten ein wichtiger Bestandteil ist. Anfangs war es nie so gedacht, dass wir eine so professionelle Beratungsstelle wie heute werden. Das hat sich im Prozess so ergeben.

Wie wurde die Arbeit von den Geflüchteten angenommen?

Am Anfang kamen nur Leute zu uns, mit denen wir private Kontakte und Freundschaften gepflegt haben. Unser Angebot hat sich im Laufe der Zeit rumgesprochen. Heute kommen teilweise Leute aus anderen Landkreisen zu uns. Sie kommen zu uns, weil sie das Gefühl haben, hier bekommen sie die Unterstützung die sie brauchen. Uns ist dabei die Begegnung auf Augenhöhe wichtig.

Mit eurer Arbeit habt ihr euch ja nicht nur Freunde gemacht. Kannst du beschreiben, was dem Verein in seiner Geschichte alles entgegengeschlagen ist?

Seitdem der Verein besteht, hatten wir Feinde. Wir waren bei einigen nie sehr beliebt in Borna. Von Anfang an gab es sehr viel Gegenwind von konservativen Kräften und Parteien. Man hat versucht, uns lächerlich zu machen und wir wurden kaum ernst genommen.



Mai 2016 in Borna: Anschlag auf Bon Courage e.V. Erst einen Monat zuvor war der Verein in die neuen Räume eingezogen.

Wir hatten schnell den Stempel linksradikal zu sein, was immer das bedeuten mag. Das ging soweit, dass wir auf der Straße als Bombenleger bezeichnet wurden. Beim Thema Asyl waren die ersten Feinde, die wir uns gemacht haben, die Behörde selbst und die Heimleitungen. Wir haben natürlich kein Blatt vor den Mund genommen und kritisieren was da schief läuft und jahrelang unter Verschluss gehalten wurde – vom Gutscheinsystem über Unterbringung in Baracken. Wir waren damit eine der ersten, die dies im Landkreis angesprochen haben. Als das Thema im Sommer 2015 auf einmal die ganze Gesellschaft interessierte, wurden wir auf einmal ganz anders wahrgenommen, positiv wie negativ. Mittlerweile ist es keine Seltenheit mehr, dass fremde Leute in unser Büro kommen und uns erzählen wollen, was für rassistischen Quatsch sie denken. Der Höhepunkt war der Anschlag auf unser Büro im Mai 2016. Damals wurden an unserem Büro, das wir erst seit einem Monat bezogen hatten, die Fensterscheiben mit Pflastersteinen eingeworfen und Buttersäure verkippt.

Nach dem Anschlag habt ihr einen Unterstützungsauftrag verfasst. Wie war da die Rückmeldung?

Wir haben unglaublich viel Unterstützung erfahren. Mittlerweile würde ich sogar darüber streiten, ob uns der Anschlag mehr geschadet oder mehr genutzt hat. Klar waren die Fenster kaputt und das Büro riecht immer noch, aber es haben sich so viele Leute mit uns solidarisiert, auch Leute, die sonst eher immer zurückhaltend waren. Die Kirchgemeinde Borna hat z.B. für uns eine Kollekte gesammelt. Auch einzelne Bornaer_innen sind vorbeigekommen und haben ihr Bedauern ausgedrückt oder gespendet. Am Ende hatten wir einen vierstelligen Spendenbetrag mit dem wir die Scheiben ersetzen konnten. Die Aufmerksamkeit, die wir durch den Anschlag bekommen haben, war enorm.

Wie würdest du die aktuelle Stimmung in Borna beschreiben?

Eigentlich würde ich die Stimmung als ruhig beschreiben. In Borna leben ja auch schon länger Migrant_innen und es ist nicht wie in anderen Dörfern, wo die Leute zum ersten Mal eine Frau mit Kopftuch sehen. Aber wenn man dann zusammenträgt, was in Borna passiert, lässt sich schon eine starke Zunahme vor allem an rassistisch motivierten Vorfällen beobachten. Klar ist das Thema gesellschaftlich nicht mehr

so virulent, aber die Ausdrucksformen der Ablehnung werden meines Erachtens gewalttätiger. Und im Alltag ist es, insbesondere für Geflüchtete, deutlicher spürbar.

Wie nehmen Geflüchtete die Situation wahr?

Ich glaube, das lässt sich nicht pauschalisieren. Jede_r macht da andere Erfahrungen. Geflüchtete, die schon länger, also mehrere Jahre, in Borna leben, haben mir berichtet, dass sie im letzten Jahr schon eine Änderung der Situation wahrgenommen haben. Teilweise werden sie in der Öffentlichkeit angepöbelt und bespuckt. Da sie schon länger da sind, verstehen die meisten auch die dazugehörigen Beleidigungen. Aber viele dieser alltäglichen negativen Erlebnisse werden uns schon gar nicht mehr berichtet, weil es für sie zur Normalität geworden ist.

Was ist deine Zukunftsperspektive für den Verein?

Diese Frage diskutieren wir auch am Ende unserer neuen Broschüre. Bezüglich dieser Perspektive haben wir lange überlegt und sie schließlich offen gelassen, weil wir weder wissen, was uns als einzelne Aktive in Zukunft erwartet, noch welchen Bedarf es in Zukunft geben wird. Toll wäre es, wenn wir eine Gesellschaft hätten, in der es uns nicht braucht. Erst mal werden wir natürlich weiter machen. ■

Broschüre „10 Jahre Bon Courage“

Der Verein BON COURAGE wurde im Januar 2007 gegründet. Zum zehnjährigen Geburtstag wird der Verein eine Broschüre veröffentlichen. Im Vorwort wird die Intention wie folgt beschrieben:

„Runde Geburtstage sind einerseits natürlich ein Grund zum Feiern, andererseits aber auch eine passende Gelegenheit, die Ereignisse und vereinsinternen Entwicklungsprozesse der vergangenen 10 Jahre im Zusammenhang zu erfassen und intensiv zu reflektieren, um Erfolge, aber auch Rückschläge sichtbar zu machen und die Ursachen zu analysieren. Diese Selbstreflexion ist eng mit dem Wunsch verbunden, die gewonnenen Erkenntnisse nicht nur auf die kontinuierliche Weiterentwicklung des eigenen Vereins zu beziehen, sondern auch andere Akteur_innen an den Erfahrungen und den daraus gezogenen Konsequenzen teilhaben zu lassen.“

Die Broschüre kann voraussichtlich ab Januar 2017 kostenlos bei BON COURAGE E.V. bezogen werden.

www.boncourage.de

»DAS ALLES IST KEIN ZUSTAND«

Ein Interview mit Isabel Schmidt, Sozialbetreuerin in einer Gemeinschaftsunterkunft

*Der Artikel ist mit Fotos aus der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Leipzig Dölitz bebildert. Unsere Interviewpartnerin arbeitete jedoch nicht in dieser, sondern einer anderen Leipziger Einrichtung.

CHRONIK.LE: Isabel, stell Dich doch bitte kurz vor. Wer bist du und wie bist du Sozialbetreuerin in einer Unterkunft geworden?

Isabel: Ich habe zu Beginn dieses Jahres angefangen in einer großen Gemeinschaftsunterkunft, die als Notunterkunft galt, zu arbeiten*. Groß meint, dass zu vollen Zeiten über dreihundert Bewohner_innen dort lebten. In diesem Arbeitsbereich sind gerade viele Stellen frei und es ist leicht reinzukommen. Ich brauchte dringend einen Job und da war er.

Wie war dein Eindruck, als du angefangen hast zu arbeiten?

Es war sehr chaotisch. Die Unterkunft wurde zeitgleich mit meinem Arbeitsbeginn eröffnet. Das Team war nicht eingearbeitet und die Wenigsten hatten eine sozialarbeiterische Ausbildung. Viele kamen aus Fachrichtungen, die im entferntesten Sinne etwas mit Pädagogik zu tun haben, andere waren Naturwissenschaftler_innen. Alle zusammen wurden wir einfach ins kalte Wasser geworfen.

Es ging gleich am ersten Tag damit los, dass ankommende Bewohner_innen Nervenzusammenbrüche hatten, als sie die Unterkunft sahen. Es wirkte sehr provisorisch und die Überforderung des Teams war deutlich. Wir wurden auf nichts vorbereitet. Wir haben uns alles erst im Laufe der Monate selbst erarbeitet.

Wie habt ihr euch im Team ausgetauscht? Gab es Dinge wie Supervision, um auch Probleme nicht mit nach Hause zu nehmen?

Ja, es gab Teamsitzungen und Supervisionen. Letzteres gab es meiner Meinung nach zu wenig, da es eine emotional sehr belastende Arbeit war. Insbesondere wenn Menschen mir erzählten, warum sie fliehen mussten und was auf der Flucht passiert war. Es war manchmal schwer, damit umzugehen. Wir hatten keine Zeit für richtige Fallberatungen, was an manchen Stellen aber hilfreich gewesen wäre. Es gab viele Schilderungen, die mir sehr nahe gegangen sind. Viele der Bewohner_innen hatten Familienmitglieder und Freund_innen verloren oder selbst enorme Gewalt erlebt. Insbesondere wenn mir Kinder von ihren Erfahrungen er-

zählten, war das schwer auszuhalten. Ein sechsjähriges Kind malte ein Bild von einer Person mit gelben Augen und fragte mich dann: „Weißt du was das bedeutet – gelbe Augen?“ Und ich sagte „Nein“. Es antwortete darauf: „Ja, dann ist man tot, wie bei meinem Papa.“ Ihr Vater wurde in Syrien durch eine Bombe getötet.

Wie war das Leben für die Bewohner_innen der Unterkunft?

Für manche Bewohner_innen war diese Unterkunft schon die siebte, in die sie innerhalb Sachsens ziehen mussten. Viele von ihnen waren schon ein Jahr in Deutschland und hatten einfach die Hoffnung, jetzt in eine bessere Unterkunft zu kommen. Dies war bei uns nicht der Fall. Ich empfand die Unterkunft, kurz gesagt, als menschenunwürdig. Es gab Leute die sich geweigert haben einzuziehen, als sie die Unterkunft gesehen haben - allerdings blieb ihnen letztendlich keine andere Wahl. Das hinterließ bei allen Beteiligten ein Ohnmachtsgefühl. Ich habe mich jedes einzelne Mal schlecht gefühlt, als ich Menschen bei ihrer Ankunft ihren „Raum“ zeigen musste.

Wie war es denn mit der Privatsphäre und anderen Bedürfnissen in der Unterkunft?

Ich glaube, dass es in dieser Unterkunft keine Chance gab, Bedürfnisse wie Ruhe, Privatsphäre oder Sicherheit ausreichend zu erfüllen. Wir reden hier davon, dass dreihundert Menschen, darunter teilweise 80 Kinder zusammen in einer Halle, nur getrennt durch Pressspahnplatten, leben sollten. Viele Bewohner_innen beschwerten sich über den Lärm und darüber, dass sie nachts nicht mehr schlafen konnten. Das Licht wurde reguliert. Es gab auf den Zimmern weder Lampen noch Steckdosen und statt Türen gab es Vorhänge. Über das Essen gab es massive Beschwerden. Den Bewohner_innen wurde das Geld für das Essen abgezogen und wenn ihnen das Essen nicht schmeckte, gab es keine Möglichkeit dieses abzubestellen. Das alles ist kein Zustand, in dem ich mich wohlfühlen würde. Es gab Geflüchtete, die schliefen nicht in der Unterkunft, die haben Freund_innen oder Verwandte in Leipzig - aber das Glück haben nun mal nicht alle.



photo: Tim Wagner

Gemeinschaftsraum in der Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Leipzig Dölitz

Die Umstände der Unterbringung klingen ja alles andere als angenehm und können ja vielleicht auch Streit unter den Bewohner_innen auslösen. Gab es so was bei euch?

Ich finde, für die Bedingungen unter denen die Menschen dort leben mussten, gab es relativ wenig Konflikte. Es gab einige wenige Schlägereien und sehr wenige Polizeieinsätze. Die Konflikte kamen auch daher, dass die Leute ganz unterschiedliche Bedürfnisse hatten, die sich eben teilweise widersprachen. Wenn du Menschen hast, die alleine reisen, die wollen möglicherweise nicht um 10 das Licht ausmachen und die Nachtruhe einhalten. Familien brauchen aber vielleicht genau das. Wenn das dann alles de facto in einem Raum zusammenkommt ist es vorprogrammiert, dass es da Streitigkeiten gibt. Meiner Beobachtung nach waren Konflikte oft an die Nationalität gebunden, aber der Auslöser war zumeist Alltagsprobleme.

Der Leipziger Flüchtlingsrat hat bei Informationsveranstaltungen zu geplanten Unterkünften erzählt, dass es islamistische Anwerbeversuche in Unterkünften gegeben habe. Hast du so was bei euch mitbekommen?

Also Anwerbeversuche gab es bei uns nicht, zumindest haben wir diese nicht wahrgenommen. Es gab aber Bewohner_innen, die zum Beispiel IS-verherrlichende Musik gehört haben. Auf so etwas wurde entsprechend reagiert. Alle meine Kolleg_innen waren für dieses Thema sensibel. Wobei dieser Vorfall wirklich eine Ausnahme war.

War es für dich als Frau anders in der Unterkunft zu arbeiten?

Ja, ich hatte tatsächlich einige Schwierigkeiten mit sexistischem Verhalten mir gegenüber, was allerdings

in den allerwenigsten Fällen von Bewohnern ausging, sondern von einzelnen Securitymitarbeitern.

Ich hatte das Gefühl, dass besonders bei jungen, geflüchteten Männern die Idee da war, „Hm – vielleicht kann ich die noch ein bisschen besser kennenlernen“. Klar, die Leute sind alleine und du als Sozialbetreuer_in bist immer da und ansprechbar und in den meisten Fällen freundlich. Aber das war kaum ein Problem, bisher wurde jedes „Nein“ meinerseits auch akzeptiert.

Wie war das Verhältnis zum Wachschutz?

Ich hatte von den meisten Mitarbeiter_innen des Sicherheitsdienstes einen guten Eindruck. Klar waren es auch sehr unterschiedliche Menschen, die da gearbeitet haben. Einige von denen haben, ähnlich wie bei den Sozialbetreuer_innen, den Beruf auch erst vor kurzem angefangen, einfach weil der Bedarf gerade so hoch ist. Kaum Eine_r hatte vorher bereits in Unterkünften gearbeitet. Hier und da entstand der Eindruck, dass sie weniger Erfahrungen im Umgang mit Konflikten hatten. Insgesamt kann ich sagen, dass sie den Bewohner_innen gegenüber in den meisten Fällen fair handelten. Gerade habe ich über Facebook erfahren, dass einer der Mitarbeiter mit LEGIDA und ein zweiter mit dem Pendant aus Halle sympathisieren. Die beiden sind dann auf jeden Fall fehl am Platz.

Wie waren deine Kontakte zu Behörden?

Für das Sozialamt sollten wir beispielsweise eine Sozialprognose für die Bewohner_innen erstellen. Diese dient zur Genehmigung eines möglichen Auszuges in eine Wohnung. Wir mussten einen Zettel ausfüllen, bei dem bei jeder Frage zwischen einem lachendem, einem neutralen und einem traurigen Smiley ausgewählt

werden konnte. So sollte das Verhalten der Leute bewertet werden. In dem Bogen wird beispielsweise gefragt, ob von der Person der Müll ordentlich getrennt wurde. Das ist in einer Unterkunft, die ohne Mülltrennung funktioniert ja wohl ein Witz. Mir ist unerklärlich, was Mülltrennung damit zu tun hat, ob Menschen in einer Wohnung wohnen dürfen.

Haben sich die Bewohner_innen in der Stadt willkommen gefühlt?

Was mir immer wieder erzählt wurde, war, dass es schwer ist, Deutsche kennenzulernen und dass das genau das ist was sich viele Leute wünschen. Ich wurde des Öfteren gefragt: „Hey, hast du nicht Freunde oder Freundinnen mit denen du mich in Kontakt bringen kannst?“

Viele Bewohner_innen hatten Probleme mit den Leipziger Verkehrsbetrieben. Nach wenigen Tagen in Leipzig muss nicht erwartet werden, dass alle Menschen wissen, wie der Ticketkauf funktioniert, so kam es immer wieder zu Missverständnissen und unzähligen, rigorosen Geldstrafen.

Einige Bewohner_innen erlebten auch Anfeindungen von Neonazis. Sie wurden bei ihrer Ankunft von diesen fotografiert oder in der Stadt verbal angegriffen.

Wie ist die Perspektive der Bewohner_innen? Wollen die meisten bleiben oder haben sie andere Pläne?

Das war super unterschiedlich! Ich glaube es gab sehr viele, sehr verschiedene Zukunftsperspektiven. Es gab Leute, die ganz klar in Deutschland bleiben wollten. Allerdings bekamen viele der Geflüchteten nur einen subsidiären Schutz. Das heißt, es wurden weder „Flüchtlingsschutz“ noch die „Asylberechtigung“ gewährt. Die Aufenthaltserlaubnis wurde dann für ein Jahr erteilt und kann danach für zwei weitere Jahre zu verlängert werden. Eine langfristige Perspektive z.B. im Bezug auf das Beenden des Abiturs oder ein Studium war

dementsprechend schwierig. Das kostet viel Zeit und wenn du nicht weißt, wie überhaupt deine nahe Zukunft aussieht, ist das schwer umsetzbar. Es gab Leute, die gingen zurück in die Länder, aus denen sie geflohen waren. Die Gründe dafür waren sehr verschieden, beispielsweise, weil ein anderes Familienmitglied dort entführt wurde und die Person sich verantwortlich gefühlt hat. Es sind aber auch Menschen aufgrund mangelnder Perspektive zurückgegangen. Bei manchen war der Frust so groß, da sie nach ihrer langen Flucht ein Jahr in Deutschland waren und immer noch in einer Massenunterkunft leben mussten.

Wie ist deine Zukunftsperspektive auf die Arbeit?

Ich denke, das ist kein Beruf den ich lange aushalten werde. Die Arbeit mit Menschen, die derartige Gewalt erlebt haben, und nun in unzumutbaren Zuständen leben mussten, war schwer. Ich wusste nie, wie mein Arbeitstag werden würde. Es konnte ein superschöner, entspannter Tag oder die absolute Katastrophe sein. Ich habe schon das Gefühl gehabt, Leute unterstützen zu können, aber nicht in dem Maße, in dem ich es gerne gewollt hätte. Das war ein bisschen das Dilemma, in dem ich steckte.

Ich fand es völlig unterstützenswert, wenn Bewohner_innen sich gegen ihre schlechte Unterbringung wehrten und gleichzeitig war ich machtlos und konnte an den Zuständen nur sehr wenig ändern. Und dann kam auch schon das nächste, um was ich mich kümmern musste - für ein politisches Wirken auf die Behörden oder die Stadt blieb da kaum Zeit.

Als irgendwann die fünfte Person zu mir kam und sagte: „Ich kann nicht Schlafen. Mir geht es so schlecht seit ich hier bin.“ und ich dastand und sagte: „Ja, das sehe ich, aber ich kann daran nichts ändern.“, dann war das sehr frustrierend für mich. Es bringt nichts, wenn ich den Leuten sage, kauf dir Ohropax und eine Schlafmaske. Was soll ich den Leuten erzählen?

Ich denke, unser Sozialbetreuer_innenteam war trotz der gegebenen Umstände eine wichtige Unterstützung für die Bewohner_innen. Viele ehemalige Bewohner_innen kamen nach ihrem Auszug zu Besuch und einige sagten, dass wir für sie wie eine zweite Familie geworden sind, andere vermissten uns.

Was würdest du dir wünschen? Sowohl was eure Arbeit, als auch das Leben der Menschen erleichtern würde?

Wohnraum wäre wichtig. Die Menschen sollen in Wohnungen leben können und nicht in Massenunterkünften. Die medizinische Versorgung müsste dringend unbürokratischer laufen. Es muss möglich sein, mit einer Karte zum Arzt gehen zu können, ohne vorher von Behörde zu Behörde tingeln zu müssen, um sich Krankenscheine zu holen. Familiennachzüge müssten schneller ablaufen. Und ein Ende der Abschiebungen. ■



Erstaufnahmeeinrichtung für Geflüchtete in Leipzig Döllitz

»MANCHMAL HABE ICH KEINE LUST MEHR AUF LEIPZIG« *Von Bernard Kololo*

Betroffene von rassistischer Diskriminierung erleben diese nicht nur als offene Anpöbelung oder gar körperlichen Angriff durch Neonazis, sondern als subtile Ausgrenzungen oder Anfeindungen durch ihre Mitmenschen im Alltag. Gerade diese kleinen, alltäglichen Vorfälle stellen durch ihre Häufigkeit eine besondere Belastung dar – auch in einer vermeintlich weltoffenen und toleranten Stadt wie Leipzig. Im Folgenden dokumentieren wir den Erlebnisbericht von Bernard, der in Leipzig lebt und studiert.



Photo: David - Flickr CC BY 2.0 - no changes

Seitdem ich nach einem längeren Auslandsaufenthalt wieder in Leipzig lebe, habe ich häufig mit starken Verspannungen zu kämpfen, die teilweise so heftig sind, dass ich nicht richtig schlafen kann und wirklich unschöne Momente in meiner Gefühlswelt erlebe. „Tja, Stress!“, denk‘ ich mir. Bisher hatte ich den Auslöser dafür in meinem Studium sowie meinen Nebenjobs gesehen. Dass meine Rassismuserfahrungen auch nicht gerade Entspannung bringen würden, hatte ich nur vermutet. Gestern nun aber wurde mir endgültig klar, dass Rassismus keine Nebenrolle spielt, sondern hauptsächlich dafür verantwortlich ist, wenn mein Stresslevel durch die Decke geht.

Es fing eigentlich alles ganz schön an. Ich traf mich mit einer Frau, die ich vor einiger Zeit in einer Bar kennenlernte. Und ich freute mich darüber, nach einem sehr arbeitsintensiven Semester mal wieder etwas für mich zu machen, nämlich jemanden zu daten. Wir gingen in das Coffee Culture gegenüber des neuen Seminargebäudes, bestellten uns etwas zu trinken und setzten uns nach draußen, um etwas zu quatschen.

Nach einem etwas holprigen Start redeten wir über Gott und die Welt und verstanden uns gut. Als sie mir gerade eine lange Liste mit mexikanischen Bands aufschrieb, stand plötzlich ein junger Typ, vielleicht Anfang 20, viel zu dicht neben mir. Ich war erst irri-

tiert, schaute dann aber zu ihm hoch. „Entschuldigung ... Was willst du?“

„Was macht ihr da?“

„Ähm, das geht dich gar nichts an?“

„Doch, ich bin vom Sicherheitsdienst.“

„Das mag ja sein, aber könntest du uns bitte einfach in Ruhe lassen!?“

„Naja, ich muss ja erstmal sichergehen, dass ihr keine Bomben baut.“

Er lacht.

„Ich find das nicht witzig. Kannst du bitte einfach weitergehen?“

„Nein. Woher kommt ihr? Du bist doch aus Afrika, oder? Und die da, ist das deine Freundin?“

„Ich bin dir keine Antwort schuldig. Das ist eine Freundin, sie schreibt mir eine Liste mit Bands auf und jetzt geh‘ und lass uns in Ruhe!“

„Nein! Ich gehe erst, wenn du mir sagst woher du kommst!“

Der Typ wird echt ungemütlich. Er nimmt eine drohende Haltung ein und kommt noch näher ran. Ich bleibe trotzdem ruhig, verbiete mir mal wieder, in Leipzig auszurasen. Ich schaue ihn fest an.

„Ich bin Berliner. Und jetzt geh!“

„Aber deine Eltern sind doch Ausländer!“

„Nein, lass uns jetzt in Ruhe!“

Das Gespräch geht so noch eine Weile weiter. Ich möchte nicht alles wiederholen, nur so viel: Es war sehr verletzend. Am Ende verabschiedet er sich mit einem Wasserfall an Beschimpfungen, zuletzt: „Ihr beide seid eine

Beleidigung für meine Augen!“ Sagt es und geht breit grinsend davon.

Die Stimmung war im Eimer. Auch die beruhigend gemeinten Worte meines Gegenübers konnte nicht helfen: „Mach dir nichts draus, ich kenne das sehr gut. Die Wohnungssuche in Leipzig war schrecklich. Ständig habe ich Absagen von Vermietern bekommen oder Menschen wollten mich nicht in ihrer WG haben; angeblich weil ich nicht richtig Deutsch spreche.“

Ich bat sie darum, mit mir Richtung Volksmarsdorf zu laufen, wo wenigstens ein paar PoC in Kackzig wohnen. Schnell in ein sicheres Gebiet, schnell nach Hause. Unsere Gespräche nahmen eine drastische Wendung. Ab da ging es nur noch um Deutschland, Kulturen, Gefahren, Rassismus – und den Wunsch nach Berlin zu ziehen.

Ich mochte Victor Klemperers Satz immer sehr gern: „Worte können sein wie winzige Arsendosen, sie werden unbemerkt verschluckt, sie scheinen keine Wirkung zu tun, und nach einiger Zeit ist die Giftwirkung doch da.“

Das gestern war eine Überdosis. Ich lag gestern Nacht im Bett, mein Rücken war steinhart, und ich ärgerte mich über mich selbst, dass ich wieder einmal ruhig geblieben bin, wieder einmal geschluckt habe.

Manchmal habe ich keine Lust mehr auf Leipzig. ■

Der Text ist zuerst im August 2015 im Blog trollbar.de erschienen, der seit mehreren Jahren über Alltagsrassismus in Leipzig und Deutschland berichtet.

www.trollbar.de

ANARBEITEN GEGEN EINE FALSCH GEGENÜBERSTELLUNG

Antimuslimischen Rassismus zu Antisemitismus in Beziehung setzen

von Nicola Eschen

Jede gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit verdient eine eigene Betrachtung. Nach der Ermordung einer Muslimin im Dresdner Landesgericht 2009 habe ich das NETZWERK GEGEN ISLAMFEINDLICHKEIT UND RASSISMUS (NIR) Leipzig mitbegründet und mich die nächsten Jahre über intensiv mit antimuslimischem Rassismus (amR) befasst. Ich erinnere mich an meinen Vorschlag zu Beginn der Arbeit, eine besondere Kooperation mit Gruppen, die gegen Antisemitismus arbeiten, anzustreben.

[1] Sprachwissenschaftlerin und Geschäftsführerin des INSTITUTS FÜR MEDIENVERANTWORTUNG aus Erlangen.

[2] Vgl. <http://www.welt.de/kultur/article133303492/So-schafft-man-den-Antisemitismus-juristisch-ab.html>.

Zu der Zeit funktionierte das nicht. Merkwürdigerweise waren sich viele Aktive und Gruppen einig, dass ich mich entscheiden müsse zwischen der Kritik an antimuslimischem Rassismus und der an Antisemitismus. Unser Kontakt mit Aktivist_innen gegen Antisemitismus beschränkte sich auf deren Besuch bei einer Veranstaltung mit Sabine Schiffer^[1] – als diese anscheinend feststellten, dass es sich nicht um eine antisemitische Veranstaltung handelte, gingen sie gelangweilt. Ich gehe davon aus, dass sie andernfalls (zurecht) die Veranstaltung gestört hätten. Aber warum sollte eine Veranstaltung gegen antimuslimischen Rassismus überhaupt antisemitisch sein? Die Unmöglichkeit einer solidarischen Praxis der Arbeit gegen amR und der Arbeit gegen Antisemitismus ist für mich eine schmerzvolle und ärgerliche Erfahrung, über die ich viel nachgedacht habe.

Mittlerweile denke ich, nicht nur die Gegenüberstellung ist falsch. Mehr noch: Es gibt Phänomene im deutschen antimuslimischen Rassismus, die nur verständlich werden, wenn man deren Beziehung zum aktuellen Antisemitismus hinzuzieht. Diese Beziehung besteht nicht in einer zufälligen Gemeinsamkeit, sondern in einer besonderen historischen Wechselwirkung. Noch genauer: ohne die industrielle Ermordung europäischer Jüdinnen und Juden durch eine deutsche Regierung, getragen von einer deutschen Massenbewegung; ohne die komplexe und komplexbeladene Nicht-Aufarbeitung dessen in der darauffolgenden Zeit in beiden deutschen Staaten würde amR heute anders aussehen und völlig andere Funktionen erfüllen.

Das frustrierende Neben- und manchmal Gegeneinander der Arbeit gegen Antisemitismus und derje-

nigen gegen antimuslimischen Rassismus in Leipzig ordne ich in diese Verstrickung ein.

Modernisierter Antisemitismus

Antijudaismus und Antisemitismus sind fest in der dominanten (christlichen) Kulturgeschichte des heutigen Deutschlands verankert. Allerdings hat das Ende der nationalsozialistischen Herrschaft sich auf die Form ausgewirkt, die Antisemitismus heute annimmt. Der Vorwurf des Antisemitismus wiegt nach allgemeinem Verständnis schwer. Wer sich heute dazu bekennt, Antisemit_in zu sein, muss sich zu Auschwitz verhalten. Darauf baut ein relativ breiter Konsens, nach dem Antisemitismus schrecklich ist, allerdings oft so unverstanden schrecklich, dass er die eigene Vorstellungskraft übersteigt und damit den Boden der unmittelbaren modernen Realität zu verlassen droht.

Die Kehrseite der häufig wirksamen Ächtung von Antisemitismus im öffentlichen Raum sind Verschiebungen oder Ersatzhandlungen. Antisemitische Bilder und Assoziationsketten funktionieren meistens verschlüsselt, ohne die Erwähnung von Jüdinnen_Juden. Während Antisemitismus in Deutschland als Bestandteil der NS-Herrschaft viel Raum zugestanden wird, scheint es manchmal, mit dem Ende dieser Herrschaft sei auch die Geschichte des Antisemitismus abgeschlossen. Jüngst urteilte gar ein Oberlandesgericht, eine judenfeindliche Äußerung sei erst dann antisemitisch zu nennen, wenn sie sich positiv auf „1993 bis 1945“ beziehe.^[2] Die Richterin bezeichnete Antisemitismus als ein Totschlagargument. Eine solche Sichtweise tabuisiert nicht mehr Antisemitismus, sondern den Vorwurf des Antisemitismus.

Wenige wollen antisemitisch sein – leichter ist es, dagegen zu kämpfen, als antisemitisch bezeichnet zu werden. Die Schuld lässt sich nach außen verlagern, indem allein andere (Neonazis/Ostdeutsche/Muslim_innen) für Antisemitismus verantwortlich gemacht werden. Wer Rassismus nur noch in Israel findet, lädt ihn auf Jüdinnen_Juden ab. Wer Jüdinnen_Juden für die sogenannte Aufarbeitung, diese wiederum für Antisemitismus verantwortlich macht, lädt selbst Antisemitismus auf Jüdinnen_Juden ab.

In Bewegung gerät die Arbeit gegen Antisemitismus erst, wenn die Wahrnehmung von Antisemitismus aus der – weggeschobenen – Ferne zurückgeholt wird.

Auf der sicheren Seite stehen

Welche Reflexe finden in meiner direkten Umgebung statt? Welche Denkmuster erlebe ich an mir selbst? Ich selbst?! Es ist schwierig und schmerzhaft, über eigenen Rassismus und Antisemitismus nachzudenken. Beide haben Wissensbestände geprägt, sie bilden Alltagsverstand und Gewohnheit (und gesellschaftliche Machtverhältnisse) und müssen mühsam verlernt werden. Das ist schwierig, denn es stellt mich selbst unter Verdacht. Schlimmer noch, ich kann davon ausgehen, antisemitische und rassistische Versatzstücke in mir zu finden: unter meinen eigenen Reflexen, Selbstverständlichkeiten, Ängsten.

Das verunsichert. Wie gehe ich damit um? Viele suchen sich scheinbar sichere Haltepunkte. Ich nenne einen dieser Haltepunkte: auf der sicheren Seite stehen. Es verspricht die erhoffte Klarheit, wenn ich in der unübersichtlichen Gemengelage eine große Alternative festlege. Beliebte ist: Bist du gegen Antisemitismus oder gegen antimuslimischen Rassismus? (Auch in der Frage nach Israel- oder Palästina-Solidarität wird oft diese Frage mitverhandelt.) Daraus spricht die Hoffnung: da ich mich entschieden auf eine Seite schlage, bin ich ganz sicher nicht antisemitisch, nicht rassistisch. Diese Zuspitzung halte ich für eine der größten Gefahren in der Arbeit gegen Antisemitismus und gegen amR.

Tabuspiele

So unterschiedlich es um die Tabuisierung von Antisemitismus und antimuslimischem Rassismus steht, gemeinsam ist beiden die Abwehr. Antimuslimischer Rassismus ist nicht tabu, darum funktioniert er als Türöffner für andere Menschenfeindlichkeiten. Als sich LEGIDA/PEGIDA gegen die „Islamisierung des Abendlands“ versammelten, drückten sie damit eine unmissverständliche Hassbotschaft aus, die weit mehr Menschen als nur Muslim_innen betrifft. Jahrelang hatten

Aktive Diskussionen über die Frage geführt, ob Muslimfeindlichkeit überhaupt die Bezeichnung Rassismus oder Diskriminierung verdiene. Nun mobilisierte NO-LEGIDA als erste große Demo in Leipzig gegen eine antimuslimische Parole. Augenzeug_innen und einzelne Journalist_innen berichteten zwar über antisemitische Äußerungen und Plakate auf LEGIDA/PEGIDA-Demos. Diese Beobachtung ging allerdings kaum in die allgemeine Berichterstattung über LEGIDA ein. Klingt „antisemitisch“ zu krass, um wahr zu sein? „Islamfeindlich“ dagegen wird als Selbst- wie als Fremdbezeichnung eingesetzt.

Der Umgang mit Tabus scheint zu sagen: „Antimuslimischen Rassismus gibt es nicht; muslimfeindliche Äußerungen garantieren den Erhalt der Meinungsfreiheit. Antisemitismus lässt sich nicht leugnen, also ist er überwunden, er ist Geschichte.“ Das Tabu dient ebenso wie Tabulosigkeit der Abwehr von Antisemitismus und amR. Und enthemmte „Islamkritik“ genügt, um auch Antisemit_innen zu versammeln.

Antisemitismus abladen

Nun wird Antisemitismus auf einmal als Einwanderungsproblem thematisiert, als muslimische Innovation. Möglicherweise stellt die Entwicklungslinie eines religiös begründeten Antijudaismus eine christlich-muslimische Gemeinsamkeit dar. Einer solchen Thematisierung bin ich allerdings bisher nicht begegnet. Daher gilt Marianna Salzmanns Replik^[3]: Seit wann brauchen die Deutschen die Muslim_innen^[4], um antisemitisch zu sein? Nachdem Christ_innen sich über Jahrhunderte als nicht-jüdisch verstanden, wird das christlich-jüdische Abendland erfunden und als nicht-muslimisch bestimmt. Das ist keine Aufarbeitung, das ist Einverleibung.

Wer sich aus Diskriminierung herausdefiniert, steht auf der sicher falschen Seite. ■

Nicola Eschen ist Politikwissenschaftlerin, Aktivistin und Social Justice und Diversity Trainerin.

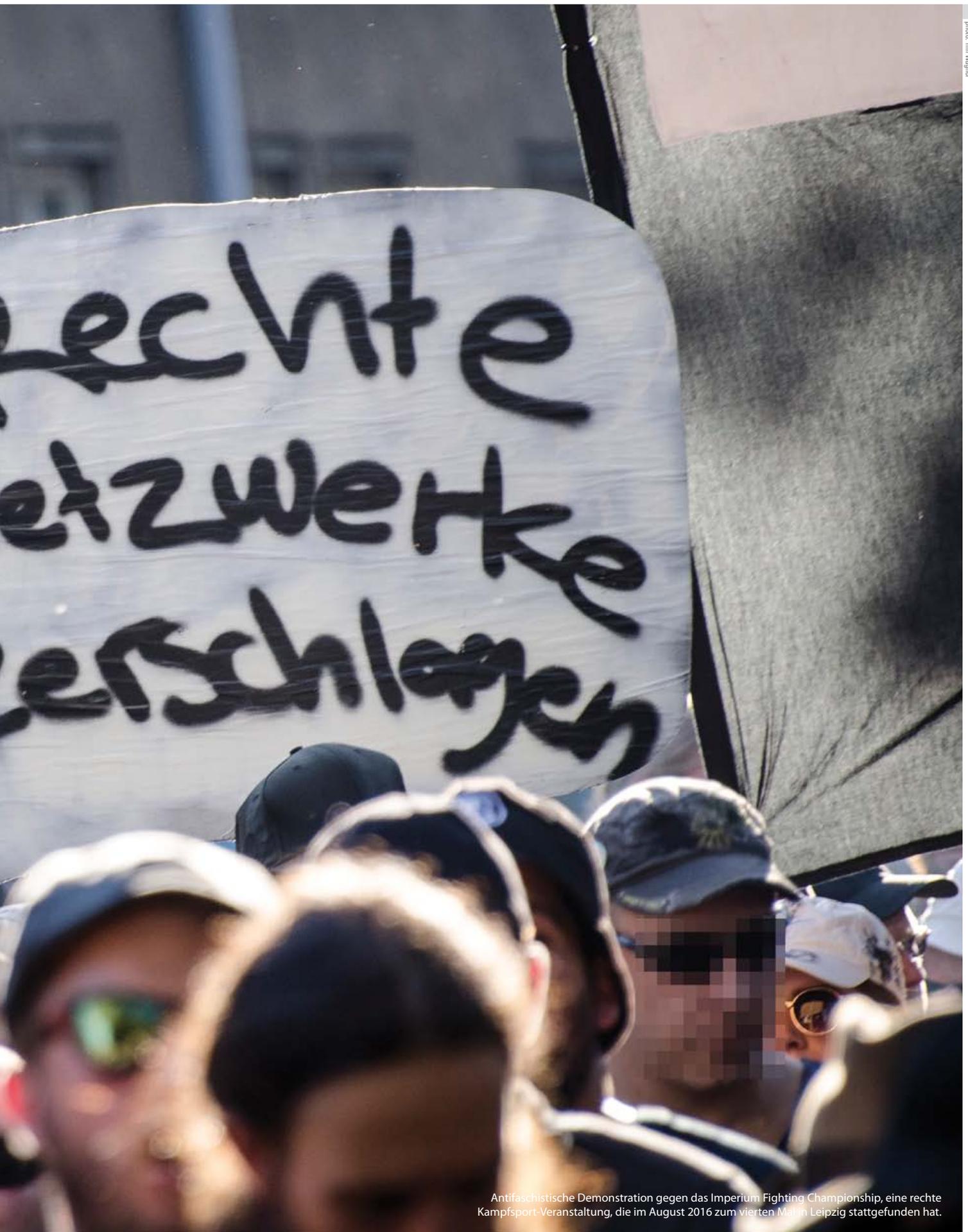
[3] Vgl. <http://sashamarianna-salzmann.com/mohammed>.

[4] Bei ihr: „Türken“.



04 KAPITEL

RECHTE SUBKULTUR



Antifaschistische Demonstration gegen das Imperium Fighting Championship, eine rechte Kampfsport-Veranstaltung, die im August 2016 zum vierten Mal in Leipzig stattgefunden hat.



Gasthof Staupitz: Sein Jahren ein Konzertort für Neonazis aus Sachsen und darüber hinaus.

NEONAZIS FEIERN – EIN DORF RESIGNIERT

In Staupitz treffen sich fast monatlich Rechtsradikale aus ganz Deutschland. Die Bürgermeisterin schweigt, die Bewohner haben aufgegeben.

von Stefan Hantzschmann

Bereits 2012 berichtete **chronik.LE** in der Broschüre „Nordsächsische Zustände“ über die Neonazi-Konzert-Location. Die Situation hat sich seitdem nicht wesentlich geändert.

Es hat etwas Zeit gedauert, bis sie sich in Staupitz an die Neonazis gewöhnt haben, aber inzwischen hat man sich arrangiert. Zehn Rechtsrockkonzerte finden in dem 250-Seelen-Dorf im Landkreis Nordsachsen jedes Jahr statt – so viele wie sonst nirgendwo in Sachsen. Seit 2008 geht das nun schon so. Während der vergangenen acht Jahre war so mancher Journalist in dem Dorf bei Torgau, nicht alle hier wollen reden, und die, die doch was sagen, nennen ihren Namen lieber nicht.

„Das haben wir alles schon erlebt, wenn man auf die schießt, schießen die zurück“, sagt eine Anwohnerin. Mit „die“ meint sie den Besitzer des ehemaligen Gasthofes, wo die Konzerte stattfinden und die Hunderten Rechten, die aus der ganzen Republik dafür anreisen, in das kleine Staupitz im Norden Sachsens, nahe der brandenburgischen Grenze. Und sie meint all jene Dorfbewohner, die es satt haben, über dieses Thema zu diskutieren.

„Sie werden hier keinen finden, der sich von denen belästigt fühlt“, kündigt ein älterer Herr an. Es ist ein wolkenverhangener Sonntagnachmittag, hässliches Wetter, immer mal wieder nieselt es vom Himmel, kräftiger Wind bläst einem die eiskalten Tropfen ins Gesicht. „Die verhalten sich wie anständige Bürger,

brüllen keine Parolen, und wenn man sie anspricht, bekommt man anständige Antworten“, sagt der Rentner. Staupitz ist in der rechten Szene bundesweit für seine Neonazikonzerte bekannt. Bands wie HEILIGER KRIEG, BLITZKRIEG und TÄTERVOLK spielen hier. Ihre Lieder heißen „Völkischer Sozialist“, „Aufruf“ oder „Wo rote Fahnen im Winde wehen“. In den Texten geht es um Soldatentum, Heimat und den „glimmenden Funken einstiger Macht“. Das Album „In brauner Uniform“ der Band TÄTERVOLK landete auf dem Index. Konzerte und der Austausch von CDs sind die ersten Berührungspunkte vieler Jugendlicher mit der rechtsextremen Szene.

In Staupitz spielen die Bands in einem ehemaligen Gasthof, einer, wie es sie in vielen sächsischen Dörfern gibt: schlichte, langgezogene Gebäude, meistens steht eine alte Linde vor dem Wirtshaus – so auch in Staupitz. Ein Anwohner erzählt, dass der Besitzer den Gasthof von seinem Vater übernommen hat. In den 80er- und 90er-Jahren fanden hier Discos statt. Dann kamen die Nazis.

„Bis zu 2000 Leute hatten wir schon im Dorf. Das war damals die Anfangszeit, Sie glauben gar nicht, was hier los war“, erzählt ein stämmiger Mann in schmutzigen Trainingshosen aus der unmittelbaren Nachbarschaft. Er lacht. In seiner Stimme liegt Bewunderung, wenn er erklärt, wie clever die Konzerte ablaufen – als Privatveranstaltungen, ohne Plakate und Flyer, wie frech das große Schild wirkt, das dann am Gasthof hängt und auf dem steht, dass Polizisten und Mitarbeitern des Ordnungsamts und des Staatsschutzes der Eintritt nicht erlaubt ist. Ein anerkennendes Kopfschütteln auch, als er davon erzählt, wie der Besitzer es geschafft hat, den alten Gasthof zu retten. „Die haben die Heizung erneuert, das komplette Dach neu eingedeckt, alle Brandschutzauflagen erfüllt und eine Belüftungsanlage eingebaut. Bald will er das Gebäude frisch verputzen lassen. Das hätte er niemals alles allein bezahlen können“, ist sich der Mann sicher. Der Besitzer des Staupitzer Gasthofes veranstaltet die Konzerte nicht, sondern vermietet nur die Räume. Laut Polizei veranstalten die Konzerte „unterschiedliche Per-

Neonazistische Musikszene in Sachsen

2014 fanden bundesweit mindestens 161 rechte Musikveranstaltungen statt, zehn davon in Staupitz. 2015 sank die Zahl auf mindestens 119 Veranstaltungen, zehn davon in Staupitz.

In Sachsen waren 2015 insgesamt zwölf neonazistische Vertriebsunternehmen aktiv. Diese besitzen diverse Versände, Szeneläden und Labels. Die für die rechtsextreme Szene wichtigen Musikvertriebe und Labels PC-RECORDS in Chemnitz und OPOS-RECORDS in Dresden haben mehrere Tausend Kunden im In- und Ausland. Im Leipziger Raum sind FRONT RECORDS aus Falkenhain und HERMANNSLAND-VERSAND aus Leipzig zu nennen.

sonen der rechtsextremen Szene“. „Das weiß niemand hier, wer die Konzerte tatsächlich organisiert“, erzählt der Anwohner und schüttelt wieder lächelnd den Kopf. Es ärgert ihn, dass der Besitzer dieses Geheimnis nicht preisgibt. Denn über das Dorf und seine Bürger weiß der Mann bestens Bescheid, auch über die Aufregung, die es damals im Ort gab, als das losging mit den Konzerten. „Einige waren dagegen, aber das ist vorbei.“

Eine, die damals dagegen war, will jetzt nichts mehr sagen. „Ich will das alles nicht noch einmal erleben“, sagt sie und schwenkt die Haustür vor sich. „Ich kann das nicht“, sagt sie mit leiser Stimme. Ihre Augen werden feucht. Dann wünscht sie noch einen angenehmen Sonntag und schließt die Tür.

Die Stadt Torgau, zu der Staupitz gehört, will sich gegenüber der Presse nicht zu dem Thema äußern. Die Polizei habe das der Oberbürgermeisterin so empfohlen, sagt ein Sprecher der Stadt. Auch die Polizei will möglichst wenig Wind um das Dorf und seine Konzerte machen, man fürchtet Nachahmer. Denn viele Handlungsmöglichkeiten haben die Beamten nicht. „Die rechtliche Situation gibt eine generelle Untersagung nicht her, und die erteilten Auflagen wurden und werden durch Objekteigentümer und Veranstalter erfüllt“, erklärt die Polizeidirektion (PD) Leipzig auf Anfrage. Straftaten wurden bislang nicht festgestellt. Rechtlich darf die Polizei während der Konzerte nur dann in den Saal, wenn Gefahr für Leib und Leben besteht oder Straftaten begangen werden. Um die Konzerte zu unterbinden, reicht es auch nicht aus, „wenn man allgemein annimmt, im Objekt würde beispielsweise der Hitlergruß gezeigt“, erklärt ein Sprecher der PD Leipzig.

Verboten kann man die Konzerte also nicht, Gegenwind aus der Bevölkerung in oder um Staupitz gibt es auch nicht. Der sächsische Verfassungsschutz führt eine Liste mit den aufgetretenen Bands und den ungefähren Besucherzahlen. Manchmal spielen internationale Rechtsrockbands aus Großbritannien oder Italien in dem kleinen sächsischen Ort. Meistens kommen zwischen 150 und 200 Fans rechtsextremer Musik in den ehemaligen Gasthof nach Staupitz.

„Wenn hier nichts gemacht wird, schläft alles ein“, sagt der Mann in den Jogginghosen. Drüben, mit seinem Arm macht er eine winkende Bewegung zur Ortsmitte, sehe man das am ehemaligen Minimarkt ganz deutlich. Seit der leer steht, sei es nur eine Frage der Zeit, bis das Gebäude verfallt. Der ältere Herr mit den kurzen

Haaren will beobachtet haben, dass in letzter Zeit immer mehr junge Frauen zu den Konzerten gehen. Auf 15, 16 Jahre schätzt er das Alter der Mädchen. „Von rechter Gesinnung merkt man da nichts!“

In Staupitz gibt es einen Raum für Jugendliche. Der Verein der Staupitzer Landfrauen kümmert sich darum. Die Jugendlichen können jeden Tag dort hingehen, eine Betreuung gibt es aber nicht. „Es gibt nicht mehr viele Jugendliche bei uns. Die meisten haben Arbeit im Westen gefunden“, erzählt ein Mitglied der Landfrauen. Jugendliche aus dem Dorf, heißt es unter Anwohnern, gehen nicht zu den Rechtsrockkonzerten. Aber jedes Jahr an Silvester ist der ganze Ort im ehemaligen Gasthof. Dann dürfen sie alle in den Saal, wie damals, als man in Staupitz noch zu Popmusik tanzte. ■

*Der Text erschien zuerst in der RHEIN-ZEITUNG vom 19. April 2016.
Nachdruck mit freundlicher Genehmigung der RHEIN-ZEITUNG.*

Bekanntgewordene Neonazikonzerte in Staupitz 2015 - 2016

Datum	Bands
07.02.2015	Kraft durch Froide, Skalinger, Thematik 25, Frontalkraft
14.03.2015	Bronson, Carpe Diem, Exzess, Prora
05.04.2015	DST, Thrima, Hausmannskost, H8Machine
02.05.2015	Blitzkrieg, Sista Bataljen, Verboten, Path of Resistance
08.08.2015	Frontalkraft, Kommando Skin, Sachsonia, Confident of Victory
29.08.2015	Selbststeller, Mistreat, Abtrimo, Verboten
03.10.2015	Blutzeugen, DST, Legion of Thor, Fight Tonight, 2nd Class Citizen
30.10.2015	Bound for Glory, Radikahl, Sista Bataljen
14.11.2015	Sleipnir, MPU, Sista Bataljen, Wafflor Waffen
05.12.2015	Blitzkrieg, Frontalkraft, Division Germania, DST, Deathfeud/Murdersquad, Verszerödes
06.02.2016	Überzeugungstäter, Sniper, Sachsonia, Heiliges Reich
20.02.2016	Hate for breakfast, Green Arrows, Freicore, Eternal Bleeding, Deathfeud
26.03.2016	Endstufe, Kraft durch Froide, Punkfront
16.04.2016	Naked but armed, Frontalkraft, Bronson, Nemesis
15.05.2016	Aggroknuckle, Uwocaust und Helfershelfer, Faustrecht, Abtrimo
28.05.2016	Skalinger, Confident of Victory, PWA, Freicore
20.08.2016	IC1, Mistreat, Non Plus Ultra, W.U.T.

Quelle: Quartalsweise KI-Anfragen der Bundesregierung DIE LINKE: Musikveranstaltungen der extremen Rechten

Stand: September 2016



DER »LETZTE AKT«

Das Runes & Men-Festival im Eventpalast: Eine Bühne für den rechten Rand des Neofolk-Spektrums

von Juliane Nagel

Am 14./15. Oktober 2016 fand in Leipzig das fünfte und letzte RUNES & MEN Festival statt. Jährlich werden im Rahmen dieses Festivals rechte und rechtsoffene Neofolk-Bands präsentiert. Zum „letzten Akt“, wie es die VeranstalterInnen selbst nennen, hat sich auf der Bühne des Eventpalast auf dem Alten Messegelände die Creme-de-la-Creme der Szene präsentiert: BLOOD AXIS, FIRE & ICE und DEATH IN JUNE.

Der eigentlich längst tot geglaubte Neofolk wird durch die Zuwendung von neurechten Bewegungen wie den IDENTITÄREN wieder „hip“. Das kommt nicht von ungefähr, denn der bewusst mit faschistischen und reaktionären Versatzstücken hantierende Teil der düsterromantischen Kulturszene bietet für die neurechte Ideologie perfekte Anknüpfungsmöglichkeiten. Rechte Andockversuche in der Neofolk-Szene sind keine Neuheit. Glaubhafte Distanzierungen und Klarstellungen blieben seit jeher aber aus.

Das Festival

Schon der Name des Festivals ist Programm: „Runes & Men“ ist der Titel eines der bekanntesten und beliebtesten Songs von DEATH IN JUNE (DIJ), die wiederum eine der zentralen rechten Neofolk-Bands ist. Im Refrain des Liedes heißt es u.a.: „I drink a German wine and drift in dreams of other lives and greater times“ („Ich trinke einen deutschen Wein und schwelge in Träumen von anderen Leben und besseren Zeiten.“). Bereits beim ersten „Runes & Men“-Festival im Dezember 2012 in Dresden gab sich die Band mit ihrem von „größeren, deutschen Zeiten“ träumenden Frontman Douglas Pearce auch selbst die Ehre. Seitdem findet „Runes & Men“ in Leipzig statt, 2013 und 2014 in der inzwischen geschlossenen THEATERFABRIK im Westen der Stadt und 2015 im HELLRAISER.

Präsentiert wird die Veranstaltung, bei der Jahr für Jahr eindeutig faschistische Bands aufspielten, von der EQUINOXE ORGANIZATION, die seit Jahren mit Konzerten rechter Neofolk-Bands Geld macht, zuletzt im Juni 2016 das Festival „Fire and Sun“, bei dem VertreterInnen der neurechten Ideenschule um Götz Kubitschek und der ihm verbundenen IDENTITÄREN BEWEGUNG zugegen waren.^[1] Auf ihrer Facebook-Seite stellt sich die EQUINOXE-AGENTUR als „non-political platform for different ideas“ vor. Das Mantra des unpolitisch-Seins und der Abgrenzung nach „rechts und links“ ist der faschistischen Neofolk-Szene eigen

und taucht als vermeintliche Erwiderung auf Kritik immer wieder auf.^[2] EQUINOXE bietet mit ihren Veranstaltungen seit Jahren Akteuren eine Bühne, die ästhetische und inhaltliche Anleihen an den Faschismus präsentieren, die nicht kritisch kontextuiert und kommentiert werden und damit einen Anknüpfungspunkt sowohl für Menschen mit romantisch-antimodernem Weltbild als auch für Neonazis bilden.

Die Bands

Es ist klar, dass wir es bei den in Rede stehenden Kunstprojekten nicht mit klassischen Nazibands zu tun haben. Darum lohnt sich eine feingliedrige Betrachtung der Akteure, ihrer Inszenierung und Äußerungen. Mit der britischen Band DEATH IN JUNE (DIJ) wird in Leipzig eine der zentralen Bands der rechten Neofolk-Szene auftreten. Texte und Auftreten von DIJ sind von einer faschistischen Ästhetik geprägt und sparen nicht mit Bezügen zum Nationalsozialismus. Sowohl in Bühnenshows als auch auf Veröffentlichungen kokettieren DEATH IN JUNE immer wieder mit NS-Symboliken wie dem SS-Totenkopf oder der Schwarzen Sonne. Im Song „Rose Clouds of Holocaust“ wird der Holocaust, der industrielle Massenmord an 6 Millionen JüdInnen, als „bittere Lüge“ bezeichnet. Bereits der Namen der Band ist eine Anleihe an den NS, konkret den Röhm-Putsch im Juni 1934, in dessen Zuge die Führungsriege der SA mit ihrem Anführer Ernst Röhm durch die SS ermordet wurde. DIJ-Frontmann Douglas Pearce scheint von dem SA-Führer Röhm fasziniert, adaptierte mehrfach dessen Namen und nutzte sein Bild – umringt mit SA-Männern – für ein Plattencover. Das im Jahr 1987 erschienene Album „Brown Book“, dessen Cover ein SS-Totenkopf ziert, wurde von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien wegen nationalsozialistischer Tendenzen indiziert wurde. Das Album enthielt u.a. auch eine Vertonung des „Horst-Wessel-Liedes“, der inoffiziellen Hymne des NS-Regimes. Vorwürfe der NS-Verharmlosung wurden von DEATH IN JUNE immer zurückgewiesen. Man spiele lediglich mit Versatzstücken faschistischer Symboliken und Bewegungen. Ihr vermeintliches Spiel wird jedoch an keiner Stelle ihres künstlerischen Werkes gebrochen. Ihr Spiel mit dem Faschismus ist nicht allein „Kunst“, sondern eben faschistische Kunst.^[3]

Ähnlich verhält es sich mit BLOOD AXIS. Bereits im Jahr 2011 gab es in Leipzig eine Kontroverse aufgrund des Auftritts der Band, ebenfalls in der THEATERFA-

DEATH IN JUNE – hier 2013 bei einem Konzert in Russland. Im Hintergrund ein SS-Totenkopf, den die Band als Symbol benutzt.

[1] Vgl. Fabian Peltsch und Ralf Niemczyk: „Der Sound der Neuen Rechten – Neofolk und die Identitäre Bewegung“, in: „Rolling Stone“, August 2016, <https://www.rollingstone.de/der-sound-der-neuen-rechten-1107335>. Nachgedruckt in: Die Welt, 06.08.2016, www.welt.de/print/die_welt/politik/article157524895/Soundtrack-eines-rechten-Gefuehls.html.

[2] Zur Strategie der Positionierung „jenseits von rechts und links“ vgl. den Text „Weg von links und rechts, hin zum Verstand?“ in diesem Heft S. 18

BRİK. Die Band gehört neben DIJ zu den maßgeblichen extrem rechten Bands des Dark Wave-Genres. Michael Moynihan, Sänger und Begründer von BLOOD AXIS, gilt als Beförderer neuhaidnischer und rechter Esoterik sowie germanischer und keltischer Mythen. Die Grenzen zur Verherrlichung nationalsozialistischer Ideologie wurden von Moynihan in seinem Wirken als Verleger, Publizist und Musiker immer wieder überschritten.

Seine Verehrung des SS-Brigadeführers Karl Maria Wiligut, seine positive Bezugnahme auf die Ästhetik von Leni Riefenstahl oder die Ideen des NS-Ideologen Karl Rosenberg kommen nicht von ungefähr. Bei Auftritten oder Veröffentlichungen spielt(e) Michael Moynihan/BLOOD AXIS in der Vergangenheit immer wieder mit NS-Symboliken. Berührungspunkte zu Publikationsorganen der rechten Szene existieren nicht, so veröffentlichte Moynihan beispielsweise in der US-amerikanischen Neonazi-Zeitschrift PLEXUS, in dem britischen neurechten Magazin THE SCORPION und in der deutschen neurechten Zeitung JUNGE FREIHEIT. In einem Interview mit NO LONGER A FANZINE leugnete er 1994 den Holocaust.^[4]

Der Bandname BLOOD AXIS selbst bezieht sich auf die Achsenmächte (NS-Deutschland und seine PartnerInnen im 2. Weltkrieg), als Bandsymbol wird das Krückenkreuz genutzt, das mindestens zweimal in seinen gestalterischen Details verändert wurde (1996 entsprechend der Fahne des Austrofaschismus und 1998 entsprechend des völkisch-esoterischen Neutempler-Ordens).^[5]

Last but not least steht auch FIRE & ICE für den faschistischen Flügel der Neofolkszene. Ihr Frontmann Ian Read war lange Zeit an der einschlägig bekannten rechten Neofolk-Band und DEATH-IN-JUNE-Splattprodukt SOL INVICTUS beteiligt, die mit offensiv-antimodernen Texten hantierte.

Kooperationen mit Douglas Pearce oder BLOOD AXIS säumen seinen künstlerischen Weg. Bekannt geworden ist auch sein Kommentar zu seinem Verhältnis nach faschistischen und rassistischen Ideen: „Keine Idee ist völlig wertlos. Die Deutschen hatten einen riesigen Komplex, der ihnen, ehrlich gesagt, von einer Nachkriegsgehirnwäsche eingepfropft worden war. [...] Deutsche Magier sollten sich wirklich von den Meinungen darüber was ‚korrekt‘ ist und was nicht [...], die ihnen die Leute aufgedrängt haben, befreien.“ Vor zwei Jahren verhinderten AntifaschistInnen ein Konzert mit FIRE AND ICE in einer Dorfkirche Brandenburgs mit Verweis auf die rechte Verortung der Band. Auch bei den weiteren Bands kann ein politischer Impetus vermutet werden. DARKWOOD aus Leipzig z.B.

schreiben zu ihrer Sinnstiftung: „Das Projekt DARKWOOD wurde aus der Notwendigkeit heraus geboren, der Liebe zu unserer Heimat Ausdruck zu verleihen.“^[6]

Der Veranstaltungsort

Das faschistische Spektakel hat am 14. und 15. Oktober 2016 im EVENTPALAST stattgefunden. Dieser befindet sich auf dem Alten Messegelände. Auf der Website des Location wird das „Runes & Men“-Festival als „Unser Tipp“ geführt. In der Vergangenheit fand in der Location unter anderem das von Neonazis ausgerichtete Freefight-Event IMPERIM FIGHTING CHAMPIONSHIP statt.^[7]

Warum Kritik?

Mit klassischem Stiefel-Neonazismus und plumpen NS-Bezügen hat der rechte Rand des Neofolk im Großen und Ganzen nichts zu tun. Anschlussfähig ist die Szene allerdings für VertreterInnen der neuen Rechten, EsoterikerInnen und allerlei anderen Rückwärtsgerichteten. Die gemeinsame Schnittmenge sind ein verkämpfter Antimodernismus, Patriotismus und die Sehnsucht nach klaren Hierarchien und Führungsfiguren. Die „Phalanx Europa“ dient sowohl NeofolkerInnen und Neuen Rechten als stilisiertes Bollwerk gegen den Untergang des Abendlandes, das gegen andere „Kulturen“, hier insbesondere gegen die islamisch geprägte Welt verteidigt werden müsse. Die Parallelen zu rechten Straßenbewegungen wie PEGIDA und deren parlamentarischen Arm, der AfD, liegen auf der Hand.

Faschistisch inspirierter Neofolk ist nicht wegen seiner propagandistischen Massenwirkung ein Problem. Im Gegenteil ist er elitär und oft verklausuliert. Gerade in Zeiten, in denen sich nationalistische und rassistische Umtriebe immer unverhohlener Raum nehmen, wird Neofolk jedoch zur idealen Begleitmusik von rechtem Terror auf der Straße. DEATH IN JUNE und Co. tragen in diesem Sinne dazu bei den Faschismus als alternativen Gesellschaftsentwurf zu popularisieren. Dies sollte gerade in Zeiten offener Pogrome gegen Geflüchtete und politischer Stimmungsmache à la ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND und CSU nicht unwidersprochen bleiben. ■

Der Text basiert auf den Auseinandersetzungen der Autorin mit RUNES AND MEN & BLOOD AXIS aus den Jahren 2011 und 2013. In den verlinkten Texten sind weitere Verweise zu finden. Juliane Nagel ist Stadträtin in Leipzig und Landtagsabgeordnete für die Partei DIE LINKE in Sachsen.



Der EVENTPALAST in Leipzig

[3] Vgl. Pascal und David Begrich (Miteinander e.V.): „L'art pour l'art oder faschistische Kunst“, Oktober 2011, unter www.miteinander-ev.de

[4] Vgl. Albert Schobert: „Heidentum, Musik und Terror“, 1997, <http://www.diss-duisburg.de/1997/08/heidentum-musik-und-terror>.

[5] Siehe die Auseinandersetzung um den Auftritt von Blood Axis im August 2011 in Leipzig: <http://jule.linxxnet.de/index.php/2011/06/debatte-um-die-neofolk-band-blood-axis>.

[6] <http://www.last.fm/de/music/Darkwood>, eingesehen am 9.10.2016

[7] Vgl. der Text „Zwischen Gauner und Imperium Fight Night“ auf der folgenden Seite

ZWISCHEN »GAUNER« UND IMPERIUM FIGHT NIGHT

Rechte Aktivitäten der FANZENE LOK LEIPZIG

Von chronik.LE

[1] Da „Scenario“ eine informelle Gruppe war, gab es auch keine Mitglieder wie bei einem eingetragenen Verein. So hat H. eine Klage gegen die LEIPZIGER INTERNET-ZEITUNG gewonnen, die ihn als „Mitglied“ von Scenario bezeichnet hatte.

[2] Siehe Artikel zum Angriff auf Connewitz in diesem Heft, S. 74

Am 27. August 2016 fand im Leipziger Kohlrabizirkus die 5. „Imperium Fighting Championship“ (IFC) statt. Kein harmloses Kampfkunst-Event, wie ein Blick hinter die Kulissen, auf die Teilnehmer und einige Sponsoren belegt. Schnell wird klar, dass hinter der unpolitisch daherkommenden Großveranstaltung ein neonazistisches Netzwerk steht, dessen Verbindungen ins Fußball- und Hooliganmilieu, und hier konkret, in die Fanszene des 1. FC Lokomotive Leipzig hineinreichen.

Mit der unverfänglichen Eigenbezeichnung FANZENE LOK ist der Hauptprotagonist schon genannt. Das ist der Name einer Fanggruppierung, die bis heute als Aufgangbecken für einzelne Anhänger der verbotenen Nazi-hool-Gruppe SCENARIO LOK fungiert. SCENARIO LOK war eine neonazistisch dominierte Fanggruppe. Sie wurde vom Sächsischen Verfassungsschutz als „rechts-extrem“ eingestuft. Bei Scenario immer wieder dabei waren die Organisatoren der IFC, Benjamin „The Hooligan“ Brinsa und auch Christopher „Joker“ H.^[1] Weitere Personen waren oder sind tief im neonazistischen Milieu verankert. Darunter der damalige Vorsänger von SCENARIO, Markus W. Dieser war zeitweise auch Mitglied der NPD-Jugendorganisation JN, und damit regelmäßiger Gast im ehemaligen NPD-Stützpunkt in der Lindenauer Odermannstraße. Markus W. lief zur Fanggruppierung „Gauner“ über, nachdem SCENARIO in Misskredit geriet und gab mindestens in der vergangenen Saison 2015/16 immer noch den Kapo. Dies zeigt ein Saisonrückblicksvideo, welches auf der Facebookseite der FANZENE LOK veröffentlicht wurde.

glied der Gruppe BLUE SIDE mit einer Pistole. Kurz darauf erschien ein Fanmagazin der verbliebenen Ultra- bzw. Hooligangruppen unter dem Titel FANZENE LOK. Man stellte sich als Einheitsbringer innerhalb der Fanszene dar. Als dann 2014 der Gruppe Scenario durch die neue Vereinsführung verboten wurde, ihre Symboliken im Stadion zu zeigen, stellte man sich einfach hinter das neue Label „Fanszene Lok“. Einzelne Mitglieder von SCENARIO haben seitdem Stadionverbot, andere, wie die Gruppierung GAUNER, sind dem Label gegenüber offen oder haben sich der FANZENE LOK gänzlich angeschlossen. Ganz sicher sind es nicht dieselben Personen hinter der „Fanszene“, die ursprünglich hinter Scenario standen, doch personelle Kontinuitäten sind offensichtlich.

Die FANZENE LOK ist „solidarisch“ mit denen, die Stadionverbote kassiert haben. Am 26.8.2016 spielte Lok in Potsdam gegen den Verein BABELSBERG 03, dessen Fanszene als linksalternativ gilt. Die Begegnung galt als brisant, nachdem es 2013 bei der gleichen Konstellation zu massiven Naziprovokationen und einem versuchten Blocksturm durch einen Teil der Lokfans in Richtung der Babelsberger kam. Die Vereinsführung von Lok verhinderte mit einem Trick, dass die Nazis von damals, die – soweit erkannt – Stadionverbote in Leipzig-Probsteida erhalten hatten, wieder mit nach Babelsberg fahren würden. Das führte zu einem Boykott der Auswärtsfahrt durch die FANZENE LOK. Erster Kommentator auf der Facebookseite der „Fanszene“ war Christopher „Joker“ H. Er befürwortete den Boykott, griff den Sicherheitsverantwortlichen von Lok persönlich an – und hatte eine Ersatzveranstaltung für den „allgemeinen Lokfan“: Die Imperium Fighting Championship im Kohlrabizirkus, die er mitorganisiert hatte und bei der er als Kämpfer antrat. H. schrieb, im Kohlrabizirkus erwarte den Lokfan ein „Heimspiel“ statt „Schikane“ und es träten einige Lokisten im Ring an, die den Verein im Herzen trügen und nicht nur als Logo auf der Brust. Seine Gruppierung, die FANZENE LOK, hatte schon vor einigen Wochen im Bruno-Plache-Stadion für die Kampfsportveranstaltung gewonnen. Auf einer Tapete stand geschrieben: „Support



Tweet der „Fanszene Lok Leipzig“ am 11. Januar 2016, wenige Stunden vor dem Naziangriff in Connewitz. 41 der 215 festgestellten Angreifer konnten der Fanszene von Lok Leipzig zugeordnet werden.

Das Label FANZENE LOK entstand noch während der Existenz der Nazi-gruppierung SCENARIO LOK. 2012 hatte SCENARIO eine antirassistische Gruppierung bei Lok Leipzig mit Gewalt aufgelöst: Bei einem sogenannten Hausbesuch bedrohten sie ein Mit-



photo: chronikLE

Etwa 2000 Lok-Fans nahmen 2012 an einem Fanmarsch teil, der von der Nazigruppe ULTRAS LOK organisiert wurde.

your local Freefightteam“, mit dem Hinweis auf die IFC. Doch die FANZENE LOK ist nicht die einzige Verbindung zwischen Freefight, Fußball und Neonazis. Neben den immer noch an der Ultrakultur angelehnten Versuchen der jüngeren Generation von Lokfans unter dem Label FANZENE LOK gibt es eine ältere Generation von Hooligans, die auch bei Freefightveranstaltungen auftaucht und immer mal wieder im Zusammenhang mit LOK LEIPZIG in Erscheinung tritt. Zwei Beispiele finden sich hier bei Versammlungen der rassistischen LEGIDA-Bewegung. Noch am Anfang von LEGIDA, ausgerechnet am 20. April 2015, sprach der damalige LEGIDA-Anführer Silvio Rösler auf der Bühne von „Sportfreunden von Lok“, die den LEGIDA-Aufmarsch beschützen würden. Fotos vom Aufmarsch zeigen, welche „Sportfreunde“ gemeint sind: eine Riege von Althools um den notorischen Neonazi Riccardo Sturm, der schon Anfang der 90er aktiv war und auch schon als eine Art Betreuer von Benjamin Brinsa und als Security bei Freefightveranstaltungen auftrat. Daneben der Security-Unternehmer Tobias B., dessen Firma PRO GSL Sponsor der IFC war; sowie der ebenfalls seit den 90ern aktive Nazi und LEGIDA-Dauergast Kevin D. Einen weiteren „Auftritt“ mit Fußballbezug legten Lok-Hooligans und Kameraden am 14. September 2015 hin. An diesem Tage marschierten sie mit einem Transparent zu LEGIDA. Aufschrift: „Wir sind Leipzig, ihr Fotzen“. Den ersten „Auftritt“ hatte dieses Transparent bei einem Fanmarsch von LOK zum Zentralstadion im April 2015.

Die Querverbindungen zwischen neonazistischer Fußballszene, immer noch vor allem rund um LOK LEIPZIG, und der Freefightszene sind mannigfaltig

und kulminierten am 11. Januar 2016 im Angriff auf Geschäfte und Kneipen in Connewitz.^[2] Von 215 von der Polizei an diesem Abend festgesetzten Angreifern können mindestens 41 der Fanszene von LOK LEIPZIG zugeordnet werden.^[3] Nachdem die Vereinsspitze nach diesem gewissenhaft geplanten Anschlag zu Spenden für die zerstörten Läden und Lokalitäten aufrief, brach ein wahrer Shitstorm gegen die Verantwortlichen los. Es liegt auf der Hand, dass der Verein trotz Strategiewechsel nach dem Babelsberg-Fiasko 2013^[4] mit einem erheblichen Naziproblem in der eigenen Fanschaft zu tun hat. Jedoch: Die Neonazis scheinen ihre Strategien angepasst zu haben. Sie treten im Stadion zurückhaltender auf. Auf der anderen Seite ist eine Radikalisierung festzustellen, die sich neben dem Angriff vom Januar 2016 in Connewitz und dem zeitweise offensiven Auftreten bei LEGIDA unter anderem am 26. September 2016 in Gera zeigte, wo 40 bewaffnete Lok-Hooligans von der Polizei festgesetzt wurden, die es offensichtlich auf Fans der dort auswärts spielenden BSG CHEMIE abgesehen hatten. Nur eine Woche später kam es beim Auswärtsspiel von LOK in Berlin zu Pöbeleien und Prügeleien durch Nazilieder gröhlende Lok-Anhänger.

Die jahrzehntelang gewachsenen neonazistischen Strukturen rund um den Verein LOK LEIPZIG sind mit Einzelmaßnahmen wie Stadionverboten scheinbar kurzfristig nicht zu überwinden – im Zweifelsfall existieren sie außerhalb des Stadions weiter und suchen sich ihre Aktionsfelder. Die Unterstützung alternativer Gruppen innerhalb der Fanszene durch das Fanprojekt ist also zumindest vereinsintern langfristig sicherlich die erfolversprechendere Strategie. Das gesellschaftliche Problem bleibt. ■

[3] Quelle: Kleine Anfrage Drs. Nr. Drs 6/3840, Gewalttätigkeiten des rechten Spektrums in Leipzig-Connewitz am 11. Januar 2016

[4] Zu den Maßnahmen gehörte: Verfassen eines Ehrenkodex, der sich u.a. klar gegen Rassismus und Diskriminierung richtet, Einführung eines Fanbeirats, Verlängerung des Auftrittsverbots von Scenario, trotz massiver Bedrohungen, von Vorstandsmitgliedern sowie Beginn einer guten Kooperation mit dem Fußballfanprojekt

SPORT FREI VON MENSCHENFEINDLICHKEIT?

Ergebnisse einer Studie im Breitensport in Sachsen

von Hannes Delto

Die Studien zur „Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Sport“ der Universität Leipzig wurden in Zusammenarbeit mit dem Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld in den Bundesländern Sachsen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg durchgeführt. Sie zeigen Ausprägungen und Zusammenhänge von abwertenden Einstellungen im organisierten Vereinssport.

Syndrom – zum Ausdruck gebracht und gleichzeitig verdeutlicht, dass es sich bei Vorurteilen um Abgrenzungen zwischen Gruppen handelt und nicht zwischen einzelnen Personen.^[1] Vorurteile sind Übergeneralisierungen, mit denen von Einzelnen auf alle geschlossen wird. Demzufolge kann es sich bei Abwertung, Diskriminierung oder Gewalt, die sich in erster Instanz gegen einzelne Individuen richtet, zugleich um Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit handeln.

Wir und die Anderen

Ethnische, soziale oder kulturelle Kategorisierungen (z.B. Nationalität, Geschlecht, sexuelle Identität, Religion etc.) und ihre Verwendung sind an sich noch keine Vorurteile. Diese entstehen erst dann, wenn Kategorisierungen mit der Zuschreibung von bestimmten Eigenschaften in Abhängigkeit der tatsächlichen oder vermeintlichen Gruppenzugehörigkeit einhergehen (Stereotypisierung) und diese spezifischen Gruppeneigenschaften negativ bewertet werden. Wenn Menschen aufgrund ihrer zugewiesenen Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe als irgendwie anders, fremd oder unnormal markiert werden, dann wird aus ungleich sehr leicht ungleichwertig. Das dient vor allem der Stärkung des Wir-Gefühls, schafft Selbstwerterhaltung und Selbstwertsteigerung oder legitimiert Hierarchien. Damit ist Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit auch ein Kernelement so genannter rechtsextremer Einstellungen, die sich dort u.a. in Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus, genauso wie in Sexismus und Homophobie ausdrücken.^[2]

Zustände im sächsischen Vereinssport

Für die Studie in Sachsen wurden im Jahr 2012 insgesamt 1.502 aktive Sporttreibende in 147 Sportvereinen sportartenübergreifend befragt, um die Ausprägungen und die wechselseitigen Bezüge von Fremdenfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit, Homophobie^[3], Rassismus, Antisemitismus, die Abwertung von Menschen mit Behinderung und Sexismus aus einer integrierenden Perspektive erstmals in den Blick zu nehmen. Die Vorurteile wurden jeweils mit zwei bis vier Aussagen zuverlässig und valide erfasst. Da Sport den Umgang mit dem Körper und seine Veränderungen beinhaltet, rücken die physischen Eigenheiten von Menschen stärker in den Mittelpunkt von Interaktionen als in anderen sozialen Handlungsfeldern. Körperliche Eigenheiten können dabei nicht nur

[1] vgl. Heitmeyer, W. (Hrsg.). (2002–2012): Deutsche Zustände, Folge 1–10. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

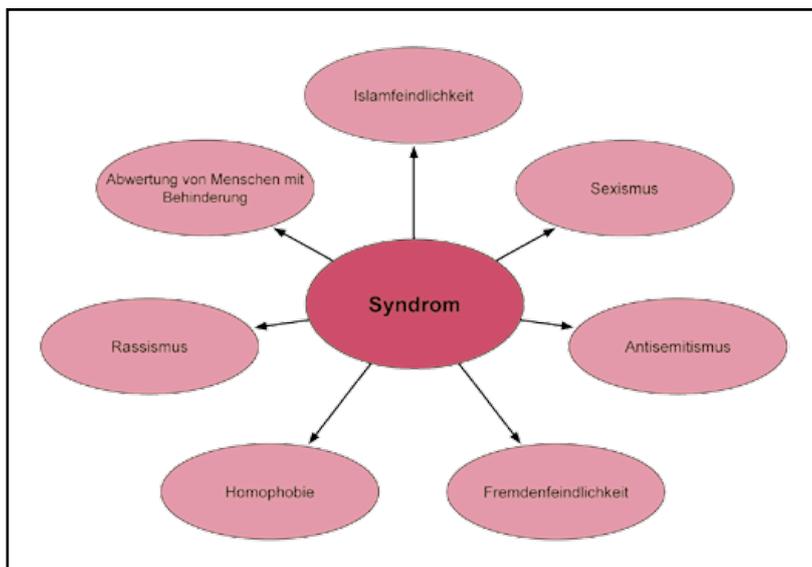
[2] vgl. Küpper, B. & Zick, A. (2015): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Bundeszentrale für politische Bildung.

[3] Die begrenzte Erfassung bei der Abwertung von homosexuellen Menschen ermöglicht keine Differenzierung von Einstellungen gegenüber schwulen und lesbischen Personen, da allgemein nach homosexuellen Menschen gefragt wurde.

„Es leben zu viele Zuwanderer in Deutschland.“ Dieser Ansicht sind rund 45 Prozent der Mitglieder in sächsischen Sportvereinen. Knapp 30 Prozent der Sporttreibenden meinen, dass homosexuelle Menschen in ihrem Sportverein nicht willkommen sind. Und mehr als die Hälfte der aktiven Sportlerinnen und Sportler befürworten die rassistische Aussage, dass Schwarze von Natur aus sportbegabt sind.

Vorurteile und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Die Homosexuellen, die Schwarzen, die Muslime – wenn Menschen, ob innerhalb oder außerhalb des Sports, aufgrund gemeinsamer Merkmale in bestimmte Gruppen eingeteilt und diese Menschen abgewertet und ausgegrenzt werden, weil sie Mitglied jener Gruppe sind, sprechen wir von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit (GMF). Mit GMF wird der negative menschenfeindliche Kern des Vorurteils – das



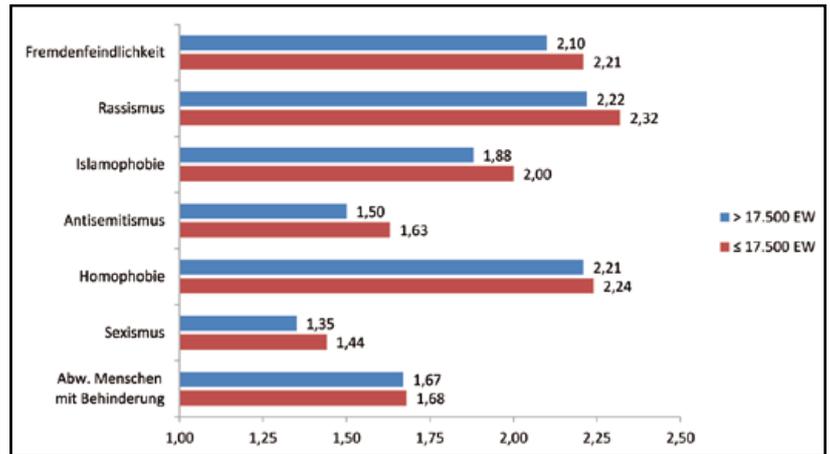
Empirisch geprüftes Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im organisierten Vereinssport in Sachsen

Neugier und Bewunderung, sondern auch negative Gefühle wie Angst, Ekel oder Abscheu hervorrufen und zu Abwertungen führen.^[4] Die Studie zeigt, dass die Körperlichkeit – genauer die körperliche Fremdheit (vor allem bei Rassismus und Homophobie) – im Sport viel stärker als außerhalb des Sports in Erscheinung tritt und zur Aktivierung von Vorurteilen beiträgt.

Syndrom und Dimensionen in Sachsen

In diesem körperzentrierten Sozialsystem sind die untersuchten Vorurteilsdimensionen eng miteinander verbunden. Komplexe statistische Modelle zeigen, dass Sporttreibende in Sachsen, die einem Vorurteil zustimmen, mit hoher Wahrscheinlichkeit zu Abwertungen von anderen bestimmten Gruppen neigen. Demnach lassen sich die untersuchten generalisierten Einstellungen unter einem Syndrom der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zusammenfassen, das sich im Gesellschaftsbereich des organisierten Vereinsports in Sachsen identifizieren lässt. Dabei sind homophobe, islam- und fremdenfeindliche sowie rassistische Abwertungen die vorrangig handlungsrelevanten Vorurteilsdimensionen. Aber womit lassen sich Vorurteile bei Sportvereinsmitgliedern erklären?

Vorurteile hängen unter anderem mit autoritären Einstellungen, Demokratiekritik und -feindlichkeit sowie Nationalismus und Gewaltbilligung im Sport zusammen und beeinflussen diese unterschiedlich stark. So befürworten knapp 72 Prozent der befragten Sportlerinnen und Sportler autoritäre Unterwürfigkeit und Aggression. Rund 80 Prozent stimmen der unkritischen und bedingungslos positiven Bewertung der eigenen Nation zu. Und zwei Drittel der Sporttreibenden meint, dass die Demokratie in Deutschland eher zu faulen Kompromissen als zu sachgerechten Entscheidungen führt. Auch Alter, Bildung und Geschlecht spielen bei Abwertungen im Sport eine Rolle. Ältere tendieren eher als jüngere Befragte zu islamfeindlichen, homophoben und rassistischen Abwertungen und werten häufiger Menschen mit Behinderung ab. Beim klassischen Sexismus, der Frauen auf die Rolle der Ehefrau, Hausfrau und Karrierehelferin fixiert, zeigt sich ein umgekehrtes Verhältnis: Umso jünger die befragten Sporttreibenden sind, desto sexistischer sind sie eingestellt. Der Bildungsgrad gibt weiter Aufschluss über menschenfeindliche Einstellungen. Sportlerinnen und Sportler mit einem geringeren Bildungsniveau werten im Durchschnitt eher Einwanderer, Muslime, Homosexuelle, Schwarze, Juden und Jüdinnen und Frauen ab. Ähnlich unterscheiden sich Männer von Frauen. Deutlich mehr Männer als Frauen stimmen islamfeindlichen, homophoben, antisemitischen und sexistischen Aussagen zu.



Zustimmungswerte (1-4) zu den Vorurteilsdimensionen nach Gemeindegröße

Stadt und Land

Um menschenfeindliche Einstellungen in Abhängigkeit der Stadt- und Gemeindegröße in Sachsen zu betrachten, haben wir die befragten Sportvereinsmitglieder in Dörfer und kleinere Gemeinden bis zu 17.500 Einwohnerinnen und Einwohner sowie in Städte und größere Gemeinden eingeteilt.^[5] Sachsens Sporttreibende, die in Dörfern oder kleineren Gemeinden ihren Sport ausüben, neigen eher als Sportlerinnen und Sportler in Städten und größeren Gemeinden des Landes zu islamfeindlichen, homophoben und rassistischen Einstellungen.

Sport und seine Werte

Eine Chance könnte in den im Sport propagierten Werten wie Fairness, Toleranz, Solidarität und Respekt liegen. Es lässt sich auch beobachten, dass diejenigen Sporttreibenden deutlich weniger zu menschenfeindlichen Einstellungen tendieren, die den Werten im Sport eine größere Bedeutung zusprechen. Obwohl Sportvereine und -organisationen einen gemeinsamen Wertekanon haben, der Vielfalt, Fairness, Toleranz, Chancengleichheit und Partizipation beinhaltet, lässt sich zusammenfassen, dass Ungleichwertigkeiten innerhalb des Sports deutlich messbar vorhanden sind. Die Sportvereine betonen, wie wichtig ihnen die Vermittlung von Werten als Vereinsziel und integraler Bestandteil ihrer Vereinsphilosophie sei. Allerdings führen diese Werte nicht im Selbstlauf zu einer Sensibilität gegenüber Vorurteilen und deren Folgen. Neben der Formulierung von Wertevermittlung als Leitziel wären für die Sportorganisationen entsprechende Konzepte hilfreich, um deutlich und nachvollziehbar zu machen, wie dieses Ziel sportarten- und organisationsübergreifend im vereinsorganisierten Sport in Sachsen erreicht werden soll. ■

Der Autor ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Leipzig und Leiter der durchgeführten Studien zur Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit im Sport.

[4] vgl. Delto, H. & Tzschoppe, P. (2015). Wir und die Anderen – Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Sport in Sachsen. Universität Leipzig.

[5] Für die Einteilung in ländlich und städtisch haben wir uns für die Studie in Sachsen noch nicht an der differenzierteren Gliederungssystematik der BIK-Regionen (Pendlerstromanalysen) orientiert, sondern lediglich an der Mindestgrenze von 17.501 Einwohnerinnen und Einwohnern. Ab dieser Anzahl kann eine Gemeinde den Status einer Großen Kreisstadt erhalten.

Download der Studie
<http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-425778>



05 KAPITEL

RECHTE GEWALT



Brandanschlag auf eine geplante Asylunterkunft am 26. August 2015 in Leipzig Stötteritz

RASSISTISCHE MOBILISIERUNGEN UND RECHTE GEWALT IN DER REGION LEIPZIG

von Steven Hummel

[1] vgl. Antifaschistisches Redaktionskollektiv (Hrsg.): Wurzen. Das Ende faschistischer Zentren, wie wir sie kennen. Entwicklungen im Muldental-kreis 1991-1996, 1996.

[2] Das polizeiliche Erfassungssystem „politisch motivierte Kriminalität“ (PMK) wurde 2001 eingeführt und enthält u.a. folgenden Passus: „... wenn die Umstände der Tat oder die Einstellung des Täters darauf schließen lassen, dass sie sich gegen eine Person aufgrund ihrer politischen Einstellung, Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status“ richtet.

[3] In das polizeiliche Erfassungssystem PMK-rechts fallen z.B. auch Hakenkreuzschmierereien (wegen der Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, §86a StGB) und Beleidigungen mit rassistischem Hintergrund. Diese Vorfälle werden in der Statistik der Opferberatung nicht berücksichtigt.

Sachsen ist in den letzten Jahren immer wieder negativ in den Schlagzeilen gewesen. Freital, Heidenau, Clausnitz und Bautzen sind nur einige, vermutlich aber die bekanntesten Beispiele. Das gesellschaftliche Klima ist (nicht nur, aber besonders in Sachsen) rauer geworden. Mit vermehrten rassistischen Mobilisierungen geht ein starker Anstieg rechter Gewalt einher. Wie ist es um die Situation in der Region Leipzig bestellt?

Rassistische Mobilisierungen...

Ein wichtiger Ausgangspunkt rassistischer Mobilisierungen, so wie sie uns heute begegnen, sind die Aufmärsche im erzgebirgischen Schneeberg Ende 2013/Anfang 2014. Dort demonstrierten zum ersten Mal eine vierstellige Zahl Bürger_innen und Neonazis gemeinsam und über einen langen Zeitraum. Berührungspunkte gab es nicht. Facebook wurde für die Organisation und Mobilisierung der Demonstrationen sowie die Verbreitung von rassistischer Hetze wesentlich. Nahezu alle rassistischen Proteste organisieren sich seitdem mindestens teilweise über Facebook.

.... in und um Leipzig

Auch in der Leipziger Region gab und gibt es diverse Initiativen und Zusammenschlüsse, welche gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in der direkten Nachbarschaft hetzen und die Asylpolitik der Bundesregierung kritisieren. Dabei nutzen sie sowohl Veranstaltungen wie Demonstrationen und Kundgebungen, die Verbreitung von Hassbotschaften über Facebook und Petitionen als auch Agit-Prop-Aktionen wie Graffiti und selbstgedrehte Videos. Beispielhaft sei folgend die Situation in Wurzen beschrieben.

In Wurzen gibt es historisch begründet eine starke rechte Szene.^[1] Diese organisierte maßgeblich die rassistische Mobilisierung vor Ort. Bereits Anfang 2015 gab es drei Demonstrationen gegen Asylsuchende. Nach der Gründung eines LEGIDA-Ablegers (Wu-

GIDA) folgten vier weitere. Die in BÜRGERBEWEGUNG UNSER SCHÖNES WURZEN umbenannte WUGIDA-Gruppe führte 2015 noch zwei weitere Demonstrationen durch. 2016 folgten nochmals zwei rassistische Demonstrationen sowie eine Demonstration der NPD/JN zum 1. Mai.

Auf Facebook hetzte erst die Seite „Wurzen wehrt sich gegen Asylmissbrauch“, später eine neue Seite „Wurzen und Umland“ gegen Asylsuchende. Immer wieder ist die Rede von vermeintlichen Straftaten von Asylsuchenden. Kommentare unter solchen Posts sind dabei häufig Drohungen. So wird im Juli 2015 einem Asylsuchenden aus Tunesien gedroht, ihm die Hände abzuhacken und ihn umzubringen. Die Seiten-Betreiber riefen dazu auf, sich in Bürgerwehren zu organisieren. Ausrüstung und Kleidung werde gestellt. In der Chronik des zivilgesellschaftlichen Vereins NETZWERK FÜR DEMOKRATISCHE KULTUR E.V. (NDK) aus Wurzen lässt sich lesen: „Immer wieder berichteten Flüchtlinge aus Wurzen, dass sie rassistisch beleidigt werden, ihnen sogar Gewalt angedroht wird. So wurde eine Familie in der Bahnhofstraße bereits mehrfach Opfer von nächtlichem Lärm, Parolenrufen, Flaschenwürfen und lautstarkem Klopfen gegen die Fensterscheiben ihrer Wohnung. Im Park des Alten Friedhofs wurden mehrfach Flüchtlinge durch Jugendliche und Erwachsene bedroht, ebenso in Supermärkten, wie Kaufland und Lidl. [...] Flüchtlinge, welche die Berufsschule in Wurzen besuchen, wurden in Höhe des Getränkemarktes von einer Clique Neonazis bedroht und rassistisch beleidigt.“ Wie an der Beschreibung deutlich wird, ist rassistische Stimmungsmache ein Nährboden für rassistisch motivierte Gewalt.

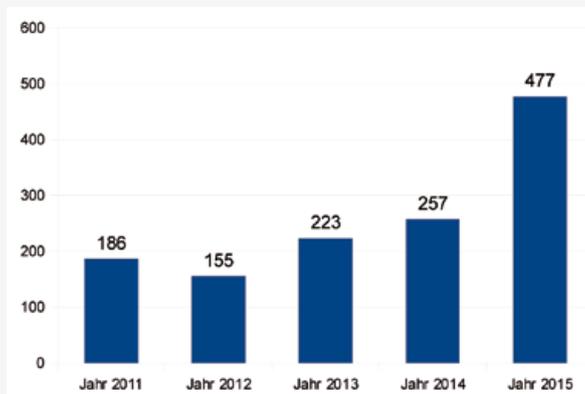
Rechte Gewalt...

In Deutschland ist die Polizei mit der Erfassung und Ermittlung von Straftaten betraut, worunter auch rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt des RAA SACHSEN E.V. unabhängig von polizeilichen Anzeigen.

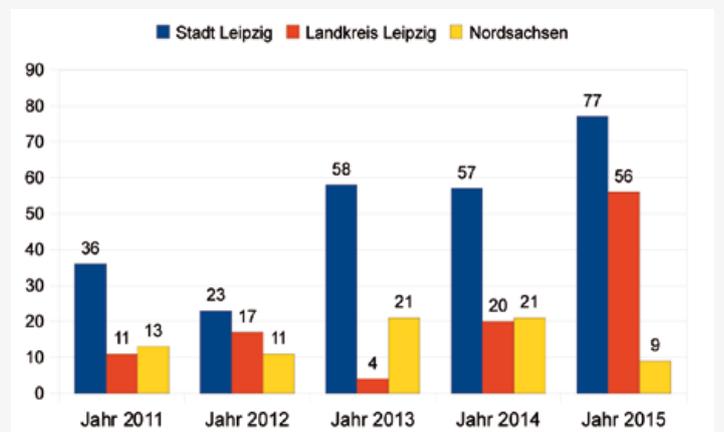
Rassistische Demonstrationen in und um Leipzig

In Leipzig gab es neben den diversen Demonstrationen von LEGIDA, seinen Ablegern und Abspaltungen zwischen Oktober 2015 und Oktober 2016 keine weiteren rassistischen Demonstrationen. Im Leipziger Umland sieht die Situation anders aus. Hier gab es in diesem Zeitraum ohne Berücksichtigung von Demonstrationen von Parteien (NPD/JN, AfD) mindestens 29 rassistische Demonstrationen. Schwerpunkte sind dabei Eilenburg (5), Grimma und Borna (je 4) sowie Markranstädt, Delitzsch und Regis-Breitingen (je 3).

Rechte und rassistische Gewalttaten in Sachsen



Rechte und rassistische Gewalttaten in und um Leipzig



Quelle: I. Heide-Greif, Opferberatung des RAA Sachsen e.V.

Wichtig ist für die Berater_innen die subjektive Einschätzung der Betroffenen. Rechte Gewalt wird weiterhin über die Einstellung der TäterIn/TäterInnen (Kleidung, Symbole, Organisierung, etc.) sowie der Umstände der Tat (At der Tatbegehung, Auswahl der Opfer, etc.) definiert. Aus diesen Gründen unterscheiden sich die Statistiken der RAA SACHSEN von denen der Polizei. Am ehesten vergleichbar mit den Zahlen der Opferberatung sind die Gewaltstraftaten im polizeilichen Erfassungssystem PMK-rechts.^[3]

Es ist davon auszugehen, dass das enorm hohe Niveau 2016 gehalten oder gar überschritten wird. Nennenswert sind an dieser Stelle die 74 Angriffe auf Asylunterkünfte in 2015, wovon 19 Brandstiftungen sind. Deutlich sichtbar wird in der Statistik der unabhängigen Beratungsstelle, dass bei den meisten Angriffen das Tatmotiv Rassismus ist.^[4] Für die Betroffenen kommt die schon beschriebene ablehnende und teilweise feindliche Stimmung und alltägliche Diskriminierung vor Ort dazu.

... in und um Leipzig

Die Leipziger Region reiht sich bezüglich rechter Gewalt gut in das gezeichnete Bild von Sachsen ein. Auch hier lässt sich ein starker Anstieg rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt feststellen.

Was rechte Gewalt mit Betroffenen macht, ist für Außenstehende oftmals schwer nachzuvollziehen. In manchen Fällen können solche Angriffe das Leben nachhaltig beeinflussen. Beispielhaft sei hier der schon etwas länger zurückliegende Angriff auf eine Gruppe Konzertbesucher_innen in Delitzsch 2012 genannt. Ein Musiker wurde dabei an einem Auge so schwer verletzt, dass er sein Augenlicht verlor. Neben

körperlichen Schäden können u.a. auch finanzielle Belastungen und psychische Beeinträchtigungen entstehen. Für Betroffene ist es daher wichtig, dass ihnen Andere solidarisch zur Seite zu stehen und sich Hilfe nach ihren Bedürfnissen richtet. Subjektive Wahrnehmungen von rechter Gewalt sowie Einschränkungen des alltäglichen Lebens sollten ernst genommen und nicht klein geredet werden.

[4] Viele Vorfälle haben weiterhin einen Bezug zum Thema Asyl. Darunter fallen z.B. auch Angriffe am Rande von Anti-Asyl-Demonstrationen auf politische Gegner_innen oder Journalist_innen, welche aber nicht rassistisch motiviert sind.

Rassistische Initiativen in und um Leipzig

In und um Leipzig existieren eine Vielzahl von rassistischen Initiativen. Einige existieren als reine Facebook-Phänomene, andere führen Veranstaltungen und Demonstrationen durch. Einige existieren nur kurze Zeit, andere sind auf Dauer angelegt. Die folgende unvollständige Liste umfasst rassistische Facebook-Initiativen in der Leipziger Region mit Stand November 2016. Alle Schreibweisen sind original beibehalten. Einige Seiten werden nicht mehr regelmäßig aktualisiert.

- Bad Lausick sagt Nein zum Heim
- Bad Lausick wehrt sich
- Bürgerbewegung Grimma
- Bürgerinitiative „Böhlen wehrt sich“
- Bürgerinitiative „Rötha wehrt sich“
- Bürgerinitiative „Wir sind Borna“
- Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein
- Borna wehrt sich gegen Asylmissbrauch
- Colditz sagt Nein – aus Liebe zur Heimat und zum Schutz unserer Kinder
- Das Waldstraßenviertel sagt NEIN zum Heim
- Espenhain sagt Nein zum Heim
- Geithain wehrt sich
- Initiative – Unser Eilenburg
- Initiative – Unser Delitzsch
- LEGIDA – Leipzig steht auf
- Lobstädt sagt Nein zum Heim
- Markranser kämpfen - mit Herz und Verstand
- Markranstädt wehrt sich
- Meusdorf sagt NEIN zum Asylantenheim
- Nordsachsen schaut hin
- Regis-Breitingen wehrt sich
- WIR für Böhlen
- Wir für Leipzig
- WIR für Oschatz
- Wir sind Großpösna
- Wurzeln und Umland
- Zwenkau steht auf

DEM KRIEG ENTFLOHEN – IM KRIEG GELANDET

Zur rassistischen Situation im Leipziger Umland, den Folgen für die Betroffenen und den Herausforderungen für die Unterstützer_innen

von Lena Nowak

Ende August wird ein Migrant, der in Wurzen arbeitet, vor einer Pizzeria zunächst beleidigt und dann tödlich angegriffen. Die TäterInnen sind stadtbekannte Neonazis. Als sich der Betroffene wehrt und ihm Geflüchtete zu Hilfe eilen, kommen mutmaßliche Neonazis innerhalb kürzester Zeit mit Kleinbussen und Autos dazu. Am nächsten Tag wird in der Zeitung stehen, Asylbewerber hätten eine Pizzeria überfallen und die Gäste bedroht. Es kommt in der Folge zu mehreren Hetzjagden, einer rassistischen Demo und nächtlichen Bedrohungen direkt vor der Haustür einiger Betroffener. Einige Wochen später wird bei einer libyschen Familie unweit der Pizzeria ein Stein in die Fensterscheibe geworfen, der ein Familienmitglied nur knapp verfehlt. In derselben Nacht versuchen die Angreifer, in die Wohnung der geflüchteten Familie einzudringen...

[1] Zur Wohnauflage für Geflüchtete vgl. Artikel „Das Wohnen in Wohnungen lernen?“ in diesem Heft S. 41

Dies sind nur einige Beispiele von vielen aus den letzten Monaten. Die rassistische Gewalt im Leipziger Umland nimmt zu. Dies ist bekannt. Die rassistische Hetze auf der Straße ist seit zwei Jahren so kontinuierlich wie offensiv und zieht sich, wenn auch manchmal im Stillen durch alle gesellschaftlichen Schichten und politischen Richtungen. Auch dies ist mittlerweile so bekannt wie banal. Selbst in Unterstützernetzwerken reicht zuweilen das Wohlwollen nur so weit, bis die Menschen schwierig werden, zu viel verlangen, zu undankbar sind oder sich schlichtweg nicht unauffällig oder angepasst verhalten.

Aus den Recherchen der RAA-Opferberatung ergibt sich eine Steigerung der Fallzahlen von 25 Gewaltvorfällen im Jahr 2013 auf 67 im Jahr 2015 im ländlichen Raum in Leipzig und den angrenzenden Landkreisen. Aber was diese Zunahme tatsächlich bedeutet, wie die Situation vor Ort ist und sich gerade im Alltag der Betroffenen zeigt, können die Zahlen nicht erzählen. Neben einem erhöhten Fallaufkommen hat sich auch die Form der Gewalt verschoben. Während wir es als

Opferberatung früher häufig mit einmaligen Vorfällen zu tun hatten, handelt es sich in der Mehrzahl der Beratungsfälle inzwischen um wiederholte Übergriffe, ist die Gewalt- und Bedrohungssituation anhaltend und findet in der Regel im direkten Wohnumfeld der Betroffenen statt. Fens-

terscheiben werden eingeschmissen, Familien beim Verlassen der Wohnung mit Feuerwerkskörpern beworfen. Neonazis versuchen direkt in Wohnbereiche einzudringen. Der Rassismus ist alltäglich und enthemmt. Die Betroffenen fühlen sich diesem schutzlos ausgeliefert. Ein Umzug, die meist sinnvollste und einzige Möglichkeit des Schutzes, wird inzwischen sogar bei akuten Gefährdungslagen von der zuständigen Behörde nicht mehr bewilligt. Neben den körperlichen Angriffen berichten die Betroffenen von einer Zunahme von Anfeindungen und Beschimpfungen im Bus oder beim Einkaufen. Manche Menschen erleben diese Form von Gewalt sogar als die schlimmere, da sie sich sprachlich nicht adäquat wehren können und die Situation damit eine große Ohnmacht erzeugt. Dies hat schwere psychische und soziale Folgen für die Betroffenen. Sie fühlen sich massiv abgewertet, trauen sich nicht mehr aus dem Haus oder schlafen nachts nicht mehr, aus Angst, dass die Angreifer wiederkehren.

Der Opferberatung sind bereits mehrere Fälle bekannt, in denen Menschen wieder in ihre Herkunftsländer, das heißt in Armut und Terror, zurück gereist sind, weil sie hier ihr Leib und Leben und das ihrer Angehörigen nicht geschützt sehen. Ein Betroffener beschrieb es uns folgendermaßen: „Ich bin aus dem Krieg geflohen und in einem neuen gelandet.“

Konsequenzen für die Unterstützungsarbeit

Wo bis vor wenigen Jahren vornehmlich die Folgen eines Übergriffs gemindert und bearbeitet werden mussten, geht es in unserer Beratung seit über zwei Jahren vor allem darum, sich vor erneuten Übergriffen zu schützen und Strategien zu entwickeln, eine gefährliche und unberechenbare Situation durchhalten zu können. Wir stehen vor der Herausforderung, vor allem stabilisierend arbeiten zu müssen und gleichzeitig die Zustände nicht bagatellisieren zu wollen. Es geht dabei zunehmend um Themen wie Selbstschutz, Notfallpläne, aber auch Kriseninterventionen aufgrund der akuten Gefahr psychischer Erkrankungen. Für einzelne Menschen können dabei hier und da inoffizielle Lösungen für akute Maßnahmen gefunden werden. Für ganze Familien haben auch wir oft keine Lösungen. Diese verbleiben dann in Gewalt- und Bedrohungssituationen und müssen den häufig enttäuschenden Weg über die Behörden gehen. Die Ge-

Spenden Sie der Opferberatung:

Spendenkonto: RAA Sachsen e.V.
Commerzbank AG
IBAN: DE33 8508 0200 0643 9986 00
BIC: DRESDEFF857
Verwendungszweck: Opferfonds



Photos: Tim Wagner

Recht und Sicherheit für Refugees, Mahnwache in Leipzig gegen rassistische Gewalt in Sachsen am 18. Januar 2015

setzesnovelle zur Wohnaufgabe auch für anerkannte Geflüchtete ist vor diesem Hintergrund buchstäblich eine Katastrophe.^[1]

Hilfreich sind Kontakte zu den Betroffenen, zu den Menschen in den Unterkünften, aber auch in den Wohnungen in den Kleinstädten und Dörfern. Die Isolation, das Gefühl allein der Gewalt ausgeliefert zu sein, beeinträchtigt die Betroffenen nachhaltig. Es braucht schnelle, unbürokratische Lösungen für Menschen in akuten Gefahrensituationen, ähnlich einem Krisenhaus oder Schutzwohnungen-Konzept. Auf behördlicher Ebene muss nicht nur die Sensibilisierung für die unzumutbaren Zustände in manchen Regionen erhöht werden, es braucht flexible Handlungsstrategien, um den Schutz der Betroffenen zu gewährleisten oder wiederherzustellen. Verteilungsschlüssel oder amtliche Zuständigkeiten sind kein Argument bei der Gefahr körperlicher oder psychischer Verletzung aus rassistischem Hass. ■

Die Autorin arbeitet bei der Leipziger Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt des RAA SACHSEN E.V.

Weitere Informationen zum Thema



Amnesty International (Hrsg.): *Leben in Unsicherheit. Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt*, 2016. Die Studie ist unter www.amnesty.de kostenlos downloadbar.



Ezra (Hrsg.): *Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei*, 2014. Die Studie ist unter www.ezra.de kostenlos downloadbar.



RECHTE ANFEINDUNGEN UND ANGRIFFE...

...gegen demokratische Institutionen und ihre Vertreter_innen

von chronik.LE

„Die da oben“, „Volksverräter“, „Lügner“ – der Ton gegen demokratische Institutionen und ihre Vertreter_innen ist in den letzten zwei Jahren zunehmend aggressiv geworden. Diese Tendenz geht einher mit dem Erstarken von PEGIDA und der Aufstieg der ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AfD). Beide agitieren in einem rechtspopulistischen Duktus gegen die „Etablierten“, welche den „Willen des Volkes“ nicht umsetzen würden.

Durch die Tonverschärfung im politischen Diskurs werden neben „klassisch“ rechten Feindbildern wie Asylsuchende und Linke zunehmend auch andere Gruppen, z.B. Politiker_innen und Journalist_innen zum Ziel rechter Bedrohungen. Ironischerweise nehmen die Täter_innen nicht selten den Artikel 20 Absatz 4 des Grundgesetzes für sich in Anspruch: „Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.“ Die Täter_innen sehen sich in einem „Abwehrkampf“ gegen eine als illegitim empfundene Politik, wobei der Fokus in der Regel auf dem Themenfeld Asyl liegt. In ihrer Wahrnehmung scheint es keine demokratischen Mittel politischer Einflussnahme mehr zu geben. Rechte Angriffe werden damit als „Widerstand“ stilisiert.

Angriffe auf Einzelpersonen...

Diese Entwicklung drückt sich in Anfeindungen und Angriffen gegenüber Einzelpersonen aus. Bundesweit beispielhaft seien dafür zwei Vorfälle genannt: Im März 2015 trat Markus Nierth, ehrenamtlicher Bürgermeister von Tröglitz, einer Ortschaft in Sachsen-Anhalt, von seinem Amt zurück. Dem vorausgegangen waren mehrfache Aufmärsche der neonazistischen NPD, welche sich gegen die geplante Unterbringung von 60 Geflüchteten im Ort richteten. Als ein Aufmarsch unmittelbar vor seinem Haus genehmigt wurde, trat Nierth zurück um seine Familie

zu schützen. Dies gelang ihm nach eigenen Angaben nicht, wegen des „enorme[n] Medienhype[s], der dann kam, aber auch die unterschätzte rechte Gewalt, die dann viel stärker war. Es folgte Morddrohung auf Morddrohung. Dadurch habe ich gemerkt, dass die eigentliche Gefahr größer geworden ist. Das hat unser ganzes Leben verändert. Aber deswegen zurückzuweichen, nur weil man sich nicht mehr traut, seine eigenen Meinung zu sagen, das geht gar nicht.“^[1] Tröglitz erlangte im April 2015 erneut überregional Aufmerksamkeit: die geplante Unterkunft für Geflüchtete wurde angezündet und zerstört.

Im Oktober 2015 wurde die Kölner Lokalpolitikerin und Oberbürgermeisterkandidatin von CDU, Grünen und FDP, Henriette Reker, von einem Neonazi niedergestochen. Bei der Tat soll der Täter Frank S. „Ich tue es für eure Kinder“^[2] gerufen haben. Er wollte damit ein Zeichen gegen angebliche Fehler in der Asylpolitik setzen. Reker war als Sozialdezernentin für die Unterbringung von Asylsuchenden in Köln zuständig. In der Vernehmung äußerte S., dass er Angst habe, dass bald die Scharia in Deutschland gelten werde. S. war in der 1995 verbotenen neonazistischen FREIHEITLICHEN DEUTSCHEN ARBEITERPARTEI (FAP) aktiv.

... quer durch das demokratische Spektrum.

Im Mai 2015 veröffentlichte die ZEIT unter dem Titel „Wir werden bedroht“^[3] ein Dossier, in welchem sich Politiker_innen äußern. Die (unvollständige) Liste ist lang: Wolfgang Thierse (SPD, ehemaliger Bundestagspräsident), Volker Beck (Grüne, MdB), Cem Özdemir (Parteivorsitzender der Grünen), Claudia Roth (Grüne, Bundestagsvizepräsidentin), Martin Dulig (Wirtschaftsminister in Sachsen), Burkhard Jung (Oberbürgermeister von Leipzig), Omid Nouripour (Grüne, MdB), Juliane Nagel (Linke, MdL in Sachsen), Lutz Trümper (seit Oktober 2015 parteilos, zuvor SPD, Oberbürgermeister von Magdeburg), Reiner Haseloff (CDU, Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt), Roland Dantz (Oberbürgermeister von Kamenz), Sebas-

Anschlagsschaden am LinXXnet in der Bornaischen Straße / Connewitz vom 03. Oktober 2016

[1] <http://www.mdr.de/sachsen-anhalt/troeglitzeinjahr-nach-ruecktritt-100.html>

[2] <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/henriette-reker-taeter-frank-s-hat-rechtsextreme-vergangenheit-a-1058337.html>

[3] <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-05/bedrohte-politiker>

[4] <http://www.dielinke-sachsen.de/politik/detail/article/attacken-auf-linke-abgeordnetenbueros-im-umfeld-des-3-oktobers/>

[5] <http://www.lvz.de/Mitteldeutschland/News/Uebergriffe-und-Drohungen-gegen-Politiker-Leipzigsbuergermeister-Jung-unter-Polizeischutz>

[6] <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/leipzigsbuergermeister-jung-wird-bedroht-a-1058491.html>



Die Leipziger NPD propagierte bereits 2014 Gewalt gegen angebliche „geistige Brandstifter“. Gemeint waren u.a. die Linke-Landtagsabgeordnete Juliane Nagel, Leipzigs Polizeipräsident Bernd Merbitz (CDU), der Landesvorsitzende der Grünen, Jürgen Kasek, und Leipzigs Oberbürgermeister Burkhard Jung (SPD). Ihre Konterfeis wurden auf dem Transparent abgebildet. „Linke Täter haben Namen und Adressen“, drohte der damalige NPD-Landesvize Maik Scheffler. NPD-Stadtratskandidat Alexander Kurth (Bildmitte) sprach von „Krebsgeschwüren“.

tian Striegel (Grüne, MdL in Sachsen-Anhalt), Klaus Brähmig (CDU, MdB Sachsen), Karamba Diaby (SPD, MdB aus Halle).

Auch in Sachsen ist diese zunehmende Aggression zu spüren. So berichtet DIE LINKE von vermehrten Angriffen auf ihre Abgeordnetenbüros: „Insgesamt zählte die sächsische LINKE seit Beginn dieses Jahres 40 [Januar bis Anfang Oktober 2016, Anm. d. Red.] gemeldete Ereignisse wie Anschläge auf Büros, Übergriffe auf Wohnungen oder Infostände und Bedrohung von Mitgliedern.“^[4]

Die Bedrohungslage steigt auch in Leipzig...

Die Situation in der Region Leipzig lässt sich an mehreren Beispielen betrachten:

Im März 2015 äußert sich der Leipziger Oberbürgermeister Burkhard Jung gegenüber der LVZ zu den Anfeindungen ihm gegenüber: „Ich habe in meiner Amtszeit ein, zwei Mal Drohungen erhalten. Und seit wir die LEGIDA-Demonstrationen haben, zum ersten Mal eine gehäufte Bedrohungssituation bis hin zum Polizeischutz.“ Bis März 2015 wurde Jung 30 mal bedroht.^[5] Im Oktober 2015 schmierten Unbekannte auf einen Container in der Leipziger Innenstadt einen Galgen und die Worte „OB Jung wir kriegen Dich“. Auf einem weiteren Container war die Parole „No Asyl“ zu lesen.^[6] Am 11. Januar 2016, als 250 Neonazis gezielt den Stadtteil Connewitz überfielen, sprach Tatjana Festerling^[7] auf der Bühne von LEGIDA: „Wenn die Mehrheit der Bürger noch klar bei Verstand wäre, dann würden sie zu Mistgabeln greifen und diese volksverratenden, volksverhetzenden Eliten aus den Parlamenten, aus den Gerichten, aus den Kirchen und aus den Pressenhäusern prügeln.“^[8] Die Äußerungen wurden von den Teilnehmenden der Kundgebung beklatscht. Der

DEUTSCHE JOURNALISTENVERBAND (DJV) erstattete daraufhin Anzeige wegen Volksverhetzung gegen Festerling. Das Verfahren wurde im Mai 2016 eingestellt. Anfang Juli 2016 wurde ein LEGIDA-Ordner in seinem Wohnort überfallen und zusammengeschlagen. LEGIDA und die ehemalige NPD-Facebook-Seite „Wir für Leipzig“ machten ohne jeglichen Anhaltspunkt den Landesvorsitzenden der GRÜNEN und NOLEGIDA-Aktivisten Jürgen Kasek für die Tat verantwortlich. Entsprechende Facebook-Einträge wurden innerhalb kürzester Zeit mehr als 2.000 Mal geteilt. Einzelne Kommentatoren riefen offen zu Gewalt gegen Kasek auf.^[9] Gegenüber der LVZ äußerte sich Kasek wie folgt: „Ich kam heute in mein Büro und hab schon gesehen, dass da diese Behauptungen im Netz kursieren. Seitdem bekomme ich zahllose Mails und anonyme Anrufe“. Die Verbreitung von Fotos und der Adresse seiner Anwaltskanzlei seien „eine sehr harte Bedrohungslage und der Höhepunkt einer Kampagne“, die seit Wochen gegen ihn laufe. Kasek ging juristisch gegen die Unterstellungen vor und stoppte diese.^[10]

...und den umliegenden Landkreisen.

Im vergangenen Jahr kam es zu zahlreichen weiteren Anfeindungen gegenüber Politiker_innen und Anschlägen auf Wahlkreis- und Abgeordnetenbüros aber auch Privatwohnungen. Im Raum Leipzig ist besonders die Partei DIE LINKE betroffen. CHRONIK.LE sind allein in 2016 sieben Angriffe auf Büros und Infostände der Partei in Leipzig, Delitzsch und Naunhof bekannt geworden. In einem besonders schweren Fall entstand in Neukieritzsch bei einem nächtlichen Angriff auf das Tagungsgebäude des Landesparteitags ein Sachschaden von mehr als 250.000 Euro. ■

[7] Festerling ist Mitbegründerin der AfD, erstmals bundesweit bekannt wurde sie durch ihre positiven Äußerungen zu den Hooligan-Ausschreitungen im Oktober 2014 in Köln. Ihrem Ausschluss aus der AfD kam sie mit einem Austritt zuvor und schloss sich Pegida an. Sie kandidierte für Pegida als Oberbürgermeisterin und bekam auf Anhieb 9,6% der Stimmen. Im April 2016 kam es zum Zerwürfnis zwischen Lutz Bachmann und Festerling, woraufhin diese nur noch bei Legida und „Festung Europa“ auftrat.

[8] <http://www.tagesspiegel.de/politik/nach-mistgabel-auf-ruf-journalistenverband-zeigt-pegida-anfuhrerin-an/12837678.html>

[9] vgl. <http://www.lvz.de/Leipzig/Polizeiticker/Polizeiticker-Leipzig/Nach-Ueberfall-auf-Legida-Ordner-Gruenen-Politiker-Kasek-wird-massiv-bedroht>

[10] vgl. <http://www.lvz.de/Leipzig/Lokales/Vergleich-vor-Gericht-Legida-unterlässt-Anschuldigungen-gegen-Kasek>

11. JANUAR 2016 - ANGRIFF AUF CONNEWITZ

Von Surina Kleineremann

Während LEGIDA und PEGIDA gemeinsam durch das Leipziger Zentrum marschieren, überfallen 250 Neonazis Geschäfte und Kneipen in Connewitz.

Von einem großen Polizeiaufgebot begleitet, beging LEGIDA am 11. Januar 2016 ihr einjähriges Jubiläum. Das Dresdner Vorbild Pegida hatte an diesem Tag keine eigene Versammlung angemeldet, sondern nach Leipzig mobilisiert, wo ihre Führungspersonen Lutz Bachmann und Siegfried Däbritz sich die Bühne u.a. mit dem damaligen LEGIDA-Kopf Markus Johnke und dem Neonazi Hannes Ostendorf teilten. Ostendorf ist Sänger der Rechtsrockband Kategorie C und ein alter Bekannter des LEGIDA-Schatzmeisters und Rechtsanwalts Arndt Hohnstädter, welcher ihn 2011 vor Gericht verteidigte.

Während rund 3.000 Anhänger der rassistischen LEGIDA in der Innenstadt aufzogen, sammelten sich gewaltbereite Neonazis in Seitenstraßen im links geprägten Stadtteil Connewitz. Geschlossen und ruhig zogen die rund 250 Personen zunächst zur Wolfgang-Heinze-Straße, um dort wie auf Kommando Geschäfte und Passant_innen anzugreifen. Der Mob verletzte drei Menschen, beschädigte 24 Geschäfte und verursachte einen Sachschaden von mehreren zehntausend Euro. Allein an einem Fastfood-Imbiss, der mutmaßlich aufgrund seines arabischen Namens zum Angriffsziel wurde, entstanden rund 30.000 Euro Schaden. Ein Sprengböllner riss dort ein Loch in ein Metallwaschbecken und zerfetzte die Deckenverkleidung. Zudem verursachte Leuchtschmuckmunition, die durch ein geöffnetes Fenster geschossen wurde, ein Feuer in einer Wohnung. Auch eine Buchhandlung geriet beinahe in Brand.

Flucht in die Sackgasse

Als nach wenigen Minuten die Polizei erschien, flüchtete ein großer Teil der Nazis in die Auerbachstraße, wo sie von Polizisten eingekesselt, mit Kabelbindern gefesselt und in Gefangenentransportern zum Polizeirevier transportiert wurden. Die Gesetzeshüter erfassten die Personalien von 215 Personen. Bei ihnen wurde neben einem offenbar zuvor in der Innenstadt entwendeten Transparent der LEGIDA-Gegendemonstration „Leipzig bleibt helle“ auch Pyrotechnik sichergestellt. Augenzeugen zufolge führten die Neonazis auch

Baseballschläger, Holzlatten, Äxte und Hämmer mit. Viele Angreifer trugen blau-gelbe Sturmhauben in den Vereinsfarben des 1. FC LOKOMOTIVE LEIPZIG. Später fanden Anwohner u.a. Messer im Gebüsch. Für ihre nachlässige Beweissicherung wurde die Polizei später kritisiert.

Im Oktober 2016 veröffentlichte die Leipziger Zeitschrift KREUZER detaillierte Informationen über die vorläufig Festgenommenen. Demnach wohnen 172 der Angreifer in Sachsen und 25 in Thüringen, die übrigen in Berlin, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen. Die Sachsen kommen fast alle aus den Regionen Leipzig (126) und Dresden (45), darunter zahlreiche gewalttätige Neonazis und Fans der Fußballvereine LOKOMOTIVE LEIPZIG und DYNAMO DRESDEN. 13 Angreifer werden der NPD zugeordnet, sechs der in der FANZENE LOK LEIPZIG aufgegangenen rechten Ultragruppe SCENARIO LOK, weitere sechs der mutmaßlich kriminellen Vereinigung FAUST DES OSTENS und fünf der Dynamo-Dresden-Fangruppe DRESDEN OST. Personelle Überschneidungen bestehen mit den verbotenen Neonazi-Kameradschaften WEISSE WÖLFE TERRORCREW, KAMERADSCHAFT TOR BERLIN und SKINHEADS SÄCHSISCHE SCHWEIZ, der kriminellen Vereinigung HOOLIGANS ELBFLORENZ, der terrorismusverdächtigen Freitaler BÜRGERWEHR FTL/360 und der Neonazipartei DIE RECHTE.

Bekannte Leipziger Neonazis beteiligt

Aus dem Raum Leipzig seien unter anderem die Neonazikader David D. und Istvan R., die unter anderem im FREIEN NETZ aktiv waren, unter den Randalierern gewesen. Mit Timo F., Markus K. und Christopher H. gehörten drei Mitglieder des von Benjamin Brinsa trainierten IMPERIUM FIGHT TEAMS zu den Angreifern, weiterhin die langjährigen Hooligans Riccardo S. und Michael W. und die Nazischläger Ivo M. und Thomas K. Auch Kevin D. sei unter den Festgesetzten gewesen. Der Mittvierziger, der schon in den Neunziger Jahren als gewalttätiger Neonazi bekannt war, hatte am 19. Oktober 2015 am Leipziger Hauptbahnhof Antifaschist_innen mit einem Messer angegriffen.

Einige Täter kennen sich von früheren Neonazi-Aktionen, was auf einen hohen Vernetzungsgrad der Szene hindeutet. Zahlreiche Nazis taten noch am gleichen Abend ihre Freude über den Angriff kund. „Conne-



Bewaffnete Neonazis aus ganz Ostdeutschland waren am Angriff auf Connewitzer Kneipen und Geschäfte beteiligt. Ein großer Teil der über 250 Angreifer konnte durch die Polizei festgesetzt werden.

witz wird eben mit Kärcher gereinigt“ schrieb die NPD Leipzig, die wenige Stunden zuvor noch ein tagesaktuelles internes Polizeidokument veröffentlicht hatte. „Frontstadt Leipzig in Nazihand“ twitterte ein NPD-Anhänger. „Bitte objektiv bleiben! Es sind die Linksradikalen!“ schrieb hingegen die CDU-Bundestagsabgeordnete Bettina Kudla^[1], die Nazigewalt relativierend. Schon am Nachmittag hatten die Gruppierung FAN- SZENE LOK LEIPZIG und die NPD-Kampagne „Bürgerinitiative Gohlis sagt Nein!“ bei Twitter gedroht, zwei antifaschistisch engagierte Politiker_innen und einen NOLEGIDA-Organisator vor ihren Haustüren zu überfallen.

Höhepunkt organisierter Naziübergriffe

Der Angriff auf Connewitz reiht sich ein in eine Serie rechter Übergriffe zum Jahreswechsel in Leipzig. Im November 2015 besprühten Vermummte die Wohnhäuser von zwei vermeintlichen „Zecken“, in einem Fall warfen sie Scheiben ein. Am 17. und 28. Dezember zündeten Unbekannte insgesamt 16 Wohnmobile und Kleinbusse in den Stadtteilen Connewitz, Lindenau und Plagwitz an, deren Besitzer nach Polizeiangaben dem linken Spektrum zuzuordnen sind. Zu Silvester hinterließen Nazis an mehreren Orten in Connewitz und der Südvorstadt Sprühereien: „Legida vs. Antifa. 100 gegen 100. Wann? Wo?“ Einen Tag vor dem Angriff in Connewitz brannte schließlich in der Südvorstadt ein Kampfsportstudio aus, das sich gegen LEGIDA positioniert hatte. Die Polizei geht von Brandstiftung aus. Hinsichtlich der personellen Zusammensetzung und des Vorgehens bestehen Parallelen zwischen dem Angriff auf Connewitz und früheren Aktionen von Neonazis, etwa dem Angriff auf eine Flüchtlingsunterkunft in Dresden im August 2015. Gefasste Tatbeteiligte sagten danach vor Gericht aus, dass die Tat als konzer-

tierte Aktion geplant gewesen sei. Mit 40 bis 50 Neonazis aus Dresden, Leipzig und Halle habe man eigentlich mehrere Unterkünfte in Dresden angreifen wollen^[2]. Auch im Umfeld von LEGIDA fiel eine Personengruppe auf, die den gleichen Milieus entsprang wie die Connewitz-Angreifer: Am 14. September 2015 sammelten sich rund 150 Neonazis und rechte Hooligans in der Dessauer Straße, um von dort geschlossen und ohne nennenswerte Polizeibegleitung zum LEGIDA-Startpunkt in der Innenstadt zu laufen. Eine ähnliche Vorgehensweise wie in Connewitz erprobten Neonazis auch am 21. Dezember 2015 in Dresden. Während des PEGIDA-Aufmarschs in der Dresdner Neustadt sammelten sich rund 70 schwarz gekleidete, vermummte und mit Schlagwerkzeugen bewaffnete Neonazis abseits des Aufzugs. Die meisten wurden frühzeitig von der Polizei gestellt, andere konnten in dem linksalternativen Stadtteil kurzzeitig ungestört agieren und dabei mindestens zwei Passant_innen verletzen.^[3]

Ein Dreivierteljahr nach den Nazikrawallen in Connewitz sind die Angreifer nicht geläutert. Einige von ihnen gehörten am 25. September 2016 zu einer Gruppe rechter LOK-LEIPZIG-Hooligans, die in Gera Fans des Lokalrivalen BSG CHEMIE LEIPZIG angreifen wollten. Die Thüringer Polizei setzte die Personen an ihrem Zielort fest und stellte zahlreiche Teleskopschlagstöcke und Messer sicher.

Gegen die Täter vom 11. Januar 2016 wird unterdessen weiterhin wegen des Verdachts auf schweren Landfriedensbruch ermittelt. Ob ihnen darüber hinaus konkrete Körperverletzungen und Sachbeschädigungen zugeordnet werden können, steht – auch angesichts der nachlässigen Spurensicherung – in den Sternen. ■

[1] vgl. Artikel zu Bettina Kudla in diesem Heft, S.60

[2] <https://www.addn.me/nazis/bewahrungsstrafen-fuer-rechte-schlaeger/>

[3] <https://www.addn.me/nazis/statt-pegida-weihnachtssingen-organisierter-naziangriff-in-der-neustadt/>

DIE VERSCHWIEGENEN TOTEN

Ein Beitrag zur Aufarbeitung rechter Gewalt im Landkreis Leipzig

von „Rassismus tötet!“-Leipzig & Initiativkreis Antirassismus

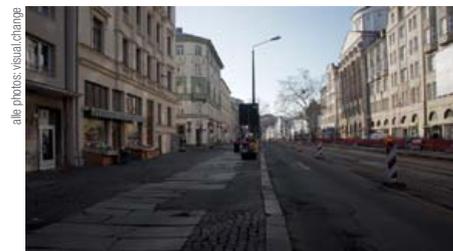
In der Ausgabe LEIPZIGER ZUSTÄNDE 2014 haben wir Rechercheergebnisse zu zehn Todesopfern rechter Gewalt in Leipzig vorgestellt. Klaus R., Horst K., Bernd Grigol, Achmed Bachir, Nuno Lourenço, Thomas K., Karl-Heinz Teichmann und Kamal Kilade sowie Gerhard Sch. und Gerhard Helmut B. wurden ermordet, da sie nicht in das menschenverachtende Weltbild ihrer Täter passten. Ihnen, aber auch jenen Todesopfern rechter Gewalt, die bisher unbekannt geblieben sind, vergessen und verschwiegenen werden, ist die Ausstellung „Die verschwiegenen Toten – Opfer rechter Gewalt in Leipzig seit 1990“, gewidmet. Die Taten haben in allen Fällen homosexuellenfeindliche, sozialdarwinistische oder rassistische Hintergründe bzw. richteten sie sich gegen Menschen aufgrund ihres nicht-rechten Auftretens. Jedoch werden lediglich vier der zehn Morde seitens der Bundesregierung in der Statistik rechtsmotivierter Gewalttaten aufgeführt. Das verdeutlicht die Wichtigkeit und Notwendigkeit kritischer Intervention und Begleitung von rechtsmotivierten Straftaten.

Blick ins Dunkelfeld

Durch Fördermittel der LOKALEN PARTNERSCHAFT FÜR DEMOKRATIE IM LANDKREIS LEIPZIG konnte 2015 das Projekt „Blick ins Dunkelfeld. Beitrag zur Aufarbeitung rechter Gewalt und Todesopfer rechter Gewalt im Landkreis Leipzig“ umgesetzt werden. Dieses ermöglichte Recherchen zu Todesopfern rechter Gewalt im Landkreis Leipzig. Im Projekt wurden für den Landkreis Leipzig seit 1990 zwei Fälle von Todesopfern rechter Gewalt recherchiert, Mario L. und Christel G. Letzterer der beiden Fälle ist als Verdachtsfall einzuordnen. So gibt es zwar Indizien, die eine rechte Tatmotivation nahelegen, die Belege für eine Einordnung als politisches Tötungsverbrechen reichen jedoch nicht aus.

Im Folgenden schildern wir die zwei im Landkreis Leipzig recherchierten Fälle. Zudem wurden in den LEIPZIGER ZUSTÄNDEN 2014 versehentlich zwei Texte nicht abgedruckt, was hiermit nachgeholt werden soll. Diese und alle anderen Fälle können nachgelesen werden auf der Projekt-Webseite

www.dieverschwiegenentoten.de



Achmed Bachir

LEIPZIG

Achmed Bachir wird nur 30 Jahre alt. Er wird am 23. Oktober 1996 durch die zwei Neonazis Daniel Z. und Norman E. vor einem Gemüsegeschäft auf der Karl-Liebknecht-Straße erstochen.

Die beiden Neonazis fahren am Tag stundenlang durch Leipzig und grölen dabei faschistische und rassistische Parolen. In der Straßenbahn prahlen sie von ihrem Plan, einen „Moslem abzustechen“. Am Abend betreten sie das Gemüsegeschäft, in dem Achmed Bachir arbeitet. Sie bedrohen und beleidigen die Verkäuferinnen auf rassistische und sexistische Weise und drängen sie an die Wand. Achmed Bachir will seine Kolleginnen unterstützen und schafft es, die Angreifer vor die Tür zu bewegen, als einer der beiden Neonazis auf Achmed Bachir einsticht.

Laut der Staatsanwaltschaft liegen „keine Anhaltspunkte für einen fremdenfeindlichen Hintergrund“ vor, vielmehr würde es sich um eine „spontane Tat“ handeln. Auch Vertreter_innen der Stadt Leipzig leugnen die rassistische Motivation der Täter. Der damalige Oberbürgermeister Hinrich Lehmann-Grube behauptet: „Ein rechtsextremes Potenzial ist mir hier nie begegnet“. Und Leipzigs Ausländerbeauftragter Stojan Gugutschow erklärt: „Es hätte auch irgendeinen Deutschen treffen können.“

Achmed Bachir wird seit Februar 2012 offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■



Nuno Lourenço

LEIPZIG

Nuno Lourenço wird nur 49 Jahre alt. Am 4. Juli 1998, seinem 49. Geburtstag, wird er von acht Neonazis so stark misshandelt, dass er am 29. Dezember 1998 an den Folgen seiner schweren Verletzungen stirbt.

Nuno Lourenço hält sich in Gaschwitz nahe Markkleeberg auf, um als Zimmermann beim Bau des MDR-Geländes zu arbeiten. Nach einem verlorenen Spiel der Fußball-WM des deutschen gegen das kroatische Team zieht eine Gruppe von acht Neonazis mit Eisenketten bewaffnet los, um ihren Frust über die „Niederlage“ an „Ausländern“ auszulassen. Als sie Nuno Lourenço und seine Kollegen erblicken, greifen sie diese an und schreien: „Blöde Ausländer, Scheiß-Ausländer, verpissst euch.“ Die Kollegen von Nuno Lourenço können entkommen, er wird jedoch so stark gewürgt, dass er zu Boden geht. Dort liegend treten die Täter mehrmals mit Stahlkappenschuhen gegen seinen Kopf.

Das Landgericht Leipzig wertet die Tat lediglich als Körperverletzung mit Todesfolge. Der Hauptangeklagte Andreas S., wird zu vier Jahren Gefängnis verurteilt, die Mitangeklagten im Alter von 15 bis 20 Jahren erhalten Bewährungsstrafen.

Der Vorsitzende Richter Norbert Göbel, lässt die Witwe Noemia Lourenço auf den immensen Kosten der Nebenklage sitzen. Den Tätern hingegen werden die Prozesskosten nicht auferlegt und erst nach überregionaler Berichterstattung erfolgt der Haftantritt des Haupttäters, da der Richter „vergisst“, den Haftantrittstermin festzulegen.

Nuno Lourenço wird erst zehn Jahre nach dem Mord offiziell als Todesopfer rechter Gewalt anerkannt. ■



Mario L.

GRIMMA

Mario L. wird nur 15 Jahre alt. Am Abend des 22. Dezember 1995 wird der Schüler auf einem Schulhof in Grimma erstochen. Ronny K., der Mörder von Mario L., kauft mit Freunden – alle werden nach Berichten der Lokalpresse der rechten Szene zugeordnet – ein Messer, Pfefferspray und Bier. Nach einem Kneipenbesuch treffen sie auf Mario L. sowie zwei seiner Freund_innen. Sie folgen der Gruppe, um „mal auszuprobieren, wie das Reizgas wirkt.“ Auf einem Schulhof greifen sie die Jugendlichen an. Ronny K. sticht zweimal in das Bein von Mario L. Dieser will weglaufen, wird aber von Ronny K. festgehalten und ins Herz gestochen. Mario L. stirbt auf dem Weg ins Krankenhaus an seinen Verletzungen. Ein Freund von Mario L. wird schwer verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Der dritte Jugendliche konnte unverletzt entkommen. Bei diesem Mord deuten die Tatumstände auf eine rechte Tatmotivation hin. Dafür greifen wir auf die Bezeichnung „Angstzonen“ zurück, worunter Orte zu verstehen sind, in denen – zu bestimmten Zeiten – rechte Gruppen durch ihre Erscheinung, ihr Auftreten und ihr Verhalten versuchen, für andere Gruppen eine Zugangs- und Aufenthaltskontrolle zu praktizieren. Diese wird, wenn nötig, auch mit Gewalt durchgesetzt. Mit dieser Demonstration von tatsächlicher oder vermeintlicher Ordnungskompetenz „auf der Straße“ wird der öffentliche Raum zeitweise oder dauerhaft in Zonen des Ausschlusses verwandelt. Dadurch wird nicht allen Menschen gestattet, sich ungefährdet an solchen Orten zu bewegen. Der Begriff „Angstzone“ übernimmt die Perspektive derjenigen, die mit unterschiedlichen, oftmals gewalttätigen Zugangsverweigerungen konfrontiert sind. ■



Christel G.

WURZEN

In Bezug auf die rechte Tatmotivation handelt es sich um einen Verdachtsfall.

Christel G. wird nur 64 Jahre alt. Sie wird am frühen Morgen des 30. Juni 2002 durch den Neonazi Patrick K. erstochen. Christel G. setzte sich für wohnungslose Menschen ein.

Die 64-jährige Frau wird am Morgen des 30. Juni 2002 durch den Neonazis Patrick K. erstochen. In der Lokalpresse kursierten zwei unterschiedliche Versionen des Tathergangs, die eine Einordnung erschwerten. Christel G. soll sich Patrick K. in den Weg gestellt haben, als dieser versuchte, einen jugendlichen Wohnungslosen mit einer Axt anzugreifen. Patrick K. gibt während der Vernehmung durch die Polizei zu Protokoll, er habe aus „Wut“ gehandelt. Weitere Anhaltspunkte für ein menschenfeindliches Motiv liefern Taten, über die bereits im Vorfeld berichtet wurde. So habe Patrick K. wenige Tage vor dem Mord die Wohnung eines Sozialhilfeempfängers zerstört. Kurz davor erpresste er von diesem Alkohol und zwang ihn, den Bahnhofsvorplatz auf den Knien rutschend zu „reinigen“. Einen Monat zuvor beleidigte er mehrere Frauen auf rassistische Weise. Als eine der Frauen Patrick K. zur Rede stellen will, greift er sie an und schlägt sie.

Der Oberstaatsanwalt Norbert Röger schließt dennoch ein rechtes Tatmotiv aus. Im Mai 2003 verurteilt das Landgericht Leipzig Patrick K. zu einer Jugendstrafe von siebeneinhalb Jahren Haft wegen Totschlags an Christel G. und gefährlicher Körperverletzung an dem anderen Jugendlichen. Ein politisches Tatmotiv thematisiert das Gericht nicht. ■

AUS DER

EINE KURZE AUSWAHL AUS

LEIPZIG & UMLAND CHRONIK

23. Oktober 2016

Unbekannte beschmierten mit einem Marker mehrere Straßenlaternen in der Dresdener Straße in Oschatz mit Hakenkreuzen und rechten Sprüchen.

20. Oktober 2016

Mehrere Jugendliche werden auf dem Parkplatz eines Supermarktes in Naunhof von einer ihnen unbekannt Person belästigt. Der etwa Zwanzigjährige beleidigte die Gruppe alternativer Jugendlicher zunächst rassistisch und schlägt dann einer Person ins Gesicht.

19. September 2016

Ein 27-Jähriger beleidigt ein Pärchen in der Leipziger Georg-Schumann-Straße. Dabei zeigt er mehrmals den Hitlergruß und ruft neonazistische Parolen. Dann greift er den Mann an, stößt ihn zu Boden und würgte ihn, bis er blau anläuft. Passanten kommen dem Angegriffenen zur Hilfe. Dieser erleidet Verletzungen im Gesicht und am Hals und muss ambulant behandelt werden.

01. September 2016

Eine Informationsveranstaltung zu einer geplanten Unterkunft für Asylsuchende im Leipziger Stadtteil Meusdorf wird immer wieder durch hämisches Gelächter und Zwischenrufe von Zuhörer_innen unterbrochen. Mehrere Anwesende äußern sich in Redebeiträgen rassistisch, indem sie beispielsweise die „Unterwerfung unter eine fremde Kultur“ und eine damit einhergehende „Entrechtung“ behaupten. Anwesende Antirassist_innen werden als „Kanacken“ beschimpft und es wird ihnen körperliche Gewalt angedroht.

27. August 2016

Unbekannte zerstören in der Nacht von Freitag zu Samstag mehrere Scheiben des Kultur- und Bürger_innenzentrums D5 in Wurzen. Dabei werden Böller verwendet. Im D5 hat unter anderem ein Verein seinen Sitz, der sich für die Stärkung demokratischer Kultur im Landkreis einsetzt.

23. Juli 2016

In einem Würzener Supermarkt äußert sich eine Kundin zu der Kassiererin abwertend über drei ebenfalls anwesende Frauen mit Kopftuch. Sie führt aus, dass es „immer mehr“ und „immer schlimmer“ werden würde. Weiterhin fordert sie eine Bombe einzusetzen, denn „da trifftste immer die richtigen“. Die Kassiererin stimmt mit einem Kopfnicken zu.

23. Juli 2016

Fünf Scheiben einer noch nicht bezugsfertigen Asylunterkunft in der Lindenthaler Straße in Leipzig-Gohlis sind am Morgen des 23. Juli mit Steinen eingeworfen worden. Der Schaden liegt laut Polizei im unteren vierstelligen Bereich.

14. Mai 2016

Vier Personen überfallen in Borna zwei Asylsuchende aus Pakistan. Einer der beiden wird durch Schläge und Tritte so stark verletzt, dass er ambulant in einer Klinik behandelt werden muss. Zwei wenig später durch die Polizei aufgegriffene Angreifer sind bereits als politisch motivierte Straftäter aus der rechten Szene bekannt.

09. April 2016

Ein 28-Jähriger beleidigt in der Nähe der Arena Leipzig Polizist_innen. Als diese versuchten seine Identität festzustellen, greift er die Beamt_innen an und beißt einem Polizisten in den Unterarm. Infolgedessen wird gegen den Mann wegen Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte, Körperverletzung, Beleidigung und Sachbeschädigung ermittelt. Er gibt jedoch an, die Strafbestände nicht anzuerkennen, da er „Deutscher Reichsbürger“ und damit nicht Angehöriger der BRD sei, die er ebenso wenig anerkenne.

03. März 2016

Unbekannte verüben einen Anschlag auf ein Deutsch-Arabisches Kultur- und Bildungszentrum in Borna. Die Täter_innen schmeißen die Scheiben mit Steinen ein und werfen vermutlich mit Blut oder einer blutähnlichen Flüssigkeit gefüllte Beutel in den Raum.

24. Februar 2016

Auf dem Baugelände der geplanten Moschee der AHMADIYYA-Gemeinde in Leipzig-Gohlis legen Unbekannte ein totes Ferkel mit der Aufschrift „Mutti Merkel“ ab.

13. Februar 2016

Eine Gedenktafel am ehemaligen Frauenkonzentrationslager in Leipzig-Schönau wird mit Hakenkreuzen beschmiert.

07. Februar 2016

Die rassistische Initiative UNSER DELITZSCH führt eine Demonstration mit 50 Personen durch. Zwei sich als Christen bekennende Menschen, die sich mit deutlich sichtbaren Plakaten („Lasst euch nicht zum Hass verführen“, „Frieden beginnt mit Barmherzigkeit“) am Rande der Gruppe platzieren, werden von Neonazis bedrängt. Die anwesende Polizei muss die Situation auflösen.

08. Januar 2016

Unbekannte bringen an der als temporäre Erstaufnahmeeinrichtung genutzten Sporthalle der ERNST-GRUBE-HALLE in Leipzig mehrere rassistische Graffiti an. Mit „Fuck Refugees! – Verbrennt Sie!!!“ wird den in der Sporthalle untergebrachten Menschen der Tod gewünscht. Weitere Parolen lauten „Scheiss Flüchtlinge“ und „Verpisst euch“.

05. Januar 2016

Im LEIPZIGER STUDENTENKELLER (STUK) hängt über der Bar ein Schild mit folgendem Angebot: „Für jede weiblich entblößte Brust spendiert das Team der Bar einen Schnaps gratis!“ Besucher_innen machen das Barpersonal auf den sexistischen Inhalt des Schildes aufmerksam. Diese weisen die Kritik zunächst von sich. Erst nachdem sich eine Vielzahl an Personen in die Diskussion einmischte, entfernten sie das Schild.

08. November 2015

Unbekannte verüben einen Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft für Asylsuchende in Beucha. Die Täter_innen zerstören eine Scheibe und werfen einen Brandsatz in das Gebäude in der Albert-Kuntz-Straße. Es entsteht jedoch nur ein Schwelbrand, der von selbst wieder erlischt.

06. November 2015

In Schkeuditz kommt es am Freitagabend zu einem Brand in einem leer stehenden Gebäude, welches als Unterkunft für Asylsuchende im Gespräch ist. Obwohl die Feuerwehr den Brand rasch löschen kann, wird der Dachstuhl des Gebäudes stark beschädigt. Die Polizei geht von Brandstiftung aus.

18. Oktober 2015

Im Leipziger Stadtteil Mockau soll mit einer „Zeltstadt“ eine weitere Flüchtlingsunterkunft entstehen. Die ersten Geflüchteten sollen am 18. Oktober einziehen. Empfangen werden sie von ca. 30 Neonazis aus dem Umfeld der NPD/JN, die versuchen, die Ankunft von Bussen mit Geflüchteten durch eine Sitzblockade zu behindern.

16. September 2015

Bei einer Bürgerversammlung in Borsdorf kündigt der Bürgermeister Ludwig Martin (CDU) an, dass bis zu 100 Geflüchtete in der Gemeinde untergebracht werden sollen. Im Publikum befinden sich zahlreiche Neonazis aus der Region, die offenbar gezielt stören und die Stimmung aufheizen wollen. Ein ehemaliger Borsdorfer NPD-Stadtrat versucht am Ende der Veranstaltung ein rohes Ei auf Bürgermeister Martin zu werfen. Er verfehlt diesen knapp und wird vom ebenfalls anwesenden Leipziger Polizeipräsidenten Bernd Merbitz persönlich aus dem Saal geführt.

28. August 2015

Vier in Wurzen untergebrachte Geflüchtete aus Albanien werden in ihrer Wohnung in der Goethestraße von Neonazis, welche ebenfalls im Haus wohnen bzw. zu Besuch sind, eingesperrt, indem die Wohnungstür von außen verschraubt wird. Die Eingeschlossenen benachrichtigten die Polizei, die sie nach rund vier Stunden befreit und eine Anzeige aufnimmt.

11. Juli 2015

Unbekannte Täter_innen schießen in Böhlen auf eine Unterkunft für Geflüchtete. Durch das Geschoss wird eine Fensterscheibe zerstört und die Fassade beschädigt, aber niemand verletzt.

29. Juni 2015

Bei einem Aufmarsch von LEGIDA ziehen ca. 150 Personen durch Borna. Unter den Demonstranten sollen sich Augenzeug_innen zufolge auffällig viele Neonazis befunden haben. 200 Gegendemonstrant_innen stellten sich dem rassistischen Protest entgegen.

22. Juni 2015

Bei einem Aufmarsch von LEGIDA sind ca. 60 Personen durch Eilenburg gezogen. Angemeldet war der Aufzug ursprünglich für 400 Teilnehmende. 100 Gegendemonstrant_innen begleiteten den rassistischen Aufmarsch.

10. Mai 2015

Bei den Dreharbeiten zum Film „Der Schwarze Nazi“ werden Mitglieder der Filmgruppe CINEMA ABSTRUSO auf offener Straße von mehreren Neonazis bedroht.

02. Mai 2016

Unbekannte überkleben die Stolpersteine, welche in Frohburg an Hugo Joseph sowie das Ehepaar Franz Hermann und Erna Johanna Braunsberg erinnern sollen, mit Moosgummi. Die Steine wurden erst im März 2015 verlegt und seitdem bereits zweimal beschädigt.

13. April 2015

LVZ-Online berichtet über das LEIPZIGER FRAUENFESTIVAL, welches in Leipzig stattfinden soll. In der Kommentarspalte sammeln sich schnell allerlei sexistische und frauenverachtende Kommentare, welche nicht nur die Idee des Festivals höchst unsachlich kritisieren, sondern auch Frauen insgesamt abwerten. Die Rede ist von „Schwachsinn“, „verklemmten Emanzen“ oder absurde Anspielungen auf weibliche Körperfunktionen. Keinen Platz in der Debatte finden tatsächliche strukturelle Benachteiligungen von Frauen, welche Anlass und Hintergrund der Idee des „Frauenfestivals“ sind.

20. März 2015

Unbekannte verüben einen Anschlag auf die Geschäftsstelle der LEIPZIGER VOLKSZEITUNG. Die Täter_innen beschmieren kurz nach Mitternacht die Fassade mit einer bräunlichen Flüssigkeit, werfen Scheiben mit fünf großen Steinen ein und hinterlassen an der Eingangstür sowie einem Fenster den Schriftzug „Lügenpresse“.

04. März 2015

In Mügeln wird bei einer Wohnung, in welcher Asylsuchende leben, mit einem Stein ein Fens-

ter eingeworfen. Einen Tag später beschmieren Unbekannte zusätzlich die Fassade des Hauses großflächig mit rassistischen Parolen („Ausländer raus!“) und einem seitenverkehrten Hakenkreuz.

02. März 2015

Nachdem ein Journalist einen Kommentar auf der Facebook-Seite von LEGIDA hinterlassen hat, bekommt sein Arbeitgeber eine Drohemail. In dieser wird er aufgefordert „seine linke Kommunisten-Dreckschnauze zu halten! Sonst braucht er selbst bald einen Rollstuhl!“ Zudem stehe er „auf der Liste der Vaterlandsverräter“.

01. Februar 2015

Während des Gedenkspiels für den verstorbenen Marco Eckstein, einst Torwart des FC SACHSEN LEIPZIG, zwischen CHEMIE LEIPZIG und einer Auswahl ehemaliger FC-SACHSEN-Teamkollegen Ecksteins, kommt es zum Absingen des antisemitischen, sogenannten „U-Bahn-Liedes“. In diesem wird gefordert eine U-Bahn von Stadt XY ins Konzentrations- und Vernichtungslager Auschwitz zu bauen.

11. Januar 2015

Eine größere Gruppe junger Männer beleidigt und bedrängt in einem Nachtbus vier Frauen. Diese werden mit homosexuellenfeindlichen und sexistischen Beleidigungen wie „Lesben-Fotzen“ konfrontiert. Nach einem Handgemenge flüchtet einer der Angreifer. Die verbliebenen Männer drohen den Frauen: „Wenn ihr aussteigt, dann kriegen wir euch, ihr Fotzen.“ Nachdem sich weitere Personen, darunter der Fahrer, einmischen, verlässt die Männergruppe den Bus.

Weitere und ausführlichere Ereignismeldungen:

www.chronikle.org

Ereignisse melden!

Sie haben einen Fall von Diskriminierung, (Alltags-)Rassismus oder Neonazi-Aktivitäten beobachtet oder sind gar selbst betroffen? Dann wenden Sie sich vertrauensvoll an uns auf der Webseite: www.chronikle.org/ereignismelden

Wie
aus
dem
Ei
gepellt -
durch



06 KAPITEL

SERVICE

EMPFEHLUNGEN

FILM – Der Schwarze Nazi

Der Protagonist der Grotteske **DER SCHWARZE NAZI** ist der Kongolese Sikumoya, welcher in Sachsen lebt. Vor Jahren kam er als politischer Flüchtling nach Deutschland und muss nun die deutsche Staatsbürgerschaft erlangen, ansonsten droht ihm die Ausweisung.

Von Goethe, Schiller und anderen kulturellen Werken angetan, zeigt er sich aufgeschlossen für die Kultur, die ihn umgibt. Immer wieder sieht er sich jedoch mit Rassismus und Vorurteilen konfrontiert: Im Einbürgerungskurs, bei der Familie seiner deutschen Freundin, auf der Straße in seiner Nachbarschaft. Als Reaktion darauf beginnt er sich immer stärker an die geforderte „deutsche Kultur“ anzupassen. Er versucht durch Sprachtraining seinen Akzent loszuwerden oder deutsches Pils zu Volksmusik zu genießen. Allein, all seine Bemühungen helfen nichts gegen den Alltagsrassismus, der ihm weiterhin entgegen gebracht wird. Nach einem gewaltvollen Übergriff durch eine Nazikameradschaft landet Sikumoya schließlich im Krankenhaus und erwacht aus dem Koma als völlig neuer Mensch: Er ist nun der „perfekte Deutsche“. Fortan engagiert er sich bei der NPO (Nationale Patrioten Ost). Er kämpft gegen asiatische Bekleidung, amerikanische Handys, gegen den „undeutschen“ sächsischen Akzent. Schließlich wird er sogar für das Amt des Parteichefs vorgeschlagen, da er erfolgreich alle Nazis von rechts überholt. Dadurch und mit dem Ausschluss einzelner „Undeutscher“ macht er sich jedoch nicht bei allen in der Partei beliebt ...

Auf zynische Weise greift der Film Rassismus und die Bilder des „Fremden“ bzw. „Deutschen“ auf. Gerade vor dem Kontext aktueller (ost-)deutscher Zustände gewinnt er an Brisanz und fragt humorvoll danach, wie die vielbeschworene „Integration von Geflüchteten“ denn nun eigentlich funktionieren soll.



photo: Cinema Abstruso

Die Produktion der Leipziger Filmgruppe Cinema Abstruso, die im April 2016 in die deutschen Kinos kam, wird zum Jahresende 2016 als DVD erscheinen und kann in ausgewählten Läden und im Internet erworben werden unter: www.derschwarzenazi.de

BROSCHÜRE - Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege.

Texte über Antirromatismus und historische Lokalrecherchen zu und von Rom_nja und Sint_ezze in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien.

Der Sammelband „Viele Kämpfe und vielleicht einige Siege“ versammelt Aufsätze von Autor_innen aus Aktivismus und Selbstorganisation, Wissenschaftler_innen, politische Bildner_innen, Künstler_innen, Community-Arbeiter_innen und politische Kämpfer_innen. Es ist ein Übersichtswerk, das ausgehend vom so gut wie nicht beschriebenen weißen Papier der Geschichte der Rom_nja und Sint_ezze, deren Verfolgung in Sachsen, Sachsen-Anhalt und Tschechien (in deutscher Sprache) einen Lücke füllen möchte. Die Herausgeberinnen haben sich auf die Suche begeben und Autor_innen gewinnen können, die den Leser_innen in ihre wissenschaftliche Arbeit, ihren Aktivismus oder ihre Lebensrealitäten Einblick geben. Die lokalen Beiträge wurden mit Stimmen überregionaler Autor_innen erweitert, um ein breiteres Bild von Rom_nja- und Sint_ezze-Aktivismus aufzuzeigen.

Der Sammelband gliedert sich in folgende Kapitel: Einleitung – Aktivismus: Wut und Organisation – Geschichte: Verfolgung und Kontinuität – Gegenwart: Gewalterfahrungen und Widerstand – Kunst: Musik und Arbeit – Bildung: Verstrickungen und Anregungen.

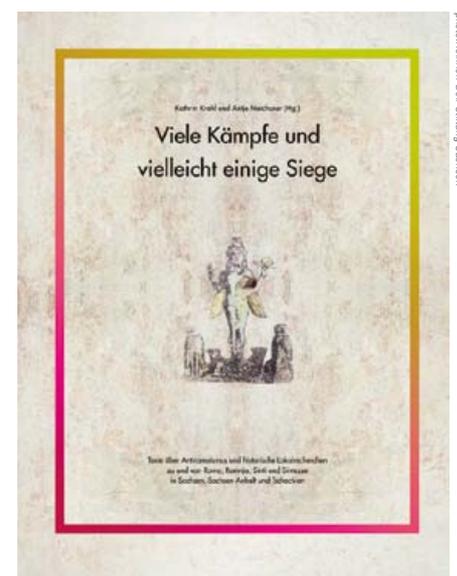


photo: Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen

Herausgegeben von Kathrin Krahl und Antje Meichsner im Projekt RomaRespekt von Weiterdenken – Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen. Einen Download des Sammelbands gibt es unter: www.weiterdenken.de

BERATUNG – BILDUNG – ENGAGEMENT

ANLAUFSTELLEN FÜR LEIPZIG UND UMGEBUNG



RAA - Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt

Die Opferberatung des RAA berät und unterstützt Betroffene rechtsmotivierter und rassistischer Gewalt und Diskriminierung, deren Angehörige sowie Zeug_innen. Die Beratung richtet sich nach den Wünschen und Bedürfnissen der Betroffenen und ist nicht an die Erstattung einer Anzeige geknüpft. Die Beratung ist vertraulich, kostenlos und auf Wunsch mehrsprachig. Sie kann in der Umgebung der Geschädigten stattfinden. Weiterhin möchten wir für die Situation von Betroffenen rechtsmotivierter Gewalt eine Lobby schaffen und gesellschaftliche Zusammenhänge aufzeigen.

Kontakt:

Opferberatung RAA Leipzig & RAA Sachsen
Peterssteinweg 3
04107 Leipzig

Web: www.raa-sachsen.de

E-Mail: opferberatung.leipzig@raa-sachsen.de

Telefon: 0341 - 225 49 57 & 0341 - 261 86 47



Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.

Das ADB ist eine unabhängige Beratungs- und Informationsstelle sowie ein Weiterbildungsträger für alle Fragen zum Themenbereich Diskriminierung und Gleichbehandlung. Das ADB bietet Beratung für Betroffene von Diskriminierung - diese ist vertraulich und für Betroffene kostenlos. Außerdem Seminare und Workshops zu diskriminierungsrelevanten Themen und zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie Informationen zum Themenbereich Diskriminierung und Teilhabe und Diskussionsveranstaltungen, Filmreihen und Tagungen.

Kontakt:

Antidiskriminierungsbüro Sachsen e.V.
Kochstraße 14
04275 Leipzig

Web: www.adb-sachsen.de

E-Mail: info@adb-sachsen.de

Telefon: 0341 - 30 39 492



Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus und für Demokratie

Die Mobilen Beratungsteams des Kulturbüros Sachsen e.V. beraten Kommunen, Verwaltung, Kommunalpolitik, Kirchengemeinden, Vereine, Initiativen und andere Gruppen in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Ziel ist die Entwicklung einer menschenrechtsorientierten Demokratie, die von den Akteur_innen vor Ort getragen wird. Die Berater_innen des Kulturbüro Sachsen e.V. in den Regionalbüros verfügen über umfassende Regionalkenntnis und langjährige Praxiserfahrung.

Kontakt:

Mobile Beratung
Hedwigstraße 20
04315 Leipzig

Web: www.kulturbuero-sachsen.de

E-Mail: mbt.nordwest@kulturbuero-sachsen.de

Telefon: 0341 - 25 66 8000

Fachstelle Asyl und Migration

Das Projekt Support für Initiative in der Fachstelle Asyl und Migration des Kulturbüro Sachsen e.V. richtet sich sachsenweit an Menschen, die sich ehrenamtlich in ihrer Gemeinde oder Stadt mit geflüchteten Menschen solidarisieren wollen und ihnen ihre Unterstützung anbieten wollen. In Kooperation mit Partner_innen wie beispielsweise Kirchen, demokratischen Initiativen und Vereinen, Verwaltung und Politik bietet das Projekt vor Ort Unterstützung für ehrenamtlich Engagierte an.

Kontakt:

Fachstelle Asyl und Migration
Bautzner Straße 20
01099 Dresden

Web: www.kulturbuero-sachsen.de

E-Mail: support@kulturbuero-sachsen.de

Telefon: 0351 - 810 696 81



Netzwerk Tolerantes Sachsen

Das Netzwerk Tolerantes Sachsen ist eine Plattform von etwa 100 sächsischen Initiativen, Vereinen und Organisationen, die sich seit vielen Jahren für die Förderung demokratischer Kultur und gegen Einstellungen der Ungleichwertigkeit, Antisemitismus und Rassismus einsetzen. Das Netzwerk vernetzt, informiert, unterstützt die Mitglieder durch Fortbildung, Beratung und regelmäßige Konferenzen – regional und sachsenweit. Ihre Belange vertritt es gegenüber Politik und Verwaltung.

Kontakt:

Netzwerk Tolerantes Sachsen
Domplatz 5
04808 Wurzen

Web: www.tolerantes-sachsen.de

E-Mail: koordination@tolerantes-sachsen.de

Telefon: 0178 - 54 45 807

RosaLinde Leipzig e.V.

Der RosaLinde Leipzig e.V. ist ein soziokulturelles Zentrum im Leipziger Osten. Der Verein setzt sich seit 1989 gegen Diskriminierungen wie Homo- und Transphobie, aber auch gegen Sexismus und Rassismus ein, thematisiert die Probleme von z.B. Lesben, Schwulen, Bi-, Trans-, Inter- und Asexuellen und kämpft für ihre Rechte. RosaLinde bietet außerdem Begegnung, Bildung, Beratung und Kultur für homo-, bi- und asexuelle sowie trans- und intergeschlechtliche Menschen.

Kontakt:

RosaLinde Leipzig e.V.
Lange Str. 11
04103 Leipzig

Web: www.rosalinde-leipzig.de
E-Mail: kontakt@rosalinde-leipzig.de
Telefon: 0341 - 87 90 173



Netzwerk für Demokratische Kultur e.V. (NDK)

Die Arbeit des NDK zielt seit 1999 auf eine Stärkung der demokratischen Kultur ab. Es bietet Unterstützung und Vernetzung im Kampf gegen Neonazismus, Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung in Wurzen und Umgebung an und schafft mit dem Kultur- und Bürger_innenzentrum D5 Platz für Veranstaltungen und Projekte. In naher Zukunft entsteht zudem ein Tagungshaus mit Übernachtungsmöglichkeiten. Das NDK setzt sich für die Unterstützung von Asylsuchenden ein und bietet dazu Vernetzung und individuelle Hilfe an.

Kontakt:

Netzwerk für Demokratische Kultur e.V.
Domplatz 5
04808 Wurzen

Web: www.ndk-wurzen.de
E-Mail: team@ndk-wurzen.de
Telefon: 03425 - 85 27 10



Bon Courage e.V.

Bon Courage e.V. ist eine gemeinnützige, nicht-staatliche Organisation. Der Verein organisiert Projekte für Asylsuchende und hat seit 2013 eine Beratungsstelle. Die Beratung ist ein kostenloses Unterstützungsangebot für Geflüchtete bei Fragen zum Ablauf des Dublin-/Asylverfahrens, Rechte/Pflichten, Perspektiven nach Asyl-Entscheidung und Familiennachzug. Er unterstützt im Umgang mit Behörden, vermittelt an Ärzt_innen, Anwäl_t_innen und Beratungsstellen und bereitet auf Anhörungen beim BAMF vor.

Kontakt:

Bon Courage e.V.
Kirchstraße 20-24
04552 Borna

Website: www.boncourage.de
Email: info@boncourage.de
Telefon: 0157 - 75 176 855



Netzwerk für Demokratie und Courage (NDC)

Das Netzwerk für Demokratie und Courage in Sachsen bietet Projekttag und Workshops für Jugendliche ab 14 Jahren und junge Erwachsene an. Für Multiplikator_innen bieten wir Fortbildungen an. Wir arbeiten zu den Themen Diskriminierung, menschenverachtende Einstellungen und couragiertes Handeln dagegen. Die Bildungsveranstaltungen können an Schulen, Jugendclubs oder in anderen Zusammenhängen bei uns gebucht werden und sind kostenfrei.

Kontakt:

Courage-Werkstatt für demokratische Bildungsarbeit e.V.
Rosa-Luxemburg-Straße 19/21
04103 Leipzig

Web: www.netzwerk-courage.de
E-Mail: leipzig@netzwerk-courage.de
Telefon: 0341 - 33 73 497



Medinetz Leipzig

Medinetz Leipzig e.V. vermittelt kostenlos und anonym medizinische Beratung und Behandlung für Migrant_innen - unabhängig von deren Aufenthaltsstatus.

Die Sprechstunde findet dienstags von 16.00 bis 18.00 Uhr statt, in den Räumlichkeiten des RAA Sachsen e.V., Peterssteinweg 3. In dringenden Fällen ist jederzeit das Diensthandy erreichbar.

Medinetz Leipzig e.V. setzt sich neben der Vermittlungsarbeit dafür ein, dass alle Menschen die gleichen Chancen haben, gesund zu bleiben oder es wieder zu werden.

Kontakt:

Medinetz Leipzig e.V.
Peterssteinweg 3
04107 Leipzig

Web: www.medinetz-leipzig.de
E-Mail: kontakt@medinetz-leipzig.de
PGP-ID: D66B494D
Telefon: 0341 - 12 59 841
Mobil: 0176 - 61 72 75 01



LEIPZIGER ZUSTÄNDE DEZ2016
www.chronikLE.org

